



Nr. 4 / August 2013
33. Jahrgang

Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

GI aktuell

Inhalt

Editorial
GI News
GI Entscheidungen
GI Literaturhinweise
GI Literatur-Ecke

Anwaltschaftung

Verjährung / Ablauf einer Ausschlussfrist /
Antrag auf Insolvenzgeld
(BGH, Urt. v. 25.4.2013 – IX ZR 65/12)

Wirtschaftsprüferhaftung

Mittelverwendungskontrolle / Verjährung gemäß
§ 51a WPO a.F. / Keine Sekundärhaftung
(BGH, Urt. v. 11.4.2013 – III ZR 80/12)

Anwaltschaftung

Rücknahme eines Rechtsbehelfs / Umfang der Aufklärung /
Ansicht eines Kollegialgerichts
(BGH, Urt. v. 11.4.2013 – IX ZR 94/10)

Anwaltschaftung

Unterhaltsprozess / Belehrungspflichten / Berufungsverfahren
(OLG Schleswig, Urt. v. 11.4.2013 – 11 U 80/12)

Steuerberaterhaftung

Kalkulationsschaden
(OLG Frankfurt, Urt. v. 24.8.2012 – 25 U 69/11)

Notarhaftung

Kenntnis ausländischen Rechts / Urkundsgewährungspflicht
(KG, Urt. v. 17.4.2012 – 6 U 61/11; rkr. nach BGH, Beschl. v.
28.2.2013 – III ZR 155/12)

Steuerberaterhaftung

Einhaltung des sichersten Weges / Gesetzesänderungen /
Übergangsregelung / Uneinheitliche Rechtsauffassungen /
Unvollständiger Mahnbescheid
(OLG Hamm, Urt. v. 7.7.2009 – 25 U 92/08; rkr. nach BGH,
Beschl. v. 12.1.2012 – IX ZR 143/09)

110

113

116

121

97
98
99
127
128

99
101
109

Pflichten erfüllen, Risiken vermeiden.

Das erste Praxishandbuch zu Berufsrecht und Haftung der Wirtschaftsprüfer ist da!



Dieses Praxishandbuch gibt Ihnen erstmals einen Gesamtüberblick über Berufsrecht und Haftung der Wirtschaftsprüfer. Es zeigt anhand von konkreten Sachverhalten aus der Praxis, wie Sie Ihre Berufspflichten erfüllen und Haftungsrisiken vermeiden. Schaubilder, Beispiele und Praxishinweise veranschaulichen auch komplexe Sachverhalte. Für den schnellen Zugriff sind die wichtigsten Gesetze, Verordnungen und Satzungen der WPK zum Berufsrecht im Anhang abgedruckt.

Auch zur Vorbereitung auf das Wirtschaftsprüferexamen ist dieses Buch eine wertvolle Hilfe. Es führt Examenskandidaten in kompakter Form in das Prüfungsgebiet Berufsrecht ein und dient mit dem Kapitel „Die Haftung des Wirtschaftsprüfers“ auch der Examensvorbereitung für das Fach Wirtschaftsrecht.

Schnelle Orientierung und konkrete Hilfestellung bei berufs- und haftungsrechtlichen Fragen!

Berufsrecht und Haftung der Wirtschaftsprüfer

Schmitz · Lorey · Harder
2013. Gebunden. XXX, 530 Seiten. € 52,-
ISBN 978-3-482-64601-0
Online-Version inklusive



Online-Version inklusive

Im Buch: Freischaltcode für die digitale Ausgabe in der NWB Datenbank.

Bestellen Sie jetzt unter www.nwb.de/go/shop

Bestellungen über unseren Online-Shop:
Lieferung auf Rechnung. Bücher versandkostenfrei.

NWB versendet Bücher, Zeitschriften und Briefe CO₂-neutral. Mehr über unseren Beitrag zum Umweltschutz unter www.nwb.de/go/nachhaltigkeit

nwb GUTE ANTWORT

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rafael Meixner
Rechtsanwalt

Die aktuelle Ausgabe der GI enthält für alle Berufsgruppen des angesprochenen Leserkreises interessante Entscheidungen:

Die **Mittelverwendungskontrolle** gehört zum Berufsbild eines **Wirtschaftsprüfers**. In dem vom BGH entschiedenen Fall, dem ein vor dem 1.1.2004 entstandener Schadenersatzanspruch zugrunde lag, kam daher noch die alte kenntnisunabhängige Verjährung gemäß § 51a WPO zum Zuge. Neben der Bestätigung, dass eine Sekundärhaftung im Rahmen von § 51a WPO ausscheidet, stellt der BGH klar, dass seine Rechtsprechung zur kenntnisabhängigen Regelverjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Treuhandkommanditisten nicht auf den Mittelverwendungskontrolleur übertragbar ist.

Fehlerhafte Rechtsansichten eines Gerichts können zur Haftung des **Anwalts** führen: Die Berichterstatterin eines Berufungssenats hatte einem Rechtsanwalt geraten, die für seinen Mandanten eingelegte Berufung zurückzunehmen, weil dem Rechtsmittel nach der Vorberatung des Senats keine Erfolgsaussicht beigemessen wurde. Ohne die Rechtsauffassung des Gerichts zu prüfen, nahm der Anwalt im Einverständnis des Mandanten die Berufung zurück. Dem geltend gemachten Schadenersatzanspruch kann der Anwalt – anders als im Bereich der Notarhaftung – nach Auffassung des **BGH** nicht entgegenhalten, dass (auch) ein **Kollegialgericht** die Berufung rechtsfehlerhaft für aussichtslos gehalten hat.

Nach der Entscheidung des **OLG Frankfurt** berechnet ein im Wettbewerb stehender Kaufmann regelmäßig den höchsten am Markt erzielbaren Preis. Sofern er aufgrund einer fehlerhaften Beratung seines **Steuerberaters** seinen Kunden einen zu niedrigen Mehrwertsteuersatz in Rechnung stellt, setzt die schlüssige Geltendmachung dieses „**Kalkulationsschadens**“ den Nachweis voraus, dass unter Berücksichtigung der Marktverhältnisse und der **Konkurrenzsituation** die erhöhten Preise gegenüber den Kunden hätten durchgesetzt werden können. Hierzu ist ggf. die **Preiskalkulation** offenzulegen.

Dem **Notar** obliegt die Pflicht, die formelle Wirksamkeit der von ihm beurkundeten Rechtsgeschäfte zu prüfen. An seine Grenzen kann der Notar aber dann stoßen, wenn auch **ausländisches Recht** zur Geltung kommt. Die **Urkundsgewährungspflicht** des Notars hat nach der Entscheidung des **KG Berlin** aber zur Folge, dass er die Beurkundung nicht ablehnen muss, sobald ausländisches Recht zur Anwendung kommt.

Es grüßt Sie herzlich

Rafael Meixner

GI News

BFH: Erfolgreiche Klage wegen überlanger Dauer eines finanzgerichtlichen Verfahrens

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 17.4.2013 – X K 3/12 festgestellt, dass die Dauer eines Verfahrens vor dem Finanzgericht (FG) Berlin-Brandenburg unangemessen lang war.

Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Dezember 2011 haben die Beteiligten die Möglichkeit, die unangemessene Dauer eines solchen Verfahrens zu rügen und hierfür Wiedergutmachung, ggf. auch in Form einer Geldentschädigung, zu erlangen (§ 198 des Gerichtsverfassungsgesetzes). Für Entschädigungsklageverfahren aus dem Bereich der Finanzgerichtsbarkeit ist in erster und letzter Instanz der BFH zuständig.

Der BFH hat nun eine erste Sachentscheidung auf der Grundlage dieser neuen gesetzlichen Regelungen getroffen und im konkreten Fall eine Verfahrensverzögerung festgestellt, dem Kläger allerdings nicht die beantragte Geldentschädigung zugesprochen. Das – eher einfach gelagerte – Ausgangsverfahren war mehr als sechs Jahre beim FG anhängig. Während eines Zeitraums von fünfeneinhalb Jahren war das FG weitestgehend untätig geblieben.

Für die Entscheidung dieses Verfahrens konnte sich der BFH auf die Feststellung beschränken, dass die Verfahrensverzögerung durch das FG sich „in der Nähe“ des vom Kläger genannten Zeitraums von vier Jahren bewegt hat. Nähere Festlegungen zu der im Regelfall noch als angemessen anzusehenden Dauer finanzgerichtlicher Verfahren brauchte der BFH noch nicht zu treffen, da er von der Festsetzung einer Geldentschädigung abgesehen und die Entschädigungsklage insoweit abgewiesen hat. Dies beruhte darauf, dass der Kläger vor dem FG in seiner eigenen, zu Beginn des dortigen Verfahrens eingereichten Klagebegründung Tatsachen vorgetragen hatte, aus denen sich zweifelsfrei ergab, dass seine Klage unbegründet war.

Steht die Erfolglosigkeit eines Verfahrens für jeden Rechtskundigen von vornherein fest, ist dessen Verzögerung für den Beteiligten objektiv nicht von besonderer Bedeutung. Dies rechtfertigt es, statt der begehrten Geldentschädigung Wiedergutmachung im Wege einer entsprechenden feststellenden Entscheidung zu leisten.
(*BFH v. 17.4.2013 – X K 3/12*)

Pressemitteilung d. BFH v. 15.5.2013 ■

BFH: Umsatzsteuer – Kein Vorsteuerabzug aus Strafverteidigungskosten

Wer sich als Unternehmer gegen den Verdacht zur Wehr setzt, im Zusammenhang mit seiner unternehmerischen Tätigkeit eine Straftat begangen zu haben, kann die an seinen Strafverteidiger entrichtete Umsatzsteuer nicht als Vorsteuer abziehen. Dies hat der Bundesfinanzhof (BFH) mit Urteil vom 11.4.2013 (*V R 29/10*) entschieden.

Der Kläger, ein Bauunternehmer, hatte mutmaßlich eine Zuwendung an einen Entscheidungsträger eines potenziellen Auftraggebers geleistet, um einen Bauauftrag zu erlangen. Gegen ihn und einen seiner Angestellten wurden strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Kläger und sein Angestellter ließen sich durch Strafverteidiger vertreten. Das Bauunternehmen machte den Vorsteuerabzug aus den Rechnungen beider Strafverteidiger geltend. Das Finanzamt versagte den Vorsteuerabzug. Das Finanzgericht gab der Klage statt.

Der BFH hat nun die Auffassung des Finanzamts bestätigt. Abziehen kann der Unternehmer die Steuer für Leistungen, die von einem anderen Unternehmer „für sein Unternehmen“ ausgeführt worden sind. Streitig war, ob die Strafverteidiger Leistungen für das Unternehmen oder für die Privatpersonen erbracht hatten. Deswegen hatte der BFH in derselben Sache zuvor bei dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) angefragt, ob es für den Vorsteuerabzug auf den maßgeblichen Entstehungsgrund der Aufwendungen ankomme, dass nämlich die mutmaßliche Straftat im Interesse des Unternehmens begangen wurde oder ob das unmittelbare Ziel der erbrachten Leistung, eine Bestrafung zu verhindern, entscheidend sei (*BFH, Beschl. v. 22.12.2011 – V R 29/10 [BFHE 236, 242, BStBl II 2012, 441]*).

Letzteres ist nach dem in diesem Streitfall ergangenen EuGH-Urteil vom 21.2.2013 – C-104/12 zutreffend. Leistungen, deren Zweck darin besteht, strafrechtliche Sanktionen gegen natürliche Personen zu verhindern, die Geschäftsführer eines steuerpflichtigen Unternehmens sind, eröffnen danach kein Recht auf Vorsteuerabzug. Dem hat sich der BFH in dem jetzt veröffentlichten Urteil angeschlossen.

Die Vorlage an den EuGH beruhte auf der europarechtlichen Harmonisierung des Umsatzsteuerrechts und der sich hieraus ergebenden Verpflichtung zur sog. richtlinienkonformen Auslegung.

Hinweis: Die Entscheidung hat nur für die Umsatzsteuer Bedeutung. Die ertragssteuerrechtliche Frage, ob Aufwendungen für eine Strafverteidigung als Betriebsausgaben oder Werbungskosten abzugsfähig sein können, wird davon nicht berührt.
(*BFH v. 11.4.2013 – V R 29/10*)

Pressemitteilung d. BFH v. 17.7.2013 ■

Anwaltshaftung

- Verjährung
- Ablauf einer Ausschlussfrist
- Antrag auf Insolvenzgeld
(BGH, Urt. v. 25.4.2013 – IX ZR 65/12)

Leitsatz:

Zum Beginn des Laufs der Verjährung bei Versäumung einer Ausschlussfrist infolge unterlassener anwaltlicher Beratung. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt den beklagten Rechtsanwalt auf Schadenersatz wegen der Verletzung einer Hinweispflicht in Anspruch. Der Beklagte hatte den Kläger im Jahr 2000 in einem Kündigungsschutzprozess gegen seine ehemalige Arbeitgeberin, die Firma B.T. GmbH (nachfolgend: Schuldnerin) vertreten. Mit rechtskräftigem Versäumnisurteil vom 8.8.2000 verurteilte das Arbeitsgericht die Schuldnerin zur Zahlung rückständigen Arbeitsentgelts in Höhe von 11.364,16 DM. Nach Erlass dieser Entscheidung beauftragte der Kläger gemeinsam mit zwei weiteren Arbeitnehmern, die ebenfalls erfolgreich gegen die Schuldnerin geklagt hatten, den Beklagten mit der Durchführung der Zwangsvollstreckung aus dem Versäumnisurteil. Nachdem der Gerichtsvollzieher mehrere Teilbeträge beigetrieben hatte, teilte er dem Beklagten am 25.1.2002 mit, Anhaltspunkte dafür zu haben, dass die Mobiliarovollstreckung erfolglos verlaufen werde. In der letzten Zeit vorgenommene Vollstreckungen seien ohne greifbares Ergebnis geblieben und die Schuldnerin habe die eidesstattliche Versicherung abgegeben. Auch nach dieser Mitteilung erreichte der Beklagte noch Teilzahlungen von 201,53 EUR am 6.2.2002, 166,67 EUR am 8.5.2002 und 333,33 EUR am 19.9.2002. Ein Restbetrag von 3.645,81 EUR blieb offen.

Mit Schreiben vom 1.4.2009 teilte der Beklagte dem Kläger unter Beifügung des Vollstreckungstitels und einer Forderungsabrechnung mit, dass er in der Sache nichts weiter veranlassen werde. Danach erfuhr der Kläger, dass die Bundesagentur für Arbeit für den 31.8.2003 die vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit der Schuldnerin festgestellt hatte. Er beantragte daraufhin die Zahlung von Insolvenzgeld in Höhe von 3.611,55 EUR für die letzten drei Monate seiner Tätigkeit vor der fristlosen Kündigung. Diesen Antrag wies die Bundesagentur mit Bescheid vom 15.4.2009 zurück, weil der Kläger sich nicht ausreichend um die Durchsetzung seiner Ansprüche bemüht und deshalb die Ausschlussfrist zur Geltendmachung des Insolvenzgeldes nicht schuldlos versäumt habe. Ein Widerspruch des Klägers gegen diese Entscheidung blieb erfolglos. Eine dagegen gerichtete Klage ist beim Sozialgericht anhängig.

Der Kläger begehrt die Feststellung, dass der Beklagte verpflichtet ist, den ihm aufgrund der verspäteten Antragstellung möglicherweise entstehenden Schaden zu ersetzen. Das Amtsgericht hat dem Feststellungsbegehren des Klägers

stattgegeben. Die vom Beklagten eingelegte Berufung ist erfolglos geblieben. Mit der vom Berufungsgericht zugelassenen Revision strebt der Beklagte weiterhin die Abweisung der Klage an. Die Revision ist begründet. Sie führt zur Aufhebung der Entscheidungen der Vorinstanzen und zur Abweisung der Klage. ■

Aus den Gründen:

I. Das Berufungsgericht hat – teils unter Bezugnahme auf das Urteil des Amtsgerichts – ausgeführt: Der Feststellungsantrag sei gemäß § 256 Abs. 1 ZPO zulässig, denn der Kläger könne mangels bestandskräftiger Entscheidung über die Gewährung von Insolvenzgeld seinen Schaden noch nicht beziffern.

Sofern dem Kläger kein Insolvenzgeld gewährt werde, hafte ihm der Beklagte auf Ersatz des entsprechenden Schadens gemäß § 675 Abs. 1, § 280 Abs. 1, §§ 249, 251 BGB. Der Anspruch sei nicht verjährt. Zwar richte sich die Verjährung noch nach § 51b BRAO a.F. Der Schaden des Klägers sei aber nach der Risiko-Schaden-Formel des Bundesgerichtshofs erst mit Erlass des ablehnenden Bescheids der Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2009 eingetreten. Von einem Eintritt des Schadens schon mit Ablauf der zweimonatigen Ausschlussfrist für die Geltendmachung von Insolvenzgeldansprüchen ab Feststellung des Insolvenzereignisses auf den 31.8.2003 könne nicht ausgegangen werden, weil zur Feststellung des Insolvenzereignisses weitere Ermittlungen der Bundesagentur erforderlich gewesen seien.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung in einem wesentlichen Punkt nicht stand. Der Anspruch des Klägers ist jedenfalls verjährt.

1. Die Verjährung des Anspruchs des Klägers richtet sich gemäß Art. 229 § 12 Abs. 1 Nr. 3, Art. 229 § 6 Abs. 1 EGBGB nach der durch das Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 9.12.2004 (BGBl I, 3214) mit Wirkung zum 15.12.2004 aufgehobenen Vorschrift des § 51b BRAO a.F.

2. Nach **§ 51b Satz 1 BRAO a.F.** verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden war.

a) Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts ist der Schaden, der neben der Pflichtverletzung Anspruchsvoraussetzung ist, nicht erst mit dem Bescheid der Bundesagentur vom 15.4.2009, mit dem der Antrag auf Insolvenzgeld abgelehnt worden ist, eingetreten. **Maßgeblich für die Entstehung des Schadens ist vielmehr der Ablauf der Ausschlussfrist des § 324 Abs. 3 SGB III a.F. in der bis zum 31.12.2003 gültigen Fassung.**

aa) **Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs entsteht der Schaden dann, wenn sich die Vermögenslage des Betroffenen durch die Pflichtverletzung des Beraters im Vergleich zu seinem früheren Vermögensstand objektiv**

verschlechtert hat. Dafür genügt es, dass der **Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist**, mag auch seine Höhe noch nicht beziffert werden können. Es muss nicht feststehen, dass die Vermögenseinbuße bestehen bleibt und damit endgültig wird, vielmehr reicht es aus, dass ein **endgültiger Teilschaden** entstanden ist und mit weiteren adäquat verursachten Nachteilen gerechnet werden muss (BGH, Urt. v. 4.4.1991 – IX ZR 215/90, BGHZ 114, 150, 152 f; v. 2.7.1992 – IX ZR 268/91, BGHZ 119, 69, 70 f; v. 13.12.2007 – IX ZR 130/06, WM 2008, 611 Rdnr. 10; v. 29.5.2008 – IX ZR 222/06, WM 2008, 1416 Rdnr. 14; v. 16.10.2008 – IX ZR 135/07, WM 2008, 2307 Rdnr. 12; Chab in: Zuehör/ G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaftung 3. Aufl., Rdnr. 1352 f).

Die Unkenntnis des Schadens und damit des Ersatzanspruchs hindert den Beginn der Verjährung nicht. Eine bloße **Vermögensgefährdung** reicht für die Annahme eines Schadens dagegen nicht aus. Ein Schaden ist nicht eingetreten, solange nur das Risiko eines Vermögensnachteils besteht, bei der gebotenen wertenden Betrachtung allenfalls eine Vermögensgefährdung vorliegt, es also noch nicht klar ist, ob es wirklich zum Schaden kommt (BGH, Urt. v. 16.10.2008, a.a.O.).

bb) Nach diesen Grundsätzen ist vorliegend der Schaden des Klägers am 31.10.2003 eingetreten, weil nach den Feststellungen der Bundesagentur für Arbeit das Insolvenzereignis am 31.8.2003 eingetreten ist. Ende Oktober 2003 war die in **§ 324 Abs. 3 Satz 1 SGB III a.F. normierte Ausschlussfrist** abgelaufen, innerhalb derer der Kläger den Anspruch auf Insolvenzgeld nach Feststellung des Insolvenzereignisses gemäß dem seinerzeit gültigen **§ 183 Abs. 1 Nr. 3 SGB III (in der Fassung des Gesetzes vom 10.12.2001, BGBl I, S. 3443)** gestellt haben musste.

Gemäß **§ 183 Abs. 1 Nr. 3 SGB III a.F.** hatten Arbeitnehmer Anspruch auf Insolvenzgeld, wenn sie im Inland beschäftigt waren, bei vollständiger Beendigung der Betriebstätigkeit im Inland ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht gestellt worden war und ein Insolvenzverfahren offensichtlich mangels Masse nicht in Betracht kam. In diesem Fall konnten sie gemäß **§ 324 Abs. 3 Satz 1 SGB III a.F.** innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Monaten nach dem Insolvenzereignis die Zahlung von Insolvenzgeld beantragen. Bei der Versäumung dieser Frist aus Gründen, die der Arbeitnehmer nicht zu vertreten hatte, kam gemäß **§ 324 Abs. 3 Satz 2 SGB III a.F.** die nachträgliche Zahlung von Insolvenzgeld in Betracht. Eine schuldhafte Versäumung der Frist lag gemäß Satz 3 der Regelung vor, wenn der Arbeitnehmer sich nicht mit der hinreichenden Sorgfalt um die Durchsetzung seiner Ansprüche bemüht hatte.

Aufgrund dieser Regelungen kann entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts nicht davon ausgegangen werden, dass es für die Entstehung des Schadens darauf ankam, zu welchem Zeitpunkt die Bundesagentur einen nachträglich von dem Arbeitnehmer gemäß § 324 Abs. 3 Satz 2 und 3 InsO gestellten Antrag auf Zahlung von Insolvenzgeld abgelehnt hatte. Vielmehr trat eine objektive Verschlechterung der

Vermögenslage des Arbeitnehmers bereits dann ein, als er die Ausschlussfrist des § 324 Abs. 3 Satz 1 SGB III a.F. versäumt hatte (vgl. BGH, Urt. v. 16.10.2008 – IX ZR 135/07, WM 2008, 2307 Rdnr. 14 m.w.N.), **ohne einen entsprechenden Antrag gestellt zu haben.**

c) Im Streitfall geht es um den Ablauf einer materiellen Ausschlussfrist, bei deren Versäumung der Mandant zwar unter bestimmten Voraussetzungen, die denen einer **Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand nahekommen, den Schaden nachträglich entfallen lassen kann. Dies ändert aber nichts daran, dass für die verjährungsrechtliche Schadenentstehung der Zeitpunkt maßgeblich ist, zu dem die Ausschlussfrist verstrichen ist. **Anders als bei der Haftung des Steuerberaters, bei welcher der Schaden regelmäßig erst mit Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids eintritt, weil bis dahin offen ist, ob die Finanzbehörde den für den Mandanten steuerlich ungünstigen Sachverhalt mit der Folge aufgreift, dass die Pflichtverletzung des Beraters zu einer steuerlichen Belastung des Mandanten führt** (vgl. BGH, Urt. v. 3.11.2011 – IX ZR 208/04, WM 2006, 590, 591), **gilt dies für die Haftung des Rechtsanwalts, der aufgrund einer fehlerhaften oder unterbliebenen Belehrung die Versäumung einer Ausschlussfrist verursacht, nicht.** Hier ist der Schaden schon mit dem Ablauf der Ausschlussfrist eingetreten. **Ob es eine Möglichkeit gibt, diesen Schadeneintritt dadurch aufzufangen, dass sich der Mandant nachträglich wegen der Fristversäumnis entschuldigen kann, ändert nichts an der Tatsache, dass sich der Vermögensbestand des Mandanten objektiv verschlechtert hat und keine bloße Vermögensgefährdung vorliegt.**

aa) Ebenso wie im Fall einer durch das pflichtwidrige Verhalten des Rechtsanwalts verursachten, für den Mandanten nachteiligen Entscheidung eines Gerichts der Schaden schon mit der Entscheidung eingetreten ist und es nicht darauf ankommt, ob eine Änderung der Entscheidung in einem weiteren Rechtszug zugunsten des Mandanten erfolgen könnte (vgl. BGH, Urt. v. 27.1.2000 – IX ZR 354/98, WM 2000, 969, 970), kommt es auch nicht darauf an, ob es dem Mandanten gelingen könnte, den durch den Ablauf der Ausschlussfrist eingetretenen Schaden durch einen später gestellten Antrag nach **§ 324 Abs. 3 Satz 2 und 3 SGB III a.F.** noch abzuwenden. Anderenfalls müsste auch die **erfolversprechende Möglichkeit einer Wiedereinsetzung** nach den §§ 233 ff ZPO im Fall der Versäumung einer prozessualen Frist dazu führen, dass der Eintritt des Schadens gehindert ist, solange die durch die Fristversäumung eingetretenen Nachteile rückwirkend in einem Wiedereinsetzungsverfahren wieder beseitigt werden können.

Einer solchen Betrachtungsweise steht aber die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs entgegen, nach der ein infolge der Versäumung der Frist zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde eingetretener Schaden auch dann bestehen bleibt, wenn im Nachhinein versucht wird, Wiedereinsetzung in die Frist zur Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde zu erlangen. Die Schädigung des Mandanten durch eine nachteilige Gerichtsentscheidung, die auf einem fehlerhaften Prozessverhalten des Rechtsberaters beruht, entfällt nicht wegen der Unsicherheit, ob der Schaden be-

stehen bleibt und endgültig wird und damit auch nicht wegen eines Wiedereinsetzungsantrags des Mandanten (BGH, Urt. v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, WM 2000, 959, 960; Beschl. v. 28.3.1996 – IX ZR 197/95, WM 1996, 1108, 1109).

bb) **Die Auffassung des Berufungsgerichts, der vorliegende Fall sei anders zu beurteilen, als die sonstigen Fälle der Versäumung prozessualer oder materieller Ausschlussfristen, weil die Bundesagentur noch Ermittlungen durchzuführen gehabt habe, um den Zeitpunkt der Betriebseinstellung festzulegen, rechtfertigten keine andere Betrachtung.** Die Erforderlichkeit von Nachforschungen zur Bestimmung des Zeitpunkts der endgültigen Betriebseinstellung i.S.d. § 183 Abs. 1 Nr. 3 SGB III a.F. ändert nichts an dem Umstand, dass die Ausschlussfrist von dem Zeitpunkt der später festgestellten Betriebseinstellung an zu berechnen ist. Der Ablauf einer prozessualen Frist kann ebenfalls aufklärungsbedürftig sein.

cc) **Ebenfalls keine entscheidende Bedeutung hat es entgegen der Auffassung der Revisionserwiderung, dass der Bundesagentur bei der Beurteilung der Frage, ob sich der Antragsteller mit der erforderlichen Sorgfalt um die Durchsetzung seiner Ansprüche bemüht hat, ein Beurteilungsermessen zusteht.** Dieses Beurteilungsermessen bezieht sich nur auf die nachträgliche Feststellung der Voraussetzungen, unter denen der Schaden wieder entfällt, weil der Arbeitnehmer mit seinem verspätet gestellten Antrag ausnahmsweise Erfolg hat. Die Härtefallregelung des § 324 Abs. 1 Satz 2 SGB III a.F. war auf den Fall der Versäumung der Ausschlussfrist des § 324 Abs. 3 Satz 1 SGB III a.F. nicht anwendbar (LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 12.4.2012 – L 12 AL 5192/11, Rdnr. 24 m.w.N.). Bei der Regelung des § 324 Abs. 3 Satz 3 SGB III a.F., bei der es sich um eine spezialgesetzliche Ausprägung des Rechtsinstituts der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand handelte (vgl. BSGE 71, 213, 214; LSG Baden-Württemberg, a.a.O., Rdnr. 23; LSG Nordrhein-Westfalen, ZInsO 2013, 36, 39), ging es nicht um die Beurteilung der Frage, ob der Arbeitnehmer den Antrag auf Insolvenzgeld rechtzeitig gestellt hatte. Vielmehr war festzustellen, ob er die materielle Ausschlussfrist, deren Versäumnis unumstößlich war, unverschuldet nicht wahrgenommen hatte. Damit gelten die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Möglichkeit einer Wiedereinsetzung nichts daran ändert, dass der Schaden schon mit Versäumung der Frist eingetreten ist.

3. Die Folgen des Eintritts der Verjährung können auch nicht unter dem Gesichtspunkt eines **Sekundäranspruchs** abgewendet werden. Dieser begann mit Vollendung der Primärverjährung, also spätestens im Jahr 2006, und war deshalb im Jahr 2009 verjährt. Die Klage ist im Juli 2010 beim Amtsgericht eingereicht worden und konnte deshalb die Verjährung nicht hemmen.

III. Der Bundesgerichtshof kann in der Sache selbst entscheiden, weil der Rechtsstreit zur Endentscheidung reif ist (§ 563 Abs. 3 ZPO). Die Klage ist wegen Ablaufs der Verjährungsfrist auf die von dem Beklagten erhobene Einrede abzuweisen. ■

Wirtschaftsprüferhaftung

- Mittelverwendungskontrolle
 - Verjährung gemäß § 51a WPO a.F.
 - Keine Sekundärhaftung
- (BGH, Urt. v. 11.4.2013 – III ZR 80/12)

Leitsatz (d. Red.):

Die Verjährungsvorschrift des § 51a WPO a.F. findet auf Schadenersatzansprüche gegen Wirtschaftsprüfer wegen Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten im Zusammenhang mit einem Mittelverwendungskontrollvertrag Anwendung. Die Rechtsprechung zur Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Treuhandkommanditisten (BGH, Urt. v. 29.5.2008 – III ZR 59/07, NJW 2008, 1205) ist auf Schadenersatzansprüche gegen den Mittelverwendungskontrollleur nicht übertragbar. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger macht gegen die Beklagten Ersatzansprüche im Zusammenhang mit einer Beteiligung an der MBP KG (im Folgenden: MBP KG II) geltend. Er zeichnete am 27.12.2000 eine Kommanditbeteiligung an dem Fonds über 170.000 DM zzgl. 5% Agio. Die Beteiligung wurde treuhänderisch von einer anderen Gesellschaft gehalten.

Die Anlage wurde anhand eines Emissionsprospekts vertrieben, aus dem sich u.a. die Mittelverwendungskontrolle durch eine international tätige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ergab, deren Firma „aus standesrechtlichen Gründen“ nicht genannt wurde. Diese Aufgabe übernahm die Beklagte zu 1). Der Mittelverwendungskontrollvertrag war mit der Fondsgesellschaft und der Treuhänderin abgeschlossen worden. Der Beklagte zu 2) war Geschäftsführer der Komplementär-gesellschaft des Fonds. Er hatte außer dem hier maßgeblichen Medienfonds auch die Fondsgesellschaften MBP mbH & Co. KG (im Folgenden: MBP KG I) und MBP 121 initiiert und als Geschäftsführer der jeweiligen Komplementär-GmbH geleitet. Der zwischen der Fondsgesellschaft MBP KG II, der Treuhänderin und der Beklagten zu 1) geschlossene Mittelverwendungskontrollvertrag war in dem Emissionsprospekt abgedruckt. In § 1 des Vertrages waren unter der Überschrift „Mittelbereitstellung, Anderkonto“ u.a. folgende Bestimmungen getroffen:

„2. Zur Verwaltung der von der Treuhandkommanditistin bereitzustellenden Mittel eröffnet der Mittelverwendungskontrollleur ein getrennt von seinem Vermögen zu führendes Anderkonto (nachfolgend „Anderkonto I“). Verfügungen von dem Anderkonto I können ausschließlich vom Mittelverwendungskontrollleur nach Maßgabe dieses Vertrages vorgenommen werden.

3. Darüber hinaus eröffnet der Mittelverwendungskontrollleur ein weiteres, getrennt von dem vorgenannten Konto zu führendes Anderkonto (nachfolgend Anderkonto II), auf welchem ausschließlich die der MBP KG II zustehenden

Erlöse aus der Verwertung der von ihr hergestellten Filme einzuzahlen sind. Für das Anderkonto II und die hierauf eingehenden Beträge gilt Abs. 2 Satz 2 entsprechend.“

§ 4 des Vertrages enthielt für den Mittelverwendungskontrolleur detaillierte Regelungen zu den Voraussetzungen der Mittelbereitstellung und -freigabe. Die Bestimmung lautete auszuweise:

„1. Der Mittelverwendungskontrolleur wird, soweit die auf dem Anderkonto I vorhandenen Mittel ausreichen, die für die Realisierung der jeweiligen Projekte erforderlichen Mittel auf einem gesonderten Produktionskonto bereitstellen. Der Mittelverwendungskontrolleur hat für jedes einzelne Projekt ein gesondertes Anderkonto (nachfolgend: „Produktionskonto“) einzurichten, das als „Produktionskonto“ unter Hinzufügung des Projektarbeitstitels zu bezeichnen ist. (...)“

5.1 Die Freigabe der auf einem Produktionskonto verfügbaren Produktionsmittel zur Zahlung von Produktionskosten zur Herstellung von Kino- und Fernsehfilmen darf nur erfolgen, wenn eine fällige Forderung gegen die MBP KG II aufgrund eines Co-Produktions- oder eines Auftragsproduktionsvertrages besteht. (...)

6. Die Freigabe der ersten Rate darf nur erfolgen, wenn

a) die MBP KG II folgende Unterlagen übergeben hat:

aa) unterzeichneter Vertrag über eine unechte Auftragsproduktion sowie abgeschlossener Co-Produktionsvertrag;

ab) Nachweis einer Fertigstellungsgarantie durch Vorlage entsprechender Unterlagen oder Bestätigungserklärungen oder eines Letter of Commitment einer Completion Bond Gesellschaft;

ac) Vorlage von Kopien der Versicherungspolizen der abgeschlossenen Ausfall-, Negativ- bzw. Datenträgerversicherung; (...)

11.1 Der Mittelverwendungskontrolleur kann nach pflichtgemäßem Ermessen fällige Beträge für Produktionen auch auszahlen, wenn für die fälligen Beträge ein oder mehrere Nachweise nach diesem Vertrag noch nicht vorliegen und die Auszahlung erforderlich ist und/oder dazu dient, die Einstellung der Produktion und/oder finanzielle Schäden von der MBP KG II und/oder ihren Gesellschaftern abzuwenden.

11.2 Dem Mittelverwendungskontrolleur ist vor Auszahlung eine schriftliche Erklärung des Co-Produzenten der MBP KG II oder des unechten Auftragsproduzenten vorzulegen, die den Eintritt entscheidungsrelevanter Tatsachen i.S.v. § 4 Ziff. 11.1 dieses Vertrages darlegt. Diese Erklärung ist vom Mittelverwendungskontrolleur auf Plausibilität zu prüfen, im Übrigen gilt § 3 Ziff. 5 dieses Vertrages.“

In § 5 Nr. 2 des Mittelverwendungskontrollvertrages war die Verjährung von Ersatzansprüchen gegen die Beklagte zu 1) innerhalb von drei Jahren nach Entstehung vereinbart.

Der Kläger hat behauptet, die Beklagte zu 1) habe regelmäßig von § 4 Nr. 11.1 des Mittelverwendungskontrollvertrags Gebrauch gemacht und zudem die in § 4 Nr. 11.2 vorgesehenen Voraussetzungen missachtet. Ferner hat der Kläger eine fehlerhafte Ermessensausübung durch die Beklagte zu 1) geltend gemacht. Er meint, die Beklagte zu 1) habe ihn vor der Zeichnung der Anlage auf diese im Widerspruch zum Gesamtkonzept der Anlage stehende, bereits vor der Beitrittserklärung ausgeübte Praxis hinweisen müssen, da eine effektive Mittelverwendungskontrolle so nicht zu erreichen gewesen sei. In der Berufungsinstanz hat der Kläger zusätzlich ausgeführt, dass die Auszahlungsvoraussetzungen für die erste Rate gemäß § 4 Nr. 6a des Mittelverwendungskontrollvertrages bei keinem der Projekte hätten eingehalten werden können, so dass stets auf die Ausnahme Klausel in § 4 Nr. 11.1 habe zurückgegriffen werden müssen. Wären ihm Hinweise auf diese Handhabung erteilt worden, wäre er den Fonds nicht beigetreten.

Der Beklagte zu 2) hafte zudem als Initiator.

Die Beklagten haben u.a. die Einrede der Verjährung erhoben.

Das Landgericht hat die auf Ersatz des Zeichnungsschadens des Klägers und entgangener Anlagezinsen gerichtete Klage abgewiesen. Die Berufung gegen dieses Urteil ist ohne Erfolg geblieben. Mit seiner vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter. Die zulässige Revision ist begründet. ■

Aus den Gründen:

I. Das Berufungsgericht hat die Auffassung vertreten, der Zeichnungsschaden müsse dem Kläger weder auf vertraglicher noch auf deliktischer Grundlage ersetzt werden.

Es sei nicht ersichtlich, dass die Beklagte zu 1) gegenüber den Anlegern etwaige vorvertragliche Aufklärungspflichten verletzt habe. Eine solche Pflicht könne erst dann begründet sein, wenn nicht nur das „Wie“, sondern das „Ob“ der Mittelverwendungskontrolle infrage stehe, eine Mittelverwendungskontrolle also erst gar nicht ins Werk gesetzt sei oder aus anderen Gründen de facto unterbleibe. Der Vortrag des Klägers stelle aber lediglich das „Wie“ der Mittelverwendungskontrolle infrage. Der behauptete systematische oder regelmäßige Gebrauch der Ermessensklausel des § 4 Nr. 11 des Mittelverwendungskontrollvertrages könne vor der Beitrittserklärung des Klägers nicht festgestellt werden. Für seinen Vorwurf, bereits vor seiner Zeichnung der Beteiligung am 27.12.2000 habe festgestanden, dass die Beklagte zu 1) ihre vertraglichen Mitwirkungs-, Kontroll- und Überwachungsrechte tatsächlich nicht oder nicht sachgerecht ausgeübt habe oder ausüben werde, bestünden keine hinreichenden Anhaltspunkte. Aus den vom Kläger vorgelegten Zeugenaussagen in anderen Verfahren ergebe sich, dass Auszahlungsbegehren sehr wohl geprüft und auch abgelehnt worden seien.

Aber selbst, wenn es zu regelmäßigen auf die Ermessensklausel des Mittelverwendungskontrollvertrages gestützten

Mittelfreigaben gekommen sei und fondsübergreifend Mittelanforderungen sowohl des MBP KG I als auch des MBP KG II zu berücksichtigen seien, rechtfertige dies nicht den Vorwurf, bereits vor dem 27.12.2000 habe festgestanden, dass die Beklagte zu 1) ihre Kontrollrechte nicht oder nicht sachgerecht ausüben werde. Die vom Kläger behaupteten Freigaben von Zahlungen auf der Grundlage der Ausnahmeregelungen machten nur 5,3% des Filmbudgets der Fonds aus. Zudem seien die Mittel unstreitig den Filmproduktionen zugutegekommen.

Die Behauptung des Klägers, bei keiner der streitgegenständlichen Mittelanforderungen seien die Voraussetzungen des § 4 Nr. 11.2 des Mittelverwendungskontrollvertrages beachtet worden, sei ins Blaue hinein aufgestellt worden.

Für nicht durchgreifend hat das Berufungsgericht auch den Vortrag des Klägers erachtet, die prospektierten Voraussetzungen für die Freigabe der ersten Rate gemäß § 4 Nr. 6a des Mittelverwendungskontrollvertrages hätten branchenüblich bei keinem Fonds der MBP-Serie und keinem Projekt vorliegen können, weshalb die Mittelverwendungskontrolle in diesem Punkt von Anfang an nicht habe prospektgemäß durchgeführt werden können. Der Kläger stütze diese Behauptung auf Aussagen einer Zeugin in anderen Verfahren, die ausdrücklich nur den Fonds MBP 121 betroffen hätten. Es handele sich daher um Behauptungen „ins Blaue“ hinein, weshalb auch die angebotenen Beweise nicht zu erheben seien.

Die Beklagte zu 1) habe lediglich für die Zeit nach dem 23.3.2001 teilweise „frühzeitige“ Auszahlungen von Produktionsmitteln bezüglich des Fonds MBP 121 zugestanden. Dass die ersten Raten stets bei Vertragsschluss mit den Produzenten fällig gewesen seien, habe sie hingegen bestritten. Im Übrigen hätten die frühe Fälligkeit der ersten Raten und damit verbundene frühe Mittelanforderungen nicht zwingend die sofortige Freigabe der Mittel ohne Vorlage von Nachweisen durch die Beklagte zu 1) zur Folge gehabt.

Der Beklagte zu 2) hafte dem Kläger ebenfalls nicht auf Ersatz des Zeichnungsschadens. Eine vertragliche Haftung aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag sei ausgeschlossen, da ihn hieraus keine Pflichten träfen. Etwaige Ansprüche aus Prospekthaftung im engeren Sinne seien verjährt. Eine Prospekthaftung im weiteren Sinne, wie sie den Initiator eines Fonds ebenfalls treffen könne, scheitere an der fehlenden Inanspruchnahme eines besonderen persönlichen Vertrauens.

Die Voraussetzungen einer deliktischen Haftung des Beklagten zu 2) gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 263, 264a StGB oder aus § 826 BGB hätten nicht festgestellt werden können. Es sei nicht bewiesen, dass die Beklagten unter Missachtung der Voraussetzungen des § 4 Nr. 6a und 11 Mittelfreigaben veranlasst hätten. Da die Möglichkeit einer Freigabe nach der Ermessensklausel im Prospekt vorgesehen gewesen sei und die genannten Mittelanforderungen lediglich 5,3% der gesamten Filmherstellungskosten der Fonds MBP KG I und MBP KG II ausmachten, sei auch ein Rück-

schluss auf ein planmäßiges Umstellen der Mittelanforderungen auf die Ermessensklausel nicht möglich. Zudem sei nicht die Mittelanforderung des Beklagten zu 2) entscheidend, sondern die Freigabe durch die Beklagte zu 1). Die strafrechtliche Verurteilung des Beklagten zu 2) wegen Untreue im Hinblick auf den Fonds MBP 121 lasse Rückschlüsse auf eine deliktische Haftung bezüglich des hier streitgegenständlichen Fonds nicht zu.

II. Dies hält der rechtlichen Nachprüfung nicht in allen Punkten stand. Auf der Grundlage der bisherigen Feststellungen kann ein Schadenersatzanspruch des Klägers gegen die Beklagten nach § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 264a Abs. 1 StGB, § 826 BGB – für die Beklagte zu 1) i.V.m. § 27 StGB sowie §§ 31, 830, 831 BGB – nicht ausgeschlossen werden.

1. Allerdings scheidet ein Anspruch des Klägers gegen die Beklagte zu 1) auf vertraglicher Grundlage aus.

a) Es kann dabei auf sich beruhen, ob die Voraussetzungen für einen Schadenersatzanspruch des Klägers gegen die Beklagte zu 1) wegen Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag erfüllt sind. Die Beklagte ist jedenfalls gemäß § 214 Abs. 1 BGB berechtigt, die Leistung von Schadenersatz zu verweigern, weil eine etwaige Forderung des Klägers verjährt ist.

Es kann dabei dahinstehen, ob die in § 5 Nr. 2 der **Mittelverwendungskontrollverträge** vereinbarte dreijährige Verjährungsfrist auf einen Ersatzanspruch des Klägers aufgrund seiner Einbeziehung in die Schutzpflichten dieses Vertrages anzuwenden und diese Regelung einer AGB-rechtlichen Kontrolle standhalten würde (siehe dazu *Senatsurt. v. 19.11.2009 – III ZR 180/08, BGHZ 183, 220 Rdnr. 12 ff*). Der Anspruch ist jedenfalls gemäß **§ 51a WPO** in der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Wirtschaftsprüferordnung und anderer Gesetze vom 20.8.1975 (*BGBI I., 2258; nachfolgend § 51a WPO a.F.*), der gemäß § 56 WPO auch auf Wirtschaftsprüfungsgesellschaften anwendbar ist, verjährt. **Hiernach verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis in fünf Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist.**

aa) Der aufgrund des Wirtschaftsprüfungsexamen-Reformgesetzes vom 1.12.2003 (*BGBI I., 2446*) inzwischen aufgehobene § 51a WPO a.F. findet nach der **Übergangsregelung des § 139b Abs. 1 WPO** auf den im vorliegenden Rechtsstreit erhobenen Anspruch noch Anwendung. Zwar ist hiernach **für die am 1.1.2004 bestehenden und noch nicht verjäherten Ansprüche auf Schadenersatz die regelmäßige Verjährungsfrist des § 195 BGB maßgeblich**. Dies gilt gemäß § 139b Abs. 2 WPO jedoch nicht, wenn die Verjährungsfrist des § 51a WPO a.F. früher als die regelmäßige Verjährungsfrist nach § 195 BGB, beginnend ab dem 1.1.2004, abläuft. Dies ist hier der Fall. Während die 2004 beginnende Regelverjährungsfrist des § 195 BGB nicht vor dem 31.12.2006 ablaufen konnte, war der etwaige Schadenersatzanspruch des Klägers nach Maßgabe des § 51a WPO a.F. spätestens im ersten Quartal des Jahres 2006 verjährt (siehe unten).

bb) § 51a WPO a.F. ist auf den geltend gemachten Schadenersatzanspruch des Klägers wegen der Verletzung **vorvertraglicher Aufklärungspflichten im Zusammenhang mit dem Mittelverwendungskontrollvertrag** anzuwenden. Mit der Einführung des § 51a WPO a.F. sollte die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Wirtschaftsprüfer in Anlehnung an den damaligen § 168 Abs. 5 AktG auf fünf Jahre verkürzt werden. Betroffen sollten die Ansprüche des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis sein (BT-Drucks. 7/2417, S. 21).

(1) Die Regelung ist **nicht lediglich auf die unmittelbaren Ansprüche eines Auftraggebers** gegen den Wirtschaftsprüfer anzuwenden. Vielmehr erfasst sie **auch Schadenersatzansprüche, die auf die Verletzung drittschützender Pflichten aus einem Vertrag mit einem Wirtschaftsprüfer gestützt werden** (BGH, Urt. v. 8.6.2004 – X ZR 283/02, NJW 2004, 3420, 3422; zum Anwaltsvertrag mit Schutzwirkung zugunsten eines Dritten siehe Chab in: Zuehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft 3. Aufl., Rdnr. 1323), in dem er sich zu einer Leistung verpflichtet, die zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehört (vgl. dazu BGH, Urt. v. 11.3.1987 – IV ZR 290/85, BGHZ 100, 132, 134; v. 6.11.1980 – VII ZR 237/79, BGHZ 78, 335, 343). Zwar handelt es sich bei einem Anspruch wegen der Verletzung von Pflichten aus einem Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter nicht um einen vertraglichen Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz. Die Forderung des Dritten wird aber aus den Vertragspflichten gegenüber dem Auftraggeber abgeleitet (Chab, a.a.O., zur Anwendbarkeit des § 51b BRAO auf einen Anspruch aus einem Anwaltsvertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter).

Der in die Schutzwirkungen einbezogene Dritte kann zudem keine weitergehenden Rechte haben als der Vertragspartner des Berufsträgers (BGH, Urt. v. 15.6.1971 – VI ZR 262/69, BGHZ 56, 269, 272; v. 7.11.1960 – VII ZR 148/59, BGHZ 33, 247, 250; Chab, a.a.O.). **Vielmehr entspricht die Gleichbehandlung des Dritten und des Vertragspartners des Haftenden dem Zweck der besonderen Verjährungsregelung.**

(2) Der Wirtschaftsprüfer, der sich zur Mittelverwendungskontrolle verpflichtet, fällt in den inhaltlichen Anwendungsbereich des § 51a WPO, da diese Tätigkeit seinem **Berufsbild** zuzuordnen ist. Nach **§ 2 Abs. 1 WPO** haben Wirtschaftsprüfer die berufliche Aufgabe, betriebswirtschaftliche Prüfungen, insbesondere solche von Jahresabschlüssen wirtschaftlicher Unternehmen, durchzuführen und Bestätigungsvermerke über die Vornahme und das Ergebnis solcher Prüfungen zu erteilen. **Diese Aufgabe ist aber für das Berufsbild des Wirtschaftsprüfers nicht abschließend** (vgl. BGH, Urt. v. 11.3.1987 – IV ZR 290/85, BGHZ 100, 132, 135; v. 26.2.1981 – VII ZR 72/80, NJW 1981, 1518, 1519; v. 6.11.1980 – VII ZR 237/79, NJW 1981, 401, 402 f).

Auch eine nicht ausdrücklich aufgeführte Tätigkeit kann dem Berufsbild zugeordnet werden, wenn sie nach dessen geschichtlicher Entwicklung und nach der Verkehrsauffassung dazu gehört (BGH, Urt. v. 11.3.1987, a.a.O.). **Wird eine**

Tätigkeit gerade einem Wirtschaftsprüfer im Hinblick auf die berufsspezifische Sachkunde und Erfahrung auf betriebswirtschaftlichem Gebiet übertragen, kann dies für eine entsprechende Qualifizierung sprechen (BGH, Urt. v. 11.3.1987, a.a.O.; vgl. auch Urt. v. 16.1.1986 – VII ZR 61/85, BGHZ 97, 21, 25, bezogen auf die Anwendung von § 68 StBerG auf Schadenersatzansprüche gegen Steuerberater wegen der Verletzung von Treuhandverträgen im Zusammenhang mit der Beteiligung an Bauherrenmodellen). Bei Anlagemodellen wie dem vorliegenden kommt der Funktion des Mittelverwendungskontrolleurs eine zentrale Aufgabe zu. Dabei erzeugt deren Wahrnehmung durch einen Wirtschaftsprüfer vor allem im Hinblick auf dessen spezielle betriebswirtschaftliche Kenntnisse Vertrauen in die Seriosität der Anlage.

Gerade auch die Gestaltung der Mittelverwaltung durch die hier maßgeblichen **Mittelverwendungskontrollverträge** entspricht dem Berufsbild eines Wirtschaftsprüfers. **Gemäß § 2 Abs. 3 WPO gehört zu den Befugnissen des Wirtschaftsprüfers auch, in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten, fremde Interessen zu wahren und treuhänderische Verwaltungen vorzunehmen.** Die Pflichten der Beklagten zu 1) als Mittelverwendungskontrolleurin waren dementsprechend ausgestaltet. Gemäß § 1 Nr. 2 und 3 des Vertrages sollte die Kontrolle gerade durch die treuhänderische Verwaltung der Fondsmittel erfolgen. Hierzu sollte die Beklagte zu 1) die Mittel der Gesellschaften, welche sie durch Überweisung der Einlageleistungen der Anleger von der Treuhandkommanditistin erhielt, auf einem Treuhandkonto (Anderkonto I), verwahren und die Erlöse der Fondsgesellschaften aus der Verwertung der hergestellten Filme auf einem ebenfalls als Treuhandkonto geführten Anderkonto II verwalten. Darüber hinaus waren gemäß § 4 Nr. 1 des Mittelverwendungskontrollvertrages auf weiteren gesonderten Anderkonten, den sogenannten „Produktionskonten“, die Produktionsmittel eines jeden Projekts zu verwalten.

Diese Gestaltung ermöglichte die Durchführung der Mittelverwendungskontrolle durch die Beklagte zu 1). Die Überwachung der Verwendung der angelegten Gelder und, soweit erforderlich, die Regulierung der Mittelverwendung erfolgte damit auf Grundlage der in den Mittelverwendungskontrollverträgen vorgesehenen Einrichtung und Verwaltung der treuhänderischen Anderkonten.

Dass der Mittelverwendungskontrolleur vor der Freigabe der Mittel lediglich das Vorliegen verschiedener vertraglich definierter Voraussetzungen zu überprüfen hatte, steht der Einordnung seiner Tätigkeit in das Berufsbild eines Wirtschaftsprüfers nicht entgegen, zumal der Beklagten zu 1) durch die Regelungen in § 4 Nr. 11 des Mittelverwendungskontrollvertrages Ermessen bei der Entscheidung eingeräumt wurde, angeforderte Mittel freizugeben, wenn die in dem Vertrag definierten formalen Auszahlungsvoraussetzungen nicht vorliegen. Gerade bei der in diesen Fällen notwendigen Abwägung der Interessen der Anleger und der Fondsgesellschaft kommt es unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und auch steuerlichen (vgl. § 2 Abs. 2 WPO) Auswirkungen der jeweiligen Entscheidung auf die besondere Sachkunde eines Wirtschaftsprüfers an.

Im Übrigen ist es, wie dem Senat aus einer Vielzahl von Verfahren bekannt ist, bei Kapitalanlagemodellen der vorliegenden Art durchaus üblich, einen Mittelverwendungskontrolleur einzuschalten und mit dieser Aufgabe einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu betrauen.

(3) **Eine Vergleichbarkeit mit dem Fall, in dem der Senat die Anwendung der Regelverjährung auf Schadenersatzansprüche von Kapitalanlegern gegen eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die als Treuhandkommanditistin tätig war, wegen der mangelnden Aufklärung über die Verwendung von Provisionen im Zusammenhang mit dem Beitritt zu einer Publikumskommanditgesellschaft bejaht hat** (Senatsurt. v. 29.5.2008 – III ZR 59/07, WM 2008, 1205 Rdnr. 28), besteht entgegen der Auffassung des Klägers **nicht**. Die Haftung eines Gesellschafters richtet sich unabhängig von seinem Beruf nach den Vorschriften, die für jeden Gesellschafter in gleicher Situation gelten (Senatsurt. v. 13.7.2006 – III ZR 361/04, NJW-RR 2007, 406 Rdnr. 13; BGH, Urt. v. 20.3.2006 – II ZR 326/04, NJW 2006, 2410 Rdnr. 8). Hiervon ist die Haftung eines Wirtschaftsprüfers wegen seiner Tätigkeit als Mittelverwendungskontrolleur zu unterscheiden.

cc) Die Verjährungsfrist des § 51a WPO a.F. ist vor Erhebung der Klage abgelaufen. In dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch entstanden ist, beginnt der Lauf der Frist des § 51a WPO a.F. Der Kläger leitet seine Forderung gegen die Beklagte zu 1) aus dem Vorwurf her, diese habe es unterlassen, ihn vor seinem Beitritt zu dem Fonds MBP KG II über die (von ihm behaupteten) Mängel der Mittelverwendungskontrolle aufzuklären. Ein hieraus erwachsener, zu ersetzender Schaden bestünde in der Eingehung der Beteiligung und wäre demnach mit Eintritt der rechtlichen Bindung des Klägers an seine Beteiligungsentscheidungen entstanden (vgl. Senatsurt. v. 19.11.2009 – III ZR 109/08, WM 2010, 25 Rdnr. 33; BGH, Urt. v. 27.1.1994 – IX ZR 195/93, NJW 1994, 1405, 1407).

Der Kläger hat den Beitritt am 27.12.2000 erklärt. Die Annahme erfolgte spätestens Anfang 2001. Die fünfjährige Verjährungsfrist wäre in Bezug auf etwaige Schadenersatzansprüche im ersten Quartal 2006, mithin vor der Klageerhebung im September 2010 abgelaufen.

dd) Anhaltspunkte für eine Unterbrechung oder Hemmung des Laufs der Verjährungsfrist des § 51a WPO a.F. sind nicht ersichtlich.

ee) Der Verjährung kann der Kläger entgegen der Ansicht der Revision nicht eine **Sekundärhaftung** der Beklagten zu 1) entgegenhalten. **Ein als Mittelverwendungskontrolleur tätiger Wirtschaftsprüfer unterliegt, nicht anders als der als Jahresabschlussprüfer tätige Wirtschaftsprüfer** (hierzu siehe BGH, Urt. v. 10.12.2009 – VII ZR 42/08, BGHZ 183, 323 Rdnr. 33), **keiner Sekundärhaftung**. Bei der Mittelverwendungskontrolle ist der Wirtschaftsprüfer ebenso wenig wie bei einer Jahresabschlussprüfung zu einer umfassenden rechtlichen Beratung verpflichtet. Vielmehr beschränkt sich seine Prüfungspflicht auf einen abgegrenzten Bereich.

Damit fehlt es an einer tragfähigen Grundlage für die Sekundärhaftung (vgl. BGH, a.a.O., Rdnr. 34 f). Aus dem gleichen Grund ist, anders als die Revision meint, auch das Senatsurteil vom 7.11.1991 (III ZR 118/90, NJW-RR 1992, 531) nicht auf die vorliegende Fallgestaltung zu übertragen. In dem dieser Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt war ein Wirtschaftsprüfer als Treuhänder tätig, der es ausdrücklich gegenüber dem geschädigten Auftraggeber übernommen hatte, dessen Rechte und Interessen bei dem Erwerb einer Eigentumswohnung im Rahmen eines Kapitalanlagemodells zu wahren. Dieser Aufgabenkreis ist mit dem eines als Mittelverwendungskontrolleur tätigen Wirtschaftsprüfers, der vertraglich keine umfassende Beratung übernommen hat, welche jedoch die Grundlage für die Sekundärhaftung ist, nicht zu vergleichen.

b) Indessen hat das Berufungsgericht deliktische Ansprüche des Klägers gegen die Beklagte zu 1) gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 264a StGB und § 826 BGB auf der Grundlage der bisher getroffenen Feststellungen zu Unrecht verneint. Nach dem bisherigen Sach- und Streitstand kann eine deliktische Haftung der Beklagten zu 1) nicht ausgeschlossen werden. Da sie allerdings als bloße Mittelverwendungskontrolleurin nicht prospektverantwortlich ist und auch nicht ersichtlich oder dargetan ist, dass sie (potenziellen) Anlegern gegenüber falsche Angaben gemacht hat, kommt nur in Betracht, dass Mitarbeiter der Beklagten zu 1) als Teilnehmer an den deliktischen Handlungen des Beklagten zu 2) mitgewirkt haben (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. §§ 264a, 27 StGB und §§ 826, 830 BGB), für deren Handlungen die Beklagte zu 1) gemäß § 31 oder § 831 BGB haftbar ist (siehe hierzu auch nachfolgend 2. und 3.).

2. Zu Unrecht hat das Berufungsgericht die Klageabweisung gegenüber dem Beklagten zu 2) bestätigt. Nach dem derzeitigen Sach- und Streitstand ist ein auf Ausgleich des Zeichnungsschadens gerichteter Schadenersatzanspruch des Klägers gegen den Beklagten zu 2) nicht auszuschließen.

a) Zutreffend ist das Berufungsgericht allerdings davon ausgegangen, dass der Kläger vom Beklagten zu 2) Schadenersatz – wegen eingetretener Verjährung (vgl. nur BGH, Urt. v. 7.12.2009 – III ZR 15/08, NJW 2010, 1077 Rdnr. 26 m.w.N.) – nicht nach den Grundsätzen der Prospekthaftung im engeren Sinn verlangen kann.

Auch eine Prospekthaftung im weiteren Sinn scheidet aus. Durch die Präsentation des Beklagten zu 2) und die Darstellung seiner filmspezifischen Erfahrungen in dem Prospekt wird kein über das hierdurch hergerufene typisierte Vertrauen hinausgehendes besonderes persönliches Vertrauen in Anspruch genommen (siehe nur BGH, Urt. v. 4.5.2004 – XI ZR 41/03, NJW-RR 2005, 23, 25 f m.w.N.). Die Revision erhebt insoweit auch keine Rügen.

b) Jedoch hat das Berufungsgericht die Voraussetzungen eines Schadenersatzanspruchs gegen den Beklagten zu 2) auf deliktsrechtlicher Grundlage mit unzutreffenden Erwägungen verneint.

aa) Es kommt nach Maßgabe nachzuholender tatsächlicher Feststellungen ein Anspruch des Klägers gegen den Beklagten zu 2) gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 264a Abs. 1 Nr. 1 StGB sowie § 826 BGB in Betracht.

Eine Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB setzt die schuldhaft Verletzung eines Schutzgesetzes voraus. § 264a StGB ist ein solches Gesetz (BGH, Urt. v. 1.3.2010 – II ZR 213/08, NJW-RR 2010, 911 Rdnr. 24; v. 29.5.2000 – II ZR 280/98, NJW 2000, 3346; v. 21.10.1991 – II ZR 204/90, BGHZ 116, 7, 13 f). Der **Kapitalanlagebetrug gemäß § 264a Abs. 1 Nr. 1 StGB** erfordert in der hier allein in Betracht kommenden Variante, dass der Täter im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Beteiligungen an dem Ergebnis eines Unternehmens in Prospekten hinsichtlich der für die Entscheidung über den Erwerb erheblichen Umstände gegenüber einem größeren Kreis von Personen nachteilige Tatsachen verschweigt. **Dies umfasst auch Fälle, in denen er die Unrichtigkeit erst zu einem späteren Zeitpunkt erkennt. Dementsprechend wird eine Aktualisierungspflicht angenommen, also eine Verpflichtung zum Nachreichen richtigstellender Informationen, wenn sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der ursprünglichen Angaben erst später infolge geänderter Umstände einstellt** (Tiedemann in: Leipziger Kommentar zum StGB 12. Aufl., § 264a Rdnr. 82; MünchKomm-StGB/Wohlers, § 264a Rdnr. 38; Grotherr, DB 1986, 2584, 2586 f).

Zu den für den Erwerbsentschluss der Anleger erheblichen Umständen gehörte bei dem in Rede stehenden Fonds auch die Wirksamkeit der in dem Prospekt wiedergegebenen Mittelverwendungskontrolle. **Dementsprechend stellte es einen offenbarungspflichtigen Umstand dar, wenn diese Kontrolle aufgrund einer den praktischen Bedürfnissen oder den Geschäftsgebräuchen der Filmbranche nicht hinreichend Rechnung tragenden vertraglichen Ausgestaltung ohne „großflächigen“ Rückgriff auf die Ermessensklauseln überhaupt nicht funktionieren konnte.** Gleiches würde gelten, wenn sich im Rahmen der Zusammenarbeit von Komplementär-Gesellschaft und Mittelverwendungskontrollleur eine tatsächliche Handhabung dergestalt etabliert hätte, dass die **formalen Voraussetzungen für die Mittelfreigaben durch die Inanspruchnahme der Ermessensklauseln fortlaufend und systematisch überspielt** worden wären.

Hiervon ist auch das Berufungsgericht im Ansatz zutreffend ausgegangen. Seine Würdigung, aus dem Vortrag des Klägers zur tatsächlichen Abwicklung der Mittelverwendungskontrolle ergebe sich aber nicht, dass im Rahmen der Tätigkeit der Fondsgesellschaft von der Ermessensklausel des § 4 Nr. 11.1 des Mittelverwendungskontrollvertrages systematisch zweckwidrig Gebrauch gemacht wurde, beruht jedoch auf von der Revision zutreffend gerügten Rechtsfehlern.

(1) Nicht zu beanstanden ist allerdings die Erwägung des Berufungsgerichts, aus den vom Kläger selbst vorgelegten Anlagen, aus denen sich ergibt, dass für Mittelfreigaben erforderliche Unterlagen fehlten, gehe gerade nicht hervor, dass die entsprechenden Gelder gleichwohl freigegeben wurden. Im Gegenteil deuten die Schreiben eher darauf hin, dass die Beklagte zu 1) die Freigabe ohne die von ihr ver-

missten Nachweise nicht erklärte. Jedoch kommt es hierauf letztlich für die Entscheidung im vorliegenden Verfahrensstadium nicht an (siehe nachfolgend Nr. (3) und (4)).

(2) Für die Zeit ab dem 4.10.2000 bis zu seinem Beitritt zu dem Fonds am 27.12.2000 hat der Kläger eine Reihe von Mittelanforderungen für verschiedene Projekte dieses Fonds sowie des Fonds MBP KG I vorgetragen und hierzu die entsprechenden vom Beklagten zu 2) unterzeichneten Schreiben an die Beklagte zu 1) vorgelegt, aus denen sich ergab, dass die Freigaben nur auf der Grundlage der Ermessensregeln erfolgen konnten. Sofern diese Anforderungen auch tatsächlich zu Mittelfreigaben unter Anwendung der Ermessensklauseln führten und der Umfang dieser Freigaben im Verhältnis zu den übrigen Ausgaben unverhältnismäßig hoch war, kann vor dem Beitritt des Klägers zum Fonds MBP KG II eine systematische und damit entgegen der Ansicht der Vorinstanz offenbarungspflichtige Abweichung der tatsächlich ausgeführten von der prospektierten Mittelverwendungskontrolle vorgelegen haben, die nicht nur das „Wie“ dieser Kontrolle betraf.

Soweit die Vorinstanz unter Bezugnahme auf die von dem Kläger selbst vorgelegte Anlage substantiierte Angaben darüber vermisste, welche der in der Klageschrift aufgezählten Mittelanforderungen der Fondsgesellschaft auch tatsächlich zu Freigaben der Gelder führten, die auf den Ermessensregelungen der Mittelverwendungskontrollverträge beruhten, ist dies nicht frei von Rechtsfehlern. Zwar haben die auch im vorliegenden Verfahren als Zeugen benannten Personen in der protokollierten Vernehmung in einem Parallelprozess bekundet, es sei zu Auseinandersetzungen zwischen der Beklagten zu 1) und dem Beklagten zu 2) bei Anforderungen gekommen, die auf die Ermessensklauseln gestützt gewesen seien. Dies berührt aber die Schlüssigkeit des Vortrags des Klägers nicht. Dieser hat in seiner Klageschrift ausdrücklich behauptet, die von ihm dort vorgelegten Anforderungen des Beklagten zu 2) hätten sämtlich zur Freigabe der Mittel unter Anwendung der Ermessensklauseln geführt. Das vom Berufungsgericht angeführte Protokoll konnte daher allenfalls im Rahmen einer Beweiswürdigung Berücksichtigung finden, die aber auch die vorherige Einvernahme der vom Kläger für seinen Vortrag benannten Zeugin B.-K. und G. vorausgesetzt hätte.

(3) Mit Recht rügt die Revision, dass das Berufungsgericht dem Vortrag des Klägers nicht nachgegangen ist, bei Anwendung der Ermessensklauseln habe sich die Beklagte zu 1) regelmäßig mit Pauschalbegründungen für die Eilbedürftigkeit zufrieden gegeben, habe die im Rahmen der Ermessensentscheidung gebotene Abwägung nicht getroffen, und insbesondere hätten die nach § 4 Nr. 11.2 des Mittelverwendungskontrollvertrages erforderlichen Stellungnahmen des Co-Produzenten oder des unechten Auftragsproduzenten nicht vorgelegen.

Zu Unrecht hat das Berufungsgericht den Vortrag des Klägers zum letzten Punkt als unbeachtliche Behauptung „ins Blaue hinein“ qualifiziert und hat deshalb von der Erhebung der insoweit angebotenen Beweise abgesehen.

Die hierfür angeführte Begründung, es bleibe völlig im Dunkeln, ob es für die in Rede stehenden Produktionen Co-Produzenten gegeben habe, ist nicht tragfähig. Eine Partei genügt ihrer Darlegungslast bereits dadurch, dass sie Tatsachen vorträgt, die in Verbindung mit einem Rechtssatz geeignet sind, das geltend gemachte Recht als entstanden erscheinen zu lassen. Dabei muss das Gericht aufgrund dieser Darstellung nur in die Lage versetzt werden zu beurteilen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen der an eine Behauptung geknüpften Rechtsfolge erfüllt sind (z.B. *Senatsbeschl. v. 15.2.2007 – III ZR 156/06, juris Rdnr. 8; Senatsurt. v. 15.5.2003 – III ZR 7/02, juris Rdnr. 15; BGH, Beschl. v. 25.10.2011 – VIII ZR 125/11, NJW 2012, 382 Rdnr. 14; Urt. v. 14.5.2009 – I ZR 99/06, juris Rdnr. 19; v. 24.10.2002 – I ZR 104/00, NJW-RR 2003, 754, 755*). Die Angabe näherer Einzelheiten ist nicht erforderlich, soweit diese für die Rechtsfolgen nicht von Bedeutung sind (*BGH, Beschl. v. 25.10.2011, a.a.O.*).

Die Ablehnung eines für eine beweis erhebliche Tatsache angetretenen Beweises ist danach nur zulässig, wenn die unter Beweis gestellten Tatsachen so ungenau bezeichnet sind, dass ihre Erheblichkeit nicht beurteilt werden kann (*BGH, Beschl. v. 1.6.2005 – XII ZR 275/02, NJW 2005, 2710, 2711*). Sind hingegen dem Gericht die zur Begründung der geltend gemachten Rechtsfolgen notwendigen Tatsachen vorgetragen worden, ist es Sache des Tatrichters, in die Beweisaufnahme einzutreten und dabei gegebenenfalls die benannten Zeugen oder die zu vernehmende Partei nach weiteren Einzelheiten zu befragen oder einem Sachverständigen die beweis erheblichen Streitfragen zu unterbreiten (*BGH, Beschl. v. 25.10.2011, a.a.O., m.w.N.*).

Die Ablehnung eines für eine beweis erhebliche Tatsache angetretenen Beweises ist überdies zulässig, wenn das tatsächliche Vorbringen zwar in das Gewand einer bestimmt aufgestellten Behauptung gekleidet, aber willkürlich „aufs Geratewohl“, gleichsam „ins Blaue hinein“ aufgestellt ist (ständige Rspr., z.B. *Senatsbeschl. v. 15.2.2007 – III ZR 156/06, juris Rdnr. 8; Senatsurt. v. 15.5.2003 – III ZR 7/02, juris Rdnr. 15, jeweils m.w.N.; BGH, Urt. v. 8.5.2012 – XI ZR 262/10, WM 2012, 1337 Rdnr. 40 m.w.N.; Beschl. v. 1.6.2005, a.a.O.*).
Bei der Annahme von Willkür ist jedoch Zurückhaltung geboten. In der Regel wird sie nur bei Fehlen jeglicher tatsächlicher Anhaltspunkte vorliegen (BGH, Urt. v. 8.5.2012, a.a.O., m.w.N.).

Dies ist hier nicht der Fall, da entgegen der Unterstellung des Berufungsgerichts Anhaltspunkte dafür nicht fehlten, dass Co-Produzenten oder unechte Auftragsproduzenten, deren Erklärungen nach § 4 Nr. 11.2 des Mittelverwendungskontrollvertrages notwendig waren, bei den in Rede stehenden Produktionen beteiligt waren. Das Berufungsgericht hat, wie die Revision mit Recht rügt, bei seinen Erwägungen unberücksichtigt gelassen, dass der Kläger mit Schriftsatz vom 4.11.2011 auf Seite 39 des Emissionsprospekts (I. Die rechtlichen Grundlagen Nr. 6 Buchst. a) Bezug genommen hat. Dort wird ausgeführt, die (Fonds-)Gesellschaft werde „in der Regel“ zur Herstellung der Filme Co-Produktionsverträge und – gegebenenfalls gemeinsam mit Co-Produzenten –

Produktionsdienstleistungsverträge schließen. Überdies enthält Seite 43 des Prospekts unter der Nummer 3 den Hinweis: „In der Regel erfolgt die eigentliche technische Herstellung des Films nicht von den Co-Produzenten, sondern es wird ein unechter Auftragsproduzent eingeschaltet.“ Sind hiernach regelmäßig Co-Produzenten und unechte Auftragsproduzenten an der Herstellung von Filmen beteiligt, kann die Behauptung des Klägers, die nach § 4 Nr. 11.2 des Mittelverwendungskontrollvertrages erforderlichen Erklärungen dieser Beteiligten hätten regelmäßig gefehlt, nicht als Vorbringen „ins Blaue hinein“ damit abgetan werden, es sei völlig im Dunkeln, ob Co-Produzenten oder unechte Auftragsproduzenten bei den fraglichen Produktionen eingeschaltet gewesen seien.

Soweit die Vorinstanz gemeint hat, die Prüfung der übrigen Voraussetzungen der Ermessensklausel betreffe nur das „Wie“ der Mittelverwendungskontrolle, schöpft diese Würdigung den Vortrag des Klägers nicht aus. Er hat geltend gemacht, die laxe Handhabung der Bestimmung sei von Anbeginn prägend für die Ausführung der Mittelverwendungskontrolle der Fonds MBP KG I und MBP KG II gewesen. Sollte sich dies bestätigen, läge ein vom Beklagten zu 2) zu offenbarender Umstand vor, da die Emissionsprospekte einen anderen, günstigeren Eindruck von der Intensität der Mittelverwendungskontrolle durch die Beklagte zu 1) erweckten. Das Berufungsgericht wird daher Feststellungen zu den Behauptungen des Klägers nachzuholen und die angebotenen Beweise zu erheben haben.

(4) Begründet ist die Revision auch, soweit sie rügt, das Berufungsgericht habe zu Unrecht die im Schriftsatz vom 26.1.2012 angebotenen Zeugenvernehmungen als unzulässige Ausforschungsbeweise behandelt. Die Beweisantritte des Klägers bezogen sich auf seine Behauptung, die in § 4 Nr. 6 des Mittelverwendungskontrollvertrags bestimmten regulären Voraussetzungen für die Freigabe der jeweiligen ersten Raten für die Filmproduktionen seien von vornherein nicht einzuhalten gewesen. Sollte dieser Vortrag des Klägers zutreffen, läge hierin ein aufklärungspflichtiger Umstand, weil in diesem Fall § 4 Nr. 6 des Mittelverwendungskontrollvertrages leergelaufen wäre.

Das Berufungsgericht hat das Vorbringen mit der Begründung als unbeachtlich behandelt, aus der vom Kläger selbst vorgelegten Anlage ... ergebe sich nicht, dass wegen Fälligkeit der ersten Produktionsrate im Fonds gleich bei Vertragschluss die für die Begleichung erforderlichen Mittel in keinem Fall unter den Voraussetzungen des § 4 Nr. 6a des Mittelverwendungskontrollvertrages hätten freigegeben werden können. Da es sich um eine konkrete Behauptung gehandelt hat, wäre diese Erwägung nur dann tragfähig, wenn sich im Lichte der in der Anlage ... protokollierten Zeugenvernehmungen in einem anderen Rechtsstreit ergeben hätte, dass es für die Richtigkeit der Behauptung an jeglichen tatsächlichen Anhaltspunkten fehlte und sie willkürlich aufgestellt wurde (vgl. vorstehend Nr. (3)). Das Gegenteil trifft aber zu. Richtig ist zwar, dass sich die Zeugen vorwiegend zur Handhabung der Mittelverwendungskontrolle bei dem dort streitgegenständlichen, hier aber

nicht in Rede stehenden Fonds MBP 121 geäußert haben. Gleichwohl kann nicht davon ausgegangen werden, dass danach jegliche tatsächlichen Anhaltspunkte für den Tatsachenvortrag des Klägers fehlen.

Der Zeuge K. hat nach dem Protokoll vielmehr im Zusammenhang mit der Auszahlung erster Raten bestätigt, dass es bei den Fonds MBP KG I und MBP KG II immer wieder Schwierigkeiten gegeben habe, weil die erforderlichen Unterlagen nicht beigebracht worden seien und der Beklagte zu 2) Druck aufgebaut habe, um die Auszahlungen gleichwohl zu erreichen. Dementsprechend hat der Vorsitzende Richter in jener Sache ausgeführt, die dortige (und hiesige) Beklagte zu 1) müsse mit ihrer Verurteilung rechnen, da die Beweisaufnahme ergeben habe, „dass in Kenntnis des Umstands, dass bereits bei MBP KG I und KG II häufiger Auszahlungsvoraussetzungen nicht vorlagen bzw. nicht vorliegen konnten, bei N. 121 erneut ähnlich agiert wurde und Argument für die Auszahlung wohl jeweils drohende Schadenersatzansprüche gegen die Beklagte zu 1) waren.“ (Seite 12 des Protokolls) Dies hat auch in den ebenfalls vom Berufungsgericht herangezogenen Urteilen des Landgerichts München I (Anlagen ...), die aufgrund der in Anlage ... protokollierten mündlichen Verhandlung ergingen, seinen Niederschlag gefunden.

Angesichts dessen durfte das Berufungsgericht von der Erhebung der angebotenen Beweise nicht mit der Begründung absehen, es handele sich um einen unzulässigen Ausforschungsbeweis.

Auch die weitere Erwägung des Berufungsgerichts, dass eine „frühe“ Fälligkeit der Rate und eine dementsprechend „frühe“ Mittelanforderung nicht zwangsläufig eine sofortige Freigabe der Gelder seitens der Beklagten zu 1) ohne Vorlage von Nachweisen zur Folge gehabt habe, hätte nicht dazu führen dürfen, dem Vortrag des Klägers nicht nachzugehen. Denn dieser hat in seinen Schriftsätzen vom 4.11.2011 und vom 26.1.2012 unter Beweisantritt unmissverständlich vorgetragen, dass die Mittel für die ersten Raten stets ohne die in § 4 Nr. 6 der Mittelverwendungskontrollverträge vorgesehenen Nachweise freigegeben wurden. Hierfür gab es zudem aufgrund der vorstehend wiedergegebenen Aussage des Zeugen K. in dem Parallelverfahren einen handfesten Anhaltspunkt.

Weil bereits die vorstehend erörterte Revisionsrüge durchgreift, kann auf sich beruhen, ob das Berufungsgericht im Zusammenhang mit demselben Vorbringen des Klägers die Vorlage des Schriftsatzes aus einem Parallelverfahren vom 20.6.2011 zu Recht nach § 530 ZPO zurückgewiesen hat.

3. Da aus den vorstehenden Gründen die vom Berufungsgericht getroffenen Feststellungen unvollständig und gegebenenfalls Feststellungen zu den weiteren Voraussetzungen eines Schadenersatzanspruchs gegen die Beklagten zu treffen sind, ist die Sache noch nicht zur Endentscheidung reif. Sie ist deshalb gemäß § 563 Abs. 1 und 3 ZPO an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Für das weitere Verfahren weist der Senat auf Folgendes hin:

a) Das Berufungsgericht hat bei der Frage, ob die Vorgaben des Mittelverwendungskontrollvertrages durch die übermäßige Anwendung der Ermessensklauseln systematisch unterlaufen wurden und deshalb eine (vorvertragliche) Aufklärungspflicht verletzt wurde, in den Blick genommen, in welchem Umfang tatsächlich von den Ermessensklauseln Gebrauch gemacht wurde. Diesem Umstand vermag auch bei der Prüfung indizielle Bedeutung zukommen, ob den Beklagten ein vorsätzliches deliktisches Fehlverhalten (Beklagte zu 1) §§ 264a, 27 StGB, § 826 BGB i.V.m. §§ 31, 831 BGB; Beklagter zu 2) § 264a StGB, § 826 BGB) vorgeworfen und nachgewiesen werden kann (siehe dazu BGH, Urt. v. 20.11.2011 – VI ZR 309/10, NJW 2012, 404 Rdnr. 9 ff).

Das Berufungsgericht hat bei seiner Vergleichsbetrachtung die bis zu dem Beitritt des Klägers – unterstellt beanstandungswürdigen – Freigaben in das Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Fonds MBP KG I und II gesetzt und ist so zu einem Anteil von 5,3% gelangt. Dieser geringe Anteil wäre aber nur dann korrekt ermittelt und daher auch nur dann bezüglich einer missbräuchlichen Handhabung der Ermessensklausel aussagekräftig, wenn feststünde, dass bei den nach den Beitritten erfolgten Freigaben auf diese Klausel nicht (mehr) zurückgegriffen wurde beziehungsweise werden musste.

In die Betrachtung einzubeziehen ist demgegenüber in erster Linie, in welchem Verhältnis die „Ermessensfreigaben“ zu den sonstigen Mittelfreigaben bis zu den Zeitpunkten des Beitritts des Klägers standen. Soweit es darum geht, ob aus dem (späteren) Verhalten der Beklagten Rückschlüsse auf vorgefasste Motive und Absichten gezogen werden können, wären die gesamten Ermessensfreigaben zu den Gesamtausgaben in Beziehung zu setzen.

Ferner wird das Berufungsgericht, wenn es erneut eine Gesamtbetrachtung beider Fonds vornehmen sollte, zu berücksichtigen haben, dass die Voraussetzungen für die Freigaben der ersten Raten in den Fonds MBP KG I und II im Detail unterschiedlich ausgestaltet sind.

b) In Bezug auf die Beklagte zu 1) ist zu beachten, dass **bei der Annahme des (doppelten) erforderlichen Gehilfenvorsatzes in tatsächlicher Hinsicht einerseits Vorsicht geboten ist. Andererseits würde jedoch eine – wenn auch widerstrebend ausgeführte – Mittelfreigabe, bei der die formalen Voraussetzungen fortlaufend und systematisch durch die Inanspruchnahme der Ermessensklauseln überspielt werden, eine Vorsatztat nicht ausschließen. Ein „kollusives“ Zusammenwirken zwischen den Beklagten dahingehend, dass zwischen diesen eine systematisch vertragswidrige Handhabung der Mittelverwendungskontrolle verabredet wurde, ist – entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts – nicht erforderlich.** ■

Anwaltshaftung

- Rücknahme eines Rechtsbehelfs
 - Umfang der Aufklärung
 - Ansicht eines Kollegialgerichts
- (BGH, Urt. v. 11.4.2013 – IX ZR 94/10)

Leitsätze:

1. Der Berufungsanwalt darf dem Anraten, das Rechtsmittel zurückzunehmen, nicht folgen, ohne dass sein Mandant über die Möglichkeiten der Prozessordnung, gegen die vorläufige Auffassung des Gerichts sprechende tatsächliche und rechtliche Gesichtspunkte in der Instanz oder durch ein Rechtsmittel zur Geltung zu bringen, so aufgeklärt worden ist, dass er die wägbaren Prozessaussichten beurteilen kann.

2. Der Rechtsanwalt muss seinen Mandanten angesichts einer empfohlenen Berufungsrücknahme über die wägbaren Prozessaussichten auch dann uneingeschränkt aufklären, wenn die Empfehlung auf dem mitgeteilten Beratungsergebnis eines Kollegialgerichts beruht. ■

Zum Sachverhalt:

Der beklagte Rechtsanwalt vertrat den Kläger in einem Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Bremen. Die damalige Beklagte erwiderte mit Schriftsätzen vom 23. und 24.3.2005, die dem Beklagten noch am selben Tag zugefaxt wurden. Verhandlungstermin in der Berufungssache war auf den 1.4.2005 anberaumt worden. Am Tag davor rief die Berichterstatterin des Berufungssenats den Beklagten an und teilte ihm mit, das Rechtsmittel des Klägers habe nach Vorberatung des Senats aufgrund des Vortrags der seinerzeitigen Beklagten in den genannten Schriftsätzen keine Aussicht auf Erfolg. Eine Terminverlegung lehnte das Oberlandesgericht ab. Der Beklagte nahm Rücksprache mit dem Kläger, den er auf das Kostenrisiko und die fehlende Zeit zur Überprüfung des von der beklagten Sparkasse vorgelegten Zahlenmaterials sowie die Auffassung des Oberlandesgerichts hinwies. Der Kläger erteilte daraufhin sein Einverständnis mit der Rücknahme der Berufung. Der Beklagte kündigte noch am 31.3.2005 die Berufungsrücknahme an, die am 1.4.2005 bei Gericht einging.

Der Kläger wirft dem Beklagten vor, sein Einverständnis mit der Berufungsrücknahme infolge ungenügender Aufklärung über die Prozesslage erhalten zu haben. Er verlangt deshalb von ihm 57.320,93 EUR als Ersatz seines Interesses an dem aufgegebenen Erstprozess zzgl. Zinsen. Die Klage ist in beiden Tatsacheninstanzen ohne Erfolg geblieben. Mit der vom Senat zugelassenen Revision verfolgt der Kläger seinen bisherigen Sachantrag weiter. ■

Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht, weil die zur Prüfung der haftungsausfüllenden Kausalität notwendigen Feststellungen bisher nicht getroffen worden sind.

I. Den Mandatspflichten widerspricht die Annahme des Berufungsgerichts, der Rechtsanwalt dürfe der Anregung eines Kollegialgerichts zur Rechtsmittelrücknahme dann nicht folgen, wenn diese unvertretbar erscheine und der Rechtsweg noch nicht erschöpft sei. Ein solcher Rechtssatz findet sich in der Rechtsprechung einzelner Oberlandesgerichte im Zusammenhang mit der anwaltlichen Stellungnahme zu gerichtlichen Vergleichsvorschlägen (vgl. OLG Frankfurt, NJW 1988, 3269, 3270) oder – wie hier – der gerichtlichen Empfehlung, die Berufung zurückzunehmen (vgl. OLG Oldenburg, Urt. v. 1.6.2001 – 6 U 6/01, bei juris Rz. 39, redaktioneller Leitsatz mit Anm. Borgmann abgedr. in BRAK-Mitt 2001, 290). **Der Bundesgerichtshof hat einen solchen Grundsatz bisher weder aufgestellt noch gebilligt.** Er widerspricht vielmehr verschiedenen Aussagen seiner Rechtsprechung, an denen festzuhalten ist. Den Berufungsanwalt trifft die Pflicht, eine vom Gericht im Verlauf der Instanz vertretene Rechtsansicht im Interesse seines Mandanten zu überprüfen, selbst wenn sie durch Nachweise von Rechtsprechung und Schrifttum belegt ist (BGH, Urt. v. 18.12.2008 – IX ZR 179/07, WM 2009, 324 Rdnr. 13 f.). Eine solche Rechtsansicht erscheint dann nicht unvertretbar, kann aber trotzdem von Haus aus unrichtig oder überholt sein.

Kommt ein solcher Fehler des Gerichts in Betracht, muss der Prozessanwalt die Möglichkeiten der Verfahrensordnung nutzen, um die zugunsten seines Mandanten sprechenden tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte so umfassend zur Geltung zu bringen, wie die Umstände es zulassen. Der Schutz des Mandanten gebietet es, dass diese Tatsachen und Argumente bei der gerichtlichen Entscheidung berücksichtigt werden können (vgl. BGH, a.a.O., Rdnr. 8). Unterbleibt eine solche Einwirkung auf das Gericht, weil der Mandant einer Rücknahme des Rechtsmittels zustimmt, so handelt der Prozessanwalt nur dann pflichtmäßig, wenn er zuvor den Mandanten zutreffend über die verbleibenden Möglichkeiten aufgeklärt hat, in der Instanz oder durch ein Rechtsmittel den Prozess zu einem günstigeren Ende zu bringen. Der Mandant muss gerade in einer solchen kritischen Lage die wägbaren Prozessaussichten beurteilen können. **Es entlastet den Rechtsanwalt in seiner Rechtsprüfung und Aufklärung des Mandanten auch nicht, dass ein mit drei Berufsrichtern besetztes Kollegialgericht die Erfolgsaussicht des eingelegten Rechtsmittels nach einer Beratung verneint hat. Die aus der Notarhaftung bekannten Grundsätze zur Entschuldigung eines Verhaltens, welches ein Kollegialgericht als objektiv rechtmäßig erachtet hat, können auf die Anwaltshaftung schon im Ansatz nicht übertragen werden. Das ist gesicherte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. BGH, Urt. v. 31.10.1985 – IX ZR 175/84, WM 1986, 199, 202 f unter II. 4.; v. 27.3.2003 – IX ZR 399/99, WM 2003, 1146, 1149 unter II. 2. b)), von der abzurücken kein Anlass besteht.**

Danach musste der Beklagte hier zunächst alles tun, um das rechtliche Gehör seiner Partei zu schützen. Die Schriftsätze der Gegenseite des Vorprozesses vom 23. und 24.3.2005 waren nach § 282 Abs. 2 ZPO verspätet. Die Tage vom 25.3. (Karfreitag) bis zum 28.3. (Ostermontag) fielen für die Terminvorbereitung des Klägers und Überprüfung des vorgelegten Zahlenmaterials in seinen Grundlagen, auf die

substanziert eingegangen werden musste, aus. **Der Beklagte hätte die Zeitnot dem Kläger nicht nur bedauernd mitteilen dürfen, sondern er hätte ihn darüber aufklären müssen, dass das Berufungsgericht in der Sache nicht entscheiden durfte, ohne ihm Gelegenheit zu geben, die Verspätung des gegnerischen Schriftsatzes zu rügen und sich inhaltlich mit ihm auseinanderzusetzen.** Er hätte ihn belehren müssen, dass der Termin wahrgenommen und eine **Vertagung** oder ein **Schriftsatznachlass** beantragt werden könne. Auch hätte er ihm die insoweit bestehenden Rechtsschutzmöglichkeiten auseinanderzusetzen müssen. Diesem Pflichtengehalt ist der Beklagte unstreitig nicht gerecht geworden. Danach kann das Berufungsurteil nicht bestehen bleiben.

II. Der Rechtsstreit ist nicht zur Endentscheidung reif. Das Berufungsgericht hat – von seinem Rechtsstandpunkt aus folgerichtig – nicht festgestellt, wie sich der Kläger bei pflichtmäßigem Verhalten des Beklagten wegen der Weiterführung des Ausgangsrechtsstreits verhalten hätte und wie dieser Rechtsstreit richtigerweise hätte entschieden werden müssen (haftungsausfüllende Kausalität). Diese Umstände, für die jeweils der Kläger darlegungs- und beweisbelastet ist, bedürfen weiterer Klärung nach Zurückverweisung der Sache.

1. Anspruchsgrundlage im Vorprozess war die Zinsherabsetzungspflicht des § 6 Abs. 2 Satz 2 Verbraucherkreditgesetz (VerbrKrG). Den Formalanforderungen des § 4 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 Buchst. b) VerbrKrG genügte der Vertragsinhalt nicht (vgl. zum *Policendarlehen* BGH, Urt. v. 18.12.2001 – XI ZR 156/01, BGHZ 149, 302, 305 ff). Diese Vorschrift war nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKrG freilich nicht anzuwenden, wenn ein Grundpfandkredit mit üblichen Bedingungen gewährt worden ist. Das nahm der Kläger in Abrede. Das Zahlenwerk der Bundesbank, auf welches sich die beklagte Sparkasse in diesem Zusammenhang bezog, betraf Kredite mit 1 vom Hundert jährlicher Tilgung. Hier handelte es sich demgegenüber um ein *Policendarlehen* ohne laufende Tilgung. Diese Darlehenssituation – die sich als bloße Beleihung der Versicherungsleistung darstellte (vgl. *Staudinger/Kessal-Wulf*, 2012, BGB § 491 Rdnr. 61) – kann auch sonst zu veränderten Kreditkonditionen des Marktes geführt haben. Der Kläger hat dazu Beweis durch Sachverständigen-gutachten angetreten, obwohl die Beklagte die Beweislast für die Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Nr. 2 VerbrKrG trug. Diese Beweislast geht im Haftpflichtprozess auf den beklagten Rechtsanwalt über.

2. Die zweite Tat- und Rechtsfrage, die sich für das Endergebnis stellt, bezieht sich auf die Verbrauchereigenschaft des Klägers. Nach bisherigem Sachvortrag ging es um eine Baufinanzierung für sein Besitzunternehmen innerhalb einer steuerlichen Betriebsaufspaltung. Die steuerrechtliche Betrachtung ist aber für das Verbraucherkreditgesetz nicht entscheidend. Der Kläger beruft sich dazu mit Recht auf das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 23.10.2001 (XI ZR 63/01, BGHZ 149, 80, 86 unter II. 2. a); siehe dazu auch *Staudinger/Kessal-Wulf*, a.a.O., Rdnr. 38). Bisher ist nicht festgestellt, dass der Kläger für sein Besitzunternehmen eine kaufmännische Organisation unterhielt. ■

Anwaltschaftung

- Unterhaltsprozess
- Belehrungspflichten
- Berufungsverfahren

(OLG Schleswig, Urt. v. 11.4.2013 – 11 U 80/12)

Leitsatz:

Der Rechtsanwalt schuldet nach Prüfung der Erfolgsaussichten einer Berufung, welche sich gegen einen Unterhaltstitel richtet, dem Mandanten eine umfassende Beratung über die Risiken des Rechtsmittelverfahrens, die sich an den Besonderheiten des Unterhaltsprozesses, bei dem sich bereits allein aufgrund des Zeitablaufs veränderte Umstände ergeben können, zu orientieren hat. Hierbei sind insbesondere auch bereits bekannte Einkommensentwicklungen der Parteien zu berücksichtigen. ■

Aus den Gründen:

Die Klägerin begehrt Schadenersatz wegen anwaltlicher Pflichtverletzung aus einem Familienrechtsmandat. Das Landgericht hat die Kosten für das Berufungsverfahren in Höhe von 4.905,15 EUR abzüglich restlichem Honoraranspruch des Beklagten in Höhe von 155,30 EUR als begründet erachtet sowie vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten zugesprochen, im Übrigen wurde die Klage abgewiesen. Wegen der Feststellungen wird auf das angefochtene Urteil gemäß § 540 Abs. 1 ZPO Bezug genommen.

Der Beklagte führt zur Begründung seiner Berufung u.a. aus: Es sei zweifelhaft, ob die allgemeinen Grundsätze zur anwaltlichen Beratungspflicht auf einen Unterhaltsprozess, insbesondere auf eine Abänderungsklage des Unterhaltsschuldners, ohne Weiteres übertragbar seien. Die Tatsachengrundlage in einem Unterhaltsprozess sei fließend und ändere sich durch Zeitablauf ständig, sodass schon ganz allgemein Prognosen in die weitere Zukunft überhaupt nicht möglich seien. Zudem kenne der Unterhaltsgläubiger in der Regel die Einkommensverhältnisse des Unterhaltsschuldners nicht.

Das Landgericht wolle dem Beklagten vorwerfen, von der streitgegenständlichen Berufung nicht abgeraten zu haben. Bei der Frage, ob eine Pflichtverletzung vorliege, müsse der Zeitraum betrachtet werden, in dem die Entscheidung über die Berufungseinlegung erfolgen musste. Dies sei der Zeitraum zwischen dem 16.11.2007 und 16.12.2007 gewesen.

Das Landgericht habe seine Argumentation u.a. darauf gestützt, dass sich der Renteneintritt des D. im Februar 2008 zugunsten der Klägerin auswirken würde. Dieses Argument wäre tatsächlich unvollständig, wenn der Beklagte dargestellt hätte, dass der Renteneintritt zwingend zu einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit führen würde. Das Erwerbseinkommen könne nicht von einem Tag auf den anderen als überobligationsmäßig unter den Tisch fallen. Die Situation des D. wäre die wie bei jedem Arzt und Rechtsanwalt. Auch nach Renteneintritt würden einem noch die Früchte der bislang

ausgeübten Tätigkeit in den Schoß fallen. Der Beklagte habe eine solche Behauptung, dass sich die Leistungsfähigkeit des D. ab Renteneintritt in jedem Fall erhöhen würde, gar nicht aufgestellt. Seine Äußerungen im Schreiben vom 23.11.2007 ließen nicht im Entferntesten den Rückschluss darauf zu, dass die Rente auf jeden Fall zu einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit führen würde. Der Beklagte spreche nur neutral davon, dass sich der Renteneintritt auswirken werde.

Das Landgericht meine, die Darstellung des Beklagten sei zu pauschal gewesen, er hätte die Klägerin vielmehr darauf hinweisen müssen, dass sich der Eintritt des Herrn D. in das Rentenalter unterhaltsmindernd auswirken würde. Die Überprüfung, ob und in welchem Umfang ein solches überobligatorisches Einkommen vielleicht doch für die Unterhaltszwecke einzusetzen sei, sei kompliziert und erfordere eine umfassende Einbeziehung sämtlicher Einzelfallumstände, wie das Landgericht in seinen theoretischen Ausführungen auch völlig zutreffend ausführe.

Der Berufungsrücknahme nach Hinweisen im Termin vom 30.4.2008 habe eine ganz andere Beurteilungsgrundlage zugrunde gelegen. Der Ehemann der Klägerin habe im damaligen Berufungsverfahren erstmals mit Schriftsatz vom 6.1.2008 weitere Einkommensunterlagen vorgelegt, den Jahresabschluss für das Jahr 2007 erst mit Schriftsatz vom 4.3.2008. Dass es viel später zu einem Verzicht auf die Rechte aus dem vorhandenen Titel auf nachhehlichen Unterhalt ab Februar 2008 gekommen sei, habe ganz andere Ursachen als die Berufungseinlegung und sei zum Zeitpunkt, auf welchen es vorliegend ankomme, noch nicht zu beurteilen gewesen.

Es sei auch offengewesen, ob dem geschiedenen Ehemann der Klägerin noch Einkünfte erheblichen Umfangs aus Aufträgen vor dem Renteneintritt zugestanden hätten oder nicht. Die Bewertung der Kammer zeige eine gewisse Unverfahrenheit auf familienrechtlichen Gebieten. Es komme immer wieder vor, dass die Rechtsprechung von diesen Grundprinzipien Abweichungen vornehme, um zu einem gerechten Ergebnis zu gelangen. Es habe zum Zeitpunkt der Berufungseinlegung noch gar nicht abschließend beurteilt werden können, ob der geschiedene Ehemann D. Manipulationen an seinen Arbeitseinkünften vorgenommen habe. Es hätte zum Beispiel die Möglichkeit bestanden, Rechnungen später erstellen zu lassen. Der Hinweis des Beklagten sei richtig gewesen, die Sache erst einmal offenzuhalten, um im späteren Verlauf konkrete Feststellungen treffen zu können.

Das Landgericht wolle dem Beklagten vorwerfen, die Klägerin nicht darauf hingewiesen zu haben, dass sich die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des geschiedenen Ehemanns im Jahr 2007 nicht aufgrund einer Prognose im Rahmen eines Mehrjahresvergleichs zu beurteilen sein würde, sondern dass auf das tatsächlich erzielte Einkommen abzustellen sei. Im Schreiben vom 18.11.2007 habe der Beklagte überhaupt nicht auf die Berechnungsmethode abgestellt, sondern ausschließlich darauf hingewiesen, dass das Einkommen des geschiedenen Ehemanns der Klägerin auch im Jahr 2007 möglicherweise wieder angestiegen sei.

Die Ausführungen des Landgerichts zur Kausalität und zum Schaden seien nicht nachvollziehbar. Nach den eigenen Ausführungen des Landgerichts hätte die Berufung selbst unter Zugrundelegung der Entscheidungsgründe für die Monate Februar und Juni mit einem Gesamtbetrag von 922 EUR Erfolgsaussichten. Hätte der Beklagte insoweit der Klägerin von der Einlegung einer Berufung abgeraten, hätte er sich schadenersatzpflichtig gemacht. Jedenfalls insofern musste der Beklagte zuraten. Insofern wäre, die Argumentation des Landgerichts zum beratungskonformen Verhalten der Klägerin einmal als richtig unterstellt, die Berufung gleichwohl eingelegt worden, wäre also die Anschlussberufung, welche unabhängig von der Höhe des Antrags sei, ebenfalls eingelegt worden und wären die entsprechenden Kosten ebenfalls verursacht worden. Im Umfang dieser Kosten könne das Urteil hinsichtlich der haftungsausfüllenden Kausalität schon aus diesem Grund keinen Bestand haben.

Das Landgericht habe auch nicht berücksichtigt, dass der Schaden unter dem Gesichtspunkt des rechtmäßigen Alternativverhaltens ebenfalls im Wesentlichen entstanden wäre und daher auch unter diesem Gesichtspunkt die haftungsausfüllende Kausalität fehle. Und wenn die Klägerin aufgrund der Beratung des Beklagten insgesamt von einer Berufung abgesehen hätte, hätte ihr geschiedener Ehemann, das zeigen alle vorgelegten Unterlagen, in jedem Fall eine Abänderungsklage eingelegt.

(Anträge ...)

Der Beklagte habe der Klägerin unbedingt die Einlegung einer Berufung angeraten. Er habe impliziert, dass kein oder kein nennenswertes Risiko bei der Durchführung der Berufung bestehen würde.

Das Unterhaltsverfahren stelle noch weitergehende Anforderungen an die Beratung eines Rechtsanwalts. Insbesondere müsse er auch auf zukünftig zu erwartende Risiken hinweisen und die sich verändernden Tatsachengrundlagen in seine Beratung mit einfließen lassen. Vorliegend habe der Beklagte die Klägerin auf eine Chance hingewiesen, die es in der Realität nicht gegeben habe. Er habe darauf abgestellt, dass sich die Einkommensverhältnisse ihres geschiedenen Manns ab Februar 2008 positiver entwickeln und daher ihr Unterhaltsanspruch steigen würde. Hätte er sie darauf hingewiesen, dass in Unkenntnis der Einkommensverhältnisse des geschiedenen Ehemanns mit einem erheblichen Prozessrisiko zu rechnen gewesen wäre, hätte sie von der Einlegung einer Berufung abgesehen. Die Klägerin habe in den vorliegenden Schreiben an den Beklagten sehr deutlich gemacht, dass sie sich sogar bereits vor der erstinstanzlichen Abänderungsklage die Möglichkeit eines sofortigen Anerkenntnisses aufrechterhalten wollte. Sie habe hiermit ihr Kostenbewusstsein dargelegt. Dem Beklagten werde vorgeworfen, nicht auf die ganz erheblichen Prozessrisiken hingewiesen zu haben.

Die Problematik, dass die Einkünfte aus einer nach Renteneintritt fortgeführten selbstständigen Tätigkeit als überobligationsmäßig angesehen werden würden, habe der Beklagte nicht erkannt.

Der Beklagte habe auch verkannt, dass sich ab Februar 2008 das Einkommen der Klägerin durch den dann durchzuführenden schuldrechtlichen Versorgungsausgleich erheblich erhöhen würde, nämlich um einen Betrag von monatlich 454,83 EUR. Hätte der Beklagte die Klägerin rechtlich zutreffend beraten, hätte er ihr nur in einem ganz geringen Umfang, nämlich für die Monate Februar und Juni 2007, zu einem Berufungsverfahren raten können, die Klägerin wäre dem Rat des Beklagten gefolgt.

Dem Beklagten sei auch offensichtlich das Urteil des BGH (*FamRZ* 2007, 1532) nicht bekannt gewesen, welches im September 2007 veröffentlicht worden sei. Für den vorliegenden Sachverhalt bedeute dies, dass der Unterhalt der Klägerin im Jahr 2007 ausschließlich anhand der Einkünfte des geschiedenen Ehemanns der Klägerin aus 2007 zu berechnen gewesen wäre. In seiner Berufungsbegründung habe er dargelegt, dass mit einem Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2006 zu rechnen sei. Auf die Unrichtigkeit dieser Auffassung sei der Beklagte mit Hinweisschreiben des OLG vom 21.1.2008 hingewiesen worden.

Für den Zeitraum Februar 2007 bis Januar 2008 habe keinerlei Prognose jedweder Art über die Erfolgsaussichten eines Berufungsverfahrens abgegeben werden können. Hätte der Beklagte die Klägerin auf diese Rechtslage hingewiesen, hätte die Klägerin ein Berufungsverfahren nicht bzw. in dem geringen, sicher erfolgsversprechenden Umfang der Zeiträume Februar und Juni 2007 durchgeführt.

Die Klägerin schulde dem Beklagten auch keine Gebühr gemäß Ziffer 2100 VVRVG. Zum einen lägen die Voraussetzungen des § 10 RVG nicht vor, zum anderen hätte Erfolgsaussicht eines Rechtsmittels für die Teilzeiträume Februar und Juni 2007 bestanden. Hätte der Beklagte die Klägerin sachgerecht beraten, hätte er insoweit zur Einlegung einer Berufung raten müssen, die dann insoweit auch erfolgreich gewesen wäre. Die Gebühr nach 2100 VVRVG wäre dann auf die entstandene Verfahrensgebühr anzurechnen gewesen, sodass hier kein gesonderter Gebührenanspruch entstanden wäre.

II. Die Berufung ist teilweise begründet.

1. Der Senat folgt der Auffassung des Landgerichts insoweit, als sich die Empfehlung des Beklagten, **unbedingt Berufung gegen das Urteil des Amtsgerichts Lübeck einzulegen, als Beratungsfehler** darstellt, da er die Klägerin nicht zureichend über die ganz erheblichen Risiken des Rechtsmittelverfahrens aufgeklärt hat.

In welchem Umfang ein Rechtsanwalt den Mandanten nach einem Instanzenverlust über die Aussichten eines Rechtsmittels zu belehren hat, ist durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs noch nicht umfassend geklärt (*BGH v. 24.5.2007 – IX ZR 142/05*). Die Beratung setzt voraus, dass der Rechtsanwalt die Erfolgsaussichten zunächst sorgfältig geprüft hat. Erwecken die Ausführungen des Berufungsanwalts bei dem Auftraggeber den Eindruck, der Anwalt habe das **Urteil einer umfassenden Prüfung unterzogen** und

er sei sich als Ergebnis dieser Prüfung sicher, die Entscheidung des Ausgangsgerichts könne nicht mit Aussicht auf Erfolg angegriffen werden, führt dies zu einer Pflichtverletzung, wenn der Anwalt die Erfolgsaussichten nicht sorgfältig geprüft hat (*BGH v. 27.3.2003 – IX ZR 399/99*). **Die Art der Belehrung richtet sich dabei einerseits nach dem Begriffsvermögen des Mandanten und zum anderen nach dem Grad der Erfolgsaussichten bzw. Aussichtslosigkeit des Rechtsstreits.** Von völlig aussichtslosen Verfahren muss der Anwalt abraten. Diesen Vorgaben hat die Beratung durch den Beklagten nicht entsprochen.

Der Rechtsberater in Familiensachen steht vor dem grundsätzlichen Problem, dass in Unterhaltssachen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Parteien in einer Vielzahl von Fällen im Fluss sind und sich mithin die Beratung über die Erfolgsaussichten in gewissem Maße als durchaus problematisch darstellt. Teilweise sind hierbei auch Prognosen hinsichtlich der Einkommensentwicklung anzustellen. So war es auch vorliegend. Der geschiedene Ehemann der Klägerin verfügte über Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit, hinsichtlich derer zum Zeitpunkt der Berufungseinlegung noch unklar war, ob sie über den Zeitpunkt seines Renteneintritts im Februar 2008 noch weiter erzielt werden würden.

Der Beklagte hat bei Prüfung der Erfolgsaussichten der Berufung und der anschließenden Beratung der Klägerin die **Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 4.7.2007** (*FamRZ* 2007, 1532 f) außer Betracht gelassen. **Danach war für die Berechnung des in 2007 geschuldeten Unterhalts nicht mehr auf einen Einkommensdurchschnitt der Vorjahre abzustellen. Nach ständiger Rechtsprechung ist dem Rechtsberater für die Kenntnisnahme neuerer Entscheidungen ein realistischer Toleranzzeitraum zuzubilligen, der zwischen vier und sechs Wochen liegt.** Das Oberlandesgericht Düsseldorf (*VersR* 1980, 359 ff) hat festgestellt, dass eine fehlende Kenntnisnahme sechs Wochen nach der Veröffentlichung nicht mehr als unverschuldet zu betrachten sei. Die hier in Rede stehende Entscheidung wurde Anfang September 2007 veröffentlicht, sodass der Beklagte ausreichend Zeit gehabt hatte, diese Entscheidung nachzulesen. Eine solche Kenntnisnahme war ihm jedenfalls bis zum Ablauf der Berufungsfrist (dem 10.12.2007) möglich und auch zumutbar.

Der Beklagte hätte die Klägerin insbesondere darauf hinweisen müssen, dass die von ihm im Schriftsatz vom 18.11.2007 geäußerte **Erwartung, das Einkommen des Unterhaltsverpflichteten werde ab dem Jahr 2008 steigen, nicht unproblematisch war**, zumal sich ihr Einkommen im Februar 2008 im Hinblick auf den dann durchzuführenden schuldrechtlichen Versorgungsausgleich um unstreitig monatlich 454,38 EUR erhöhen würde.

Hinsichtlich des möglichen Einsatzes von Erwerbseinkommen des geschiedenen Ehemanns verbietet sich zwar eine generalisierende Betrachtung in der Weise, dass ein Unterhaltsanspruch auf diese Einkünfte nicht mehr teilweise zu stützen ist. **Allerdings hätte der Beklagte darüber belehren müssen, dass eine differenzierende Betrachtungsweise unter Berücksichtigung der Einzelfallumstände nicht zwingend zu einer**

Anrechnung der Einkünfte des geschiedenen Ehemanns zugunsten der Klägerin würde führen müssen. Auch insoweit fehlte eine Aufklärung über die Risiken des Berufungsverfahrens, zumal dem Beklagten bekannt war, dass es sich bei der Klägerin um eine **kostenbewusste Mandantin** handelte. Dies ergibt sich bereits aus ihrem Schreiben vom 26.11.2006, in dem sie ihr Interesse dargelegt hatte, zwar solange wie möglich den ursprünglichen Unterhaltsbetrag erhalten zu wollen. Allerdings machte sie sehr deutlich, nicht auf den hohen Kosten für Rechtsanwälte und Gericht sitzenbleiben zu wollen; dabei sollte die Möglichkeit eines teilweisen Anerkenntnisses ausdrücklich offengehalten werden. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände ist der bloße **Hinweis des Beklagten, das Berufungsverfahren sei nicht frei von Risiken, nicht ausreichend gewesen**, um der Klägerin vollständig ins Bild über die Risiken einer Berufungseinlegung zu setzen. (...)

2. Der Klägerin ist ein **kausaler Schaden** durch die Pflichtverletzung entstanden. Sie hat für den Senat in nachvollziehbarer Weise dargelegt, dass sie bei einer vollständigen Beratung über die bestehenden Risiken von einer Berufungseinlegung in dem tatsächlich vorliegenden Umfang abgesehen hätte. Allerdings hätte sie die vom Landgericht zutreffend als fehlerhaft erachteten Beträge für den Februar 2007 in Höhe von 500 EUR und für den Juni 2007 in Höhe von 422 EUR mit einer Berufung angefochten. Der Beklagtenvertreter hat sich diesen Vortrag der Klägerin in der mündlichen Verhandlung ausdrücklich zueigen gemacht. Mithin hat der Senat eine solche Berufung für die Betrachtung des hypothetischen Kausalverlaufs seiner nach den Maßstäben des § 287 ZPO anzustellenden Prüfung zugrunde zu legen.

Auch in diesem Fall wäre die Klägerin mit den erheblichen Kosten für die Anschlussberufung des Unterhaltsschuldners belastet worden. Ob der diesbezügliche Beweisantritt, Herr D. hätte bei einer solch eingeschränkten Berufung von einer Anschlussberufung abgesehen, verspätet ist, kann hierbei dahinstehen, da sich das Gegenteil bereits aus der vorliegenden, beigezogenen Akte zum Unterhaltsverfahren 15 UF 189/07 (128 F 18/07) ergibt.

Danach stellt sich der Verfahrensablauf wie folgt dar:

Die Berufung ging am 12.12.2007 ein. Während der laufenden Berufungsbegründungsfrist hat D. die Klägerin durch seine Prozessbevollmächtigten mit Schreiben vom 10.1.2008 aufgefordert, auf ihren Unterhaltsanspruch ab Februar 2008 unter Stellungnahmefrist bis zum 15.1.2008 zu verzichten. Die Klägerin reagierte gegenüber seinen Prozessbevollmächtigten nicht, sondern begründete mit Schriftsatz vom 16.1.2008 ihre Berufung. Diese Berufungsbegründung wurde den Prozessbevollmächtigten des D. am 18.1.2008 zugestellt. Bereits an diesem Tag ging auch die Anschlussberufung des Herrn D. beim Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts ein, welche auf Reduzierung des Unterhaltsanspruchs ab Februar 2008 auf null gerichtet war. Mit Verfügung vom 21.1.2008 setzte die Einzelrichterin des Senats dem Berufungsbeklagten D. eine Frist für die Berufungs-

erwiderung bis zum 20.2.2008. Innerhalb dieser für § 524 Abs. 2 ZPO maßgeblichen Frist erweiterte der Unterhaltsschuldner mit Schriftsatz vom 18.2.2008 seine Anschlussberufung für die Zeit von Februar 2007 bis einschließlich Januar 2008. Erst auf die Empfehlung des Beklagten mit Schriftsatz vom 7.5.2008 verzichtete die Klägerin auf ihre Rechte aus dem Titel ab Februar 2008 (Schriftsatz der hiesigen Klägerevertreterin vom 11.11.2008).

Folglich hätte der Unterhaltsschuldner auch bei einer beschränkten Berufung nicht von einer Anschlussberufung abgesehen. Sein Schreiben vom 10.1.2008 zeigt vielmehr, dass er der Auffassung war, der Klägerin in jedem Fall ab Februar 2008 keinen Unterhalt mehr zu schulden. Da die Klägerin auf seine Fristsetzung bezüglich des Verzichts auf die Rechte aus dem Unterhaltstitel nicht reagiert hatte, war die Einlegung der Anschlussberufung unter Kostengesichtspunkten der günstigste Weg für den Unterhaltsschuldner, sein Ziel zu erreichen. Unerheblich ist dabei, dass die Klägerin bei diesem hypothetischen Kausalverlauf nur für zwei Monate das Urteil angefochten hätte. Im Hinblick auf die Regelung des § 524 Abs. 2 ZPO hatte der Beklagte es noch bis zum Ablauf der gesetzten Berufungserwiderungsfrist (20.2.2008) in der Hand, einen Eintritt der Rechtskraft des Urteils im Übrigen zu verhindern. Insoweit verfangen die Ausführungen der Klägerin im nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 19.3.2013 nicht. **Es lag vielmehr in ihrer Hand, durch Abgabe der vorprozessual angeforderten Erklärungen die späteren, nachteiligen Folgen (Belastung mit den Kosten der Anschlussberufung) abzuwenden.**

Nach alledem wäre jedenfalls die Anschlussberufung des Unterhaltsschuldners nicht zu vermeiden gewesen. Die Schadenberechnung stellt sich mithin wie folgt dar: (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Kalkulationsschaden
(OLG Frankfurt, Urt. v. 24.8.2012 – 25 U 69/11)

Leitsatz (d. Red.):

Der im Wettbewerb stehende Kaufmann berechnet regelmäßig den höchsten am Markt erzielbaren Preis, so dass nicht davon auszugehen ist, dass der Mandant eines Steuerberaters einen um eine Umsatzsteuernachzahlung erhöhten Preis ohne Weiteres am Markt hätte durchsetzen können. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagte wegen einer fehlerhaften steuerlichen Beratung auf Zahlung von Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger betreibt einen Pflanzen- und Baumschulenbetrieb. Hierneben ist er im Bereich der Gartengestaltung und Landschaftspflege gewerblich tätig.

Aufgrund der steuerlichen Beratung durch die Beklagte, die für den Kläger bis zum Jahr 2007 als Steuerberaterin tätig war, führte er seinen Betrieb jedenfalls in den Jahren 2000 bis 2005, dem hier maßgeblichen Zeitraum, steuerlich als einheitlichen landwirtschaftlichen Betrieb und errichtete deshalb auf die von ihm aus der landschaftspflegerischen und landschaftsgestalterischen Tätigkeit und dem Pflanzen und Baumschulenbetrieb erzielten Umsätze einen Steuersatz von 9 % anstelle des damals insoweit geltenden Umsatzsteuersatzes in Höhe von 16 %. Seinen Kunden berechnete er ebenfalls nur den ermäßigten Steuersatz.

Anlässlich einer im Jahr 2005 beim Kläger durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung beanstandete das Finanzamt K.-H. als landwirtschaftliche Betriebsprüfungsstelle, dass die Umsatzsteuer auch für Umsätze aus Dienstleistungen betreffend die Gartengestaltung und Garten- sowie Landschaftspflege lediglich mit 9 % berechnet worden sei, weil die Besteuerung nach Durchschnittssätzen gemäß § 24 UStG nur auf Umsätze aus einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb anzuwenden sei, wogegen es sich bei diesen Dienstleistungen ihrem Wesen nach um gewerbliche Tätigkeiten des Klägers handele, für die der allgemeine Steuersatz gelte.

Mit Umsatzsteuerbescheiden vom 8.1.2008 setzte daraufhin das Finanzamt H.-R. die vom Kläger für die Jahre 2000 bis 2005 nachzuzahlende Umsatzsteuer auf insgesamt 14.604,51 EUR zzgl. Nachzahlungszinsen in Höhe von 2.331 EUR fest.

Mit Schreiben vom 15.1.2009 forderte der Kläger zunächst die Steuerberatungsgesellschaft und mit Schreiben vom 20.3.2009 sodann die Beklagte erfolglos unter Fristsetzung zum 3.4.2009 zur Erstattung der von ihm an das Finanzamt gezahlten 16.935,53 EUR auf.

Mit seiner Klage hat der Kläger die Beklagte auf Zahlung von 16.935,53 EUR zzgl. Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 30.1.2009, hilfsweise seit dem 4.4.2009, in Anspruch genommen und zur Begründung angeführt, die Beklagte habe ihn steuerlich fehlerhaft beraten. Sie hätte von Beginn ihrer Steuerberater Tätigkeit an erkennen und ihm mitteilen müssen, dass die Umsatzsteuer auf die von ihm erbrachten gartengestalterischen Dienstleistungen nicht mit 9 %, sondern mit 16 % Umsatzsteuer zu berechnen gewesen sei. Wäre er sachgerecht beraten worden, hätte er bei Rechnungserteilung gegenüber seinen Kunden auch den vollen Umsatzsteuersatz in Ansatz gebracht.

Die Beträge, die er deshalb auf die seinen Kunden erteilten Rechnungen hätte aufschlagen müssen, wären nur gering gewesen. Sie hätten deshalb von ihm unabhängig von der Marktsituation und von Konkurrenzunternehmen eingenommen werden können, weil sich auch die erhöhten Preise im marktüblichen Rahmen gehalten hätten.

Die Beklagte hat Klageabweisung beantragt und bestritten, dass dem Kläger ein Schaden entstanden sei. Insoweit hat sie

angeführt, die Schadenberechnung sei deshalb unschlüssig, weil der Kläger nicht hinreichend dargetan habe, dass er im Falle der Berechnung des richtigen Umsatzsteuersatzes den daraus resultierenden erhöhten Preis seiner Dienstleistungen auch leicht am Markt bzw. gegenüber seinen Kunden hätte durchsetzen können. Um entsprechende Feststellungen treffen zu können, wäre die Offenlegung seiner Kalkulation erforderlich gewesen.

Im Übrigen wird hinsichtlich des diesem Rechtsstreit zugrunde liegenden Sachverhalts auf die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts im angefochtenen Urteil vom 24.3.2011 Bezug genommen (§ 540 Abs. 1 Nr. ZPO).

Mit diesem Urteil, auf dessen Entscheidungsgründe ebenfalls Bezug genommen wird, hat das Landgericht die Beklagte unter Abweisung der Klage im Übrigen verurteilt, an den Kläger 9.633,26 EUR zzgl. Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 4.4.2009 zu zahlen. Dabei hat es dem Kläger die vom Finanzamt festgesetzten Nachzahlungszinsen in Höhe von 2.331 EUR zugesprochen und den dem Kläger infolge der Falschberatung der Beklagten entstandenen Schaden gemäß § 287 ZPO im Wege der Schätzung der Höhe nach mit 7.302,26 EUR ermittelt (50 % der Steuernachforderung).

Gegen dieses Urteil richtet sich die Berufung der Beklagten, mit der sie dessen Abänderung und Abweisung der Klage insgesamt begehrt.

Die Beklagte wendet sich im vorliegenden Berufungsverfahren allein gegen die Feststellung des Landgerichts, dem Kläger sei infolge einer fehlerhaften steuerlichen Beratung ein Schaden entstanden. Insoweit ist die Beklagte der Auffassung, dass es an hinreichendem Vortrag des Klägers zum Schaden fehle, insbesondere im Hinblick darauf, dass er seine Kalkulation nicht offengelegt habe. Deshalb fehle es auch an einer hinreichenden Grundlage für eine Schätzung der Höhe des ihm entstandenen Schadens durch das Gericht. Da das Landgericht verfehlt keine hinreichenden Feststellungen zum Eintritt des Schadens infolge der fraglichen Pflichtverletzung getroffen habe, komme eine Anwendung des § 287 ZPO nicht in Betracht.

Außerdem ist die Beklagte der Auffassung, der Kläger müsse sich hinsichtlich der geltend gemachten Erstattung der festgesetzten Nachzahlungszinsen ihm infolge der Nichtentrichtung der in den Jahren 2000 bis 2005 tatsächlich angefallenen Umsatzsteuer zugute gekommene Liquiditätsvorteile zurechnen lassen.

Der Kläger legt Anschlussberufung ein und begehrt unter Aufrechterhaltung seines erstinstanzlichen Vorbringens die Abänderung des Urteils dahin gehend, die Beklagte über den Betrag in Höhe von 9.633,26 EUR hinaus zur Zahlung weiterer 7.302,25 EUR zzgl. Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 4.4.2009 zu zahlen.

Die Klägerin beantragt, die Anschlussberufung zurückzuweisen. ■

Aus den Gründen:

Sowohl die Berufung der Beklagten als auch die Anschlussberufung des Klägers sind zulässig.

Die Beklagte hat die Berufung fristgerecht nach Zustellung des landgerichtlichen Urteils (30.3.2011) eingelegt und innerhalb der verlängerten Berufungsbegründungsfrist begründet (§§ 511, 513, 517, 519, 520 ZPO).

Der Kläger, dem eine Frist zur Berufungserwidmung nicht gesetzt worden war, hat die Anschlussberufung fristgerecht vor dem auf dem 13.7.2012 anberaumten Termin zur mündlichen Verhandlung eingelegt und begründet (§§ 524 Abs. 3, 519 Abs. 2, 4, 520 Abs. 3 ZPO).

Die Berufung der Beklagten hat nur teilweise und die Anschlussberufung des Klägers hat keinen Erfolg.

Der Kläger hat gegen die Beklagte gemäß §§ 280 Abs. 1, 249 ff BGB einen Anspruch auf Zahlung von Schadenersatz lediglich in Höhe von 2.331 EUR.

Zwar hat die Beklagte ihre aufgrund des zwischen den Parteien geschlossenen Steuerberatervertrages gegenüber dem Kläger obliegende Pflichten verletzt.

Der Steuerberater hat im Rahmen des ihm erteilten Auftrages seinen Mandanten, von dessen Belehrungsbedürftigkeit er grundsätzlich auszugehen hat, **umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten, und er hat seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden zu bewahren** (BGHZ 129, 386, 396; WM 2009, 1376; NJW 1998, 1486). Hierzu hat er den **relativ sichersten Weg zu dem angestrebten steuerlichen Ziel** aufzuzeigen, sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung zu unterbreiten und die für den Erfolg notwendigen Schritte vorzuschlagen (BGH, DB 2006, 1106; BGH, ZIP 2004, 2058).

Gemessen daran, hätte die Beklagte dem Kläger nicht den Rat erteilen dürfen, seinen Geschäftsbetrieb steuerrechtlich als einheitlichen landwirtschaftlichen Betrieb mit der Maßgabe zu führen, neben den Umsätzen aus dem Pflanzen- und Baumschulbetrieb auch die Umsätze aus seiner gewerblichen Tätigkeit der Garten- und Landschaftspflege gemäß § 24 UStG nach Durchschnittssätzen mit einem Umsatzsteuersatz von 9% zu berechnen, weil die mit der gewerblichen Tätigkeit erzielten Umsätze in den Jahren 2000 bis 2005 dem allgemeinen Steuersatz von 16% unterlagen. Dass die Beklagte nach den insoweit zutreffenden und von ihr mit der Berufung nicht angegriffenen Feststellungen des Landgerichts eine Pflichtverletzung begangen hat, steht zwischen den Parteien im Übrigen nicht im Streit.

Dem Kläger ist infolge dieser von der Beklagten gemäß § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB zu vertretenden Pflichtverletzung jedoch nur ein **Schaden** in Höhe von 2.331 EUR entstanden.

Ob ein zu ersetzender Schaden vorliegt, beurteilt sich gemäß §§ 249 ff BGB nach dem rechnerischen Vergleich der durch

das haftungsbegründende Ereignis eingetretenen Vermögenslage mit derjenigen, die ohne das Ereignis eingetreten wäre, wobei sich die **Differenzberechnung nicht auf Einzelvermögenspositionen beschränken darf, sondern ein gesamter Vermögensvergleich vorzunehmen ist** (zuletzt BGH, WM 2012, 1359). Der haftende Steuerberater hat den Mandanten mithin so zu stellen, wie dieser bei pflichtgemäßem Verhalten des Steuerberaters stünde, so dass die tatsächliche Gesamtvermögenslage des Mandanten derjenigen gegenübergestellt werden muss, die sich ohne den Fehler des Steuerberaters ergeben hätte (vgl. OLG Köln, DStR 2008, 167; OLG Celle, DB 2010, 49).

Soweit der Kläger vorliegend als Schaden die von ihm aufgrund der Umsatzsteuerbescheide des Finanzamts H.-R. vom 8.1.2008 für die Jahre 2000 bis 2005 nachgezahlte Umsatzsteuer in Höhe von insgesamt 14.604,51 EUR geltend macht, stellt das für sich genommen mithin noch keinen auf der Pflichtverletzung der Beklagten beruhenden Schaden dar, weil Umsatzsteuer in dieser Höhe auch bei pflichtgemäßem Handeln der Beklagten angefallen wäre.

Ein Schaden wäre dem Kläger insoweit aber dann entstanden, wenn es ihm gelungen wäre, bei Kenntnis der erhöhten Umsatzsteuerpflicht die Umsatzsteuer an seine jeweiligen Kunden weiterzugeben und zu berechnen, weil er in Höhe der Umsatzsteuer Einnahmen erzielt hätte, die ihm sodann als entgangener Gewinn zu erstatten gewesen wäre (vgl. hierzu allgemein OLG Köln, a.a.O.).

Maßgeblich für die Beurteilung, ob dem Kläger infolge des pflichtwidrigen Handelns der Beklagten ein Schaden entstanden ist, ist demgemäß, ob er unter Berücksichtigung der **Marktverhältnisse** und der **Konkurrenzsituation** die sich durch Ansatz eines Umsatzsteuersatzes von 16% anstelle von 9% ergebenden erhöhten Preise seiner Leistungen am Markt bzw. gegenüber seinen Kunden hätte durchsetzen können. Hierzu fehlt es indes an schlüssigem Vortrag des Klägers, der lediglich pauschal behauptet hat, er hätte die sich durch die Berechnung eines Umsatzsteuersatzes von 16% ergebenden höheren Preise leicht bei seinen Kunden durchsetzen können, die sich dann nur geringfügig erhöht und im marktüblichen Rahmen gehalten hätten, ohne hierzu jedoch konkrete Zahlen vorzutragen.

Es hätte dem Kläger insoweit aber oblegen, zumindest ansatzweise, ggf. durch **Offenlegung seiner Preiskalkulation**, dar zu tun, in welchem Rahmen sich seine Preise konkret erhöht hätten und welche Preise für die von ihm erbrachten Leistungen im fraglichen Zeitraum marktüblich waren und von Konkurrenzunternehmen verlangt wurden. Nur dann hätten sich Feststellungen dazu treffen lassen können, ob der Kläger in der Lage gewesen wäre, die höheren Preise an seine Kunden ohne Verlust von Aufträgen weiterzugeben.

Insoweit folgt der Senat der Auffassung des OLG Köln und der wohl herrschenden Meinung (OLG Köln, a.a.O., m.w.N.), **dass sich Preise regelmäßig am Markt orientieren und der im Wettbewerb stehende Kaufmann regelmäßig den höchsten am Markt erzielbaren Preis berechnet und nicht einen um den**

Umsatzsteuersatz von 16 % reduzierten, so dass die Erfahrung dagegen spricht, dass der Mandant eines Steuerberaters einen um die Steuernachzahlung erhöhten Preis ohne Weiteres auf dem Markt hätte durchsetzen können.

Dass vorliegend eine hiervon abweichende Bewertung gerechtfertigt ist, hat der Kläger damit nicht dargetan. Obwohl der Kläger im vorliegenden Berufungsverfahren mit Verfügung des Vorsitzenden vom 2.12.2011 auf die Unschlüssigkeit seines Vorbringens hingewiesen wurde, dass er sich nämlich für die Schadendarlegung nicht lediglich darauf berufen könne, die nachgezahlte Umsatzsteuer als Schaden zu behaupten, hat der Kläger sein Vorbringen nicht ergänzt.

Fehlt es damit bereits an schlüssigem Vortrag des Klägers dazu, inwieweit ihm aufgrund der Steuernachzahlung ein Schaden entstanden ist, bietet sein Vorbringen mangels hinreichender, konkreter Anknüpfungstatsachen, worauf er mit Verfügung vom 2.12.2011 ebenfalls hingewiesen wurde, auch keine Grundlage für eine Schätzung der Schadenhöhe gemäß § 287 ZPO. Zwar kommen dem Kläger bei der Beurteilung der haftungsausfüllenden Kausalität die Beweiserleichterungen des § 287 Abs. 1 ZPO zugute, dies aber nur dann, wenn das Vorbringen hinreichende Grundlage für eine Schätzung bietet.

Infolge der Pflichtverletzung der Beklagten ist dem Kläger ein Schaden aber insoweit entstanden, als er mit seiner Klage die Erstattung der vom Finanzamt H.-R. mit den Steuerbescheiden vom 8.1.2008 neben der Umsatzsteuer festgesetzten und von ihm gezahlten Nachzahlungszinsen auf die nachzu-entrichtenden Umsatzsteuerbeträge in Höhe von 2.331 EUR begehrt.

Im Fall der sachgerechten Beratung durch die Beklagte hätte der Kläger bei unterstelltem beratungsgerechten Verhalten in den Jahren 2000 bis 2005 die angefallene Umsatzsteuer vollständig gezahlt, so dass keine Nachzahlungszinsen gemäß § 233a AO angefallen wären.

Dieser dem Kläger entstandene Schaden vermindert sich nicht dadurch, dass er sich etwa einen durch Nichtzahlung des vollen Umsatzsteuersatzes für ihn bzw. seinen Geschäftsbetrieb möglicherweise ergebenden wirtschaftlichen **Liquiditätsvorteil im Wege der Vorteilsausgleichung** anrechnen lassen müsste.

Zwar ist dann, wenn das zum Schadenersatz verpflichtende Ereignis neben Nachteilen auch Vorteile gebracht hat und zwischen dem schädigenden Ereignis und dem Vorteil ein adäquater Kausalzusammenhang besteht, dieser Vorteil auf den Schadenersatzanspruch anzurechnen (vgl. *hierzu allgemein Palandt/Grüneberg, BGB 71. Aufl. 2012, vor § 249 BGB Rdnr. 67 ff.*). Hierzu fehlt es indes an konkretem Sachvortrag der Beklagten, die lediglich behauptet, der Kläger habe wegen der nicht abgeführten Steuer zusätzliche Liquidität besessen. Das geht zu ihren Lasten, weil die Darlegungs- und Beweislast für die Vorteile und deren Anrechnung der Schädiger trägt (vgl. *zur Darlegungslast allgemein BGH, WM 2011, 740 m.w.N.*).

Es wäre deshalb Sache der Beklagten gewesen, eine konkrete Berechnung der der sich angeblich beim Kläger eingestellten wirtschaftlichen Liquiditätsvorteile vorzunehmen.

Zwar trifft den Geschädigten insoweit eine **sekundäre Darlegungslast**, weil regelmäßig nur er über die erforderlichen Kenntnisse verfügt, inwieweit er Liquiditätsvorteile erlangt, so dass er gehalten ist, die für die Berechnung erforderlichen Daten mitzuteilen.

Vorliegend bedurfte es eines dahingehenden Vortrags des Klägers allerdings nicht, weil die Beklagte aufgrund ihrer Steuerberatertätigkeit für den Kläger **eigene Kenntnis von dessen wirtschaftlicher Situation** in den Jahren 2000 bis 2005 haben musste und deshalb davon auszugehen ist, dass sie in der Lage war, die angeblichen Liquiditätsvorteile konkret zu benennen.

Da sie dem nicht nachgekommen ist, war eine Vorteilsausgleichung nicht vorzunehmen.

Nach alledem steht dem Kläger gegen die Beklagte ein Schadenersatzanspruch lediglich in Höhe von 2.331 EUR zu, so dass auf die Berufung der Beklagten das der Klage in Höhe eines Betrags von 9.633,26 EUR stattgebende Urteil des Landgerichts teilweise abzuändern und die Anschlussberufung des Klägers in vollem Umfang zurückzuweisen war. (...) ■

Notarhaftung

- Kenntnis ausländischen Rechts
- Urkundsgewährungspflicht
(KG, *Urt. v. 17.4.2012 – 6 U 61/11*;
rkr. nach BGH, Beschl. v. 28.2.2013 – III ZR 155/12)

Leitsätze (d. Red.):

1. Kenntnisse ausländischen Rechts werden von einem deutschen Notar nicht verlangt.
2. Fehlende Rechtskenntnis hat nicht zur Folge, dass der Notar, sobald ausländisches Recht zur Anwendung kommt, die Beurkundung ablehnen muss. Denn ihm obliegt gemäß § 15 BNotO eine Urkundsgewährungspflicht. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten wegen Verletzung notarieller Amtspflichten bei der Beurkundung des als Anlage eingereichten Grundstückskaufvertrages in Anspruch.

Im Jahr 1998 beabsichtigte die Klägerin die in ihrem Eigentum stehende Grundstückshälfte L. in B. zu veräußern. Die andere Hälfte des Grundstücks stand im Eigentum der L.P., ebenfalls eine Gesellschaft mit Sitz in R., N. (im Folgenden: L.P.), deren Gesellschafterin zunächst an einer Veräußerung

nicht interessiert war. Um sie zum Verkauf zu bewegen, kam bei den Gesellschaftern der Klägerin in Zusammenarbeit mit ihrem Direktor, Herrn M., die Idee auf, beide Grundstückshälften zunächst bei einem Zwischenkäufer zu vereinen, um anschließend das gesamte Grundstück zu einem bestmöglichen Preis veräußern zu können.

Unter dem 17.11.1998 erwarb die F. GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer M., zur UR.-Nr. 319/1998 des Notars S. die Grundstückshälfte der L.P. zu einem Kaufpreis von 1,25 Mio. DM. Im Anschluss daran kam es am 3.12.1998 zur Beurkundung des Kaufvertrages vor dem Beklagten zur UR.-Nr. 515/1998, wonach die F. GmbH, vertreten durch Herrn M., die Grundstückshälfte der Klägerin, ebenfalls vertreten durch Herrn M., zu einem Kaufpreis von 600.000 DM erwarb.

Für die F. GmbH war Herr M. ausweislich des vom Beklagten eingesehenen Handelsregisters von einem Selbstkontrahierungsverbot befreit, zum Nachweis seiner Vertretungsbefugnis für die Klägerin legte Herr M. einen beglaubigten und mit Apostille versehenen Registerauszug – eine „sixty-day list officers, directors and agent“ – vom 14.9.1998 vor, nach der er für den „general partner“ der Klägerin, die L. Inc., allein vertretungsberechtigt war. Hierzu nahm der Beklagte folgenden Passus in die Kaufvertragsurkunde auf:

„Nach eingehender Belehrung durch den beurkundenden Notar erklärte der Erschienene ausdrücklich, dass er in seiner Eigenschaft als Vertreter des Verkäufers keinerlei gesellschafts- oder anderen rechtlichen Beschränkungen unterliegt, nach denen er die heutigen Erklärungen nicht eigenständig abgeben dürfte und insoweit nicht dem Selbstkontrahierungsverbot unterliegt.“

Am 17.12.1998 veräußerte die F. GmbH, vertreten durch Herrn M. zur UR.-Nr. 488/1998 des Notars S. das gesamte Grundstück zu einem Kaufpreis von 3,5 Mio. DM an die A. GmbH.

Am 11.1.1999 wurde bezüglich des hälftigen Miteigentumsanteils der L.P. eine Auflassungsvormerkung zugunsten der F. GmbH eingetragen. Die Auflassungsvormerkung bezüglich des Miteigentumsanteils der Klägerin wurde nach Erledigung einer Zwischenverfügung des Grundbuchamts betreffend die Vertretungsbefugnis des Herrn M. für die Klägerin am 17.6.1999 eingetragen.

Unter dem 10.5.1999 erklärte die Klägerin, wiederum vertreten durch Herrn M., die Zustimmung zur Eintragung der A. GmbH als Eigentümerin des Grundstücks ohne vorherige Zwischeneintragung der F. GmbH. Eine gleichlautende Zustimmung erklärte P. für die L.P. am 12.5.1999.

Am 25.5.1999 bestellte und bewilligte die A. GmbH, vertreten durch Herrn W., im Namen der „nunmehr eingetragenen Eigentümerin“ die Eintragung einer Grundschuld über 5,6 Mio. DM zugunsten der H. Hypothekbank. P. als alleinvertretungsberechtigte Präsidentin der P. Inc. für die L.P. hatte insoweit bereits am 12.5.1999 eine Belastungs-

vollmacht zugunsten der A. GmbH erteilt. Herr M. als Vertreter der Klägerin genehmigte die Erklärungen der A. GmbH vom 25.5.1999 zur UR.-Nr. 237/99 des Notars S. vom 23.6.1999. Die Grundschuld wurde am 13.10.1999 zulasten beider Miteigentumsanteile eingetragen.

Nach Eingang des Kaufpreises von 3,5 Mio. DM bei der F. GmbH wurde die A. GmbH am 15.12.1999 als neue Eigentümerin des Grundstücks L. in das Grundbuch eingetragen. Bereits am 6.11.1999 hatte Herr S. als Gesellschafter der Klägerin anlässlich eines Treffens in B. gegenüber Herrn M. Entschädigungsansprüche wegen des Verkaufs der Grundstückshälfte der Klägerin an die F. GmbH geltend gemacht.

Durch Beschluss des Amtsgerichts C. vom 9.2.2001 wurde der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der F. GmbH zurückgewiesen, woraufhin die Gesellschaft am 11.7.2001 im Handelsregister gelöscht wurde.

Am 30.7.2001 erstritt die Klägerin in den USA ein rechtskräftig gewordenes Versäumnisurteil gegen Herrn M., durch das der Klägerin ein von M. auszugleichender Schaden in Höhe von 1,35 Mio. US-Dollar in der Hauptsache nebst weiteren Beträgen zuerkannt wurde. Am 3.8.2001 wurde auf Anregung der Klägerin ein Amtswiderspruch gegen die Eintragung der A. GmbH als Eigentümerin der Grundstückshälfte der Klägerin ins Grundbuch eingetragen. Ihr Antrag, auch gegen die Eintragung der Grundschuld zugunsten der H. Hypothekbank einen Amtswiderspruch einzutragen, wurde durch das Amtsgericht S. – Grundbuchamt – zurückgewiesen. Die dagegen gerichtete Beschwerde der Klägerin wies das Landgericht B. mit Beschluss vom 22.1.2002 zurück.

Am 19.7.2002 wurde ein Zwangsversteigerungsvermerk in das Grundbuch eingetragen und das Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet.

Am 22.2.2005 gab Herr M. die eidesstattliche Versicherung vor dem Amtsgericht S. ab.

Aufgrund der Zwangsversteigerung vom 25.7.2005 erteilte das Amtsgericht C. durch Beschluss vom 25.7.2005 den Erstehern Herrn St. und Herrn F. als Gesellschafter bürgerlichen Rechts den Zuschlag an dem Grundstück L. Diese wurden als neue Eigentümer im Grundbuch eingetragen.

Die Klägerin begehrt von dem Beklagten Schadenersatz in Höhe der Differenz zwischen dem seitens der A. GmbH gezahlten Kaufpreis (3,5 Mio. DM) und dem Anteil, den die L.P. für ihre Grundstückshälfte erhalten habe (1,25 Mio. DM). Sie hat die Ansicht vertreten, der Beklagte hätte die Beurkundung des Kaufvertrages vom 3.12.1998 ablehnen müssen, weil er die Vertretungsbefugnis des Herrn M. für die Klägerin als Verkäuferin nicht habe positiv feststellen können. Zumindest hätte er die Pflicht gehabt, bei ihr, der Klägerin nachzufragen, denn auf die Erklärung des Herrn M. hätte er sich keinesfalls verlassen dürfen. Sie hat geltend gemacht, dass es ohne die Amtspflichtverletzung des Beklag-

ten wegen fehlender Vertretungsmacht des M. nicht zum Verkauf an die F. GmbH gekommen wäre, vielmehr das Grundstück direkt an die ohnehin als Käufer vorgesehene A. GmbH für 3,5 Mio. DM veräußert worden wäre, womit sie eine Zahlung von 2,25 Mio. DM – 1.150.406,73 EUR – (Kaufpreis abzüglich Anteil L.P.) erhalten hätte. Wäre ihr dieser Betrag am 19.7.1999 zugeflossen, hätte sie die weiteren mit der Klage geltend gemachten Zinsschäden nicht erlitten.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat die Ansicht vertreten, ihm sei keine Amtspflichtverletzung im Zusammenhang mit der Beurkundung des Kaufvertrages vom 3.12.1998 vorzuwerfen, weil er Herrn M. entsprechend seiner Protokollierung hinsichtlich der Vertretungsbefugnis für die Klägerin belehrt habe und dieser daraufhin seine uneingeschränkte Vertretungsmacht bestätigt habe, wobei ihm die Bedeutung der Nachfrage bewusst gewesen sei. Zudem sei er schon im Hinblick auf § 15 BNotO verpflichtet gewesen, die Beurkundung vorzunehmen. Eine Nachfrage bei der Klägerin habe ihm schon deshalb nicht obliegen, weil die Belehrungspflichten gemäß § 17 BeurkG nur gegenüber den unmittelbar Beteiligten zu erfüllen seien. Weiter hat der Beklagte die Einrede der Verjährung erhoben.

Mit als Teilurteil bezeichnetem Grundurteil vom 23.3.2011, den Parteien zugestellt am 28.3.2011, hat das Landgericht die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Es ist wegen der anspruchsbegründenden Tatsachen im Wesentlichen der Argumentation der Klägerin gefolgt. Wegen der Begründung im Einzelnen wird auf die Entscheidungsgründe des angefochtenen Urteils Bezug genommen.

Mit seiner am 13.4.2011 eingegangenen und am 12.5.2011 begründeten Berufung wendet sich der Beklagte gegen diese Verurteilung.

Er ist der Ansicht, das Landgericht habe die Bedeutung des § 15 BNotO verkannt, wonach er nicht berechtigt gewesen sei, die Beurkundung abzulehnen. Seiner Verpflichtung zur Belehrung des Herrn M. nebst Protokollierung sei er nachgekommen, wobei aber eine mangelnde Belehrung ohnehin nicht haftungsausfüllend kausal für den geltend gemachten Schaden geworden wäre, weil nicht davon ausgegangen werden könnte, dass Herr M. bei gehöriger Belehrung seine Beurkundungsabsicht aufgegeben hätte.

Jedenfalls aber sei die Klageforderung verjährt, denn der Ausgangspunkt des Landgerichts, dass der Schaden erst mit dem Zuschlagbeschluss im Zwangsversteigerungsverfahren im Juli 2005 eingetreten sei, sei nicht zutreffend; bei der allein gebotenen wirtschaftlichen Betrachtungsweise sei der Schaden bereits mit der Eintragung der den Wert des Grundstücks aushöhlenden Grundschuld über 5,6 Mio. DM am 13.10.1999 eingetreten.

Unabhängig davon sei der Klägerin vorzuwerfen, dass sie ihren sogar durch einen Amtswiderspruch gesicherten

Grundbuchberichtigungsanspruch gegen die A. GmbH trotz Kenntnis von dem angeordneten Zwangsversteigerungsverfahren nicht verfolgt habe.

(Anträge ...)

Die Klägerin verteidigt das angefochtene Urteil. Insbesondere vertritt sie weiterhin die Ansicht, der Beklagte habe schuldhaft seine Amtspflichten verletzt, weil er sich ohne weitere Nachprüfung auf die Aussage des Herrn M. zu seiner Vertretungsberechtigung verlassen habe. Dadurch sei ihr ein Schaden entstanden, weil sie ohne die Beurkundung durch den Beklagten ihre Grundstückshälfte anderweitig zu einem höheren Preis hätte veräußern können. Ihr Ersatzanspruch sei auch nicht verjährt. Denn das Landgericht habe zutreffend darauf abgestellt, dass der Schaden erst mit dem endgültigen Verlust des Eigentums durch den Zuschlagsbeschluss des Amtsgerichts C. vom 25.7.2005 eingetreten sei. ■

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten gegen das am 23.3.2011 verkündete Urteil des Landgerichts B. ist zulässig, sie ist insbesondere form- und fristgerecht eingelegt (§§ 517, 519 ZPO) und begründet (§ 520 ZPO) worden.

Die Berufung hat auch in der Sache Erfolg und führt zur Abänderung des angefochtenen Urteils.

Die Klage ist abzuweisen, denn der Klägerin **steht der geltend gemachte Schadenersatzanspruch aus §§ 839 BGB i.V.m. § 19 Abs. 1 BNotO bereits dem Grunde nach nicht zu**. Unabhängig davon rechtfertigt sich die Klageabweisung aber auch deshalb, weil der Beklagte die Leistung jedenfalls gemäß **§ 214 Abs. 1 BGB** dauerhaft verweigern könnte. Denn ein Anspruch der Klägerin auf Schadenersatz wäre bei Einreichung der Klage im März 2007 bereits **verjährt** gewesen.

1. Ein Anspruch der Klägerin gegen den Beklagten wegen Verletzung einer Amtspflicht i.S.d. § 19 Abs. 1 BNotO bei der Beurkundung des Kaufvertrages vom 3.12.1998 besteht nicht.

Eine **schuldhafte Amtspflichtverletzung** kann – entgegen der Ansicht der Klägerin und des Ausgangsgerichts – jedenfalls nicht darin gesehen werden, dass der Beklagte die Beurkundung am 3.12.1998 vorgenommen und nicht mit der Begründung abgelehnt hat, eine wirksame Vertretung der Klägerin durch Herrn M. im Rahmen des avisierten Insichgeschäfts könne er nicht positiv feststellen.

Zwar obliegt dem Notar gemäß §§ 12, 17 BeurkG grundsätzlich die Pflicht, die formelle Wirksamkeit des von ihm beurkundeten Rechtsgeschäfts sicherzustellen und in diesem Zusammenhang, soweit ein Beteiligter nicht im eigenen Namen handelt, die Vertretungsverhältnisse und die Vertretungsbefugnis des Erschienenen festzustellen und die dafür beigebrauchten Nachweise zur Urkunde zu nehmen (§ 17 Abs. 2 BeurkG). Die Frage, ob der Direktor der gesetzlichen Vertreterin der Klägerin, Herr M., am 3.12.1998 einem Selbstkontrahierungsverbot unterlag, richtete sich jedoch nach

dem insoweit allein maßgeblichen Gesellschaftsrecht des Heimatstaates der Klägerin und deren gesetzlichen Vertreterin, dem **Recht des US-Staates Nevada**.

Dieses Recht musste der Beklagte jedoch nicht prüfen. Kenntnisse des ausländischen Rechts werden von einem deutschen Notar nicht verlangt. Fehlende Rechtskenntnisse in diesem Bereich haben jedoch nicht zur Folge, dass der Beklagte, sobald ausländisches Recht zur Anwendung kommt, die Beurkundung ablehnen kann oder muss. Denn ihm obliegt gemäß § 15 BNotO grundsätzlich eine so genannte Urkundsgewährungspflicht (*Sandkühler in: Arndt/Lerch/Sandkühler, Bundesnotarordnung 6. Aufl., § 16 Rdnr. 5*).

Danach ist der Notar als Organ der Rechtspflege über die ansonsten geltende Pflicht zur Amtsbereitschaft hinaus im Rahmen der Beurkundungstätigkeit verpflichtet, die an ihn herangetragenen Amtshandlungen vorzunehmen, solange kein ausreichender Grund für eine Verweigerung feststellbar ist (*Ganter, Handbuch der Notarhaftung 2. Aufl. Rdnr. 495*). Die Tatsache, dass bei Vorliegen einer rechtsgeschäftlichen Vertretungsbefugnis, die durch einen mit Apostille versehenen Auszug aus einem öffentlichen Register belegt wird, die Frage der Einschränkung derselben im Rahmen eines Insichgeschäfts wegen der Anwendung ausländischen Rechts nicht abschließend geprüft werden kann, stellt – dies folgt bereits aus der Regelung des § 17 Abs. 3 BeurkG – noch keinen im Sinne des § 15 Abs. 1 BNotO ausreichenden Grund zur Amtsablehnung dar.

Vielmehr war der Beklagte gemäß § 17 Abs. 3 BeurkG nur gehalten, die Frage, dass sich die Wirksamkeit der Vertretung der Klägerin durch Herrn M. nach ausländischem Recht beurteilt, mit den Beteiligten zu erörtern; soweit die Beteiligten dennoch die sofortige Beurkundung wünschen, hat er sie, allerdings unter Aufnahme eines entsprechenden Vorbehalts, vorzunehmen (§ 17 Abs. 3 BeurkG).

Entgegen der Ansicht der Klägerin und des Ausgangsgerichts oblag dem Beklagten auch nicht die Verpflichtung, wegen des Bestehens eines **Selbstkontrahierungsverbots** oder **sonstiger Beschränkungen der Vertretungsbefugnis direkt bei der Klägerin nachzufragen**. Unabhängig davon, dass auch nach dem Vortrag der Klägerin völlig offenbleibt, an welche Person konkret der Beklagte sich hätte wenden können, zumal die von Herrn M. eingereichte „sixty day list“ für alle in Betracht kommenden Positionen nur Herrn M. selbst benennt, **besteht für den beurkundenden Notar über § 17 BeurkG regelmäßig keine Verpflichtung, von sich aus mit nur mittelbar Beteiligten – etwa dem Vertretenen – Kontakt aufzunehmen** (*Armbrüster in: Armbrüster/Preuß/Renner, Beurkundungsgesetz und Dienstordnung für Notarinnen und Notare, § 17 BeurkG Rdnr. 45*). Der Notar hat vielmehr seine Beratungspflichten stets gegenüber dem formell Beteiligten (§ 6 Abs. 2 BeurkG), im Vertretungsfall mithin gegenüber dem Vertreter, zu erfüllen (*Armbrüster, a.a.O.; Schlüter/Knippenkötter, Die Haftung des Notars, Rdnr. 12*).

Eine Ausnahme gilt allerdings in den Fällen, in denen der mittelbar Beteiligte vor der Beurkundung von sich aus den

Kontakt zum Notar hergestellt hatte (*Armbrüster, a.a.O.*).

Einen solchen Ausnahmefall behauptet die Klägerin jedoch nicht. Jedenfalls trägt sich nicht vor, dass die Klägerin in der Zeit vor dem 3.12.1998 von sich aus und über eine andere Person als Herrn M. in Kontakt mit dem Beklagten getreten war. Der Verpflichtung, die Zweifel an der Vertretungsmacht des Herrn M. gemäß § 17 Abs. 2 BeurkG mit diesem zu erörtern, hat der Beklagte ausweislich der Beurkundung erfüllt.

Nicht nachgekommen ist er jedoch seiner **Amtspflicht**, in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass sie die Frage der Wirksamkeit der Vertretung der Klägerin nach ausländischem Recht richtet und **anschließend gemäß § 17 Abs. 3 BeurkG einen entsprechenden Vorbehalt in die Urkunde aufzunehmen**. Soweit der Beklagte meint, eines solchen Hinweises sowie der Aufnahme eines Vorbehalts habe es vorliegend nicht bedurft, weil Herr M. erklärt habe, er unterliege in seiner Eigenschaft als Vertreter des Verkäufers keinerlei gesellschafts- oder anderen rechtlichen Beschränkungen, nach denen er die heutigen Erklärungen nicht eigenständig abgeben dürfte und er unterliege insoweit nicht dem Selbstkontrahierungsverbot, kann ihm nicht gefolgt werden.

Grundsätzlich darf der Notar seiner Beurkundung zwar tatsächliche Angaben der Beteiligten ohne eigene Nachprüfung als richtig zugrunde legen. Dies gilt jedoch nicht für **Äußerungen rechtsunkundiger Personen über rechtliche Begriffe** und Verhältnisse, die als Tatsachen dargestellt oder mit tatsächlichen Angaben verbunden werden, weil solche Erklärungen nicht allein auf Sachkunde beruhen und deshalb unzuverlässig sind (*BGH, NJW 1993, 2744–2747, zitiert nach juris, dort Rz. 11 m.w.N.*). Der Beklagte musste Herrn M. vorliegend – obwohl ausgebildeter Diplom-Jurist – als rechtsunkundig ansehen, weil es keine Anhaltspunkte dafür gab, dass Herr M. über ausreichende Kenntnisse des Gesellschaftsrechts des US-Staates Nevada verfügte, zumal – dies steht nach dem Ergebnis der in erster Instanz durchgeführten Beweisaufnahme fest – sich die Beschränkung der Vertretungsmacht für Insichgeschäfte dort nicht aus kodifiziertem Recht, sondern allein aus Richterrecht ergibt.

Hinsichtlich dieser Amtspflichtverletzung hat der Beklagte auch schuldhaft, nämlich fahrlässig gehandelt. Denn der Senat ist davon überzeugt, dass ein insoweit als Maßstab geltender erfahrener, pflichtbewusster und gewissenhafter Durchschnittsnotar (*vgl. dazu BGH, DNotZ 2009, 45–47, zitiert nach juris, dort Rz. 9; DNotZ 2008, 280–283, zitiert nach juris, dort Rz. 17*) trotz der Aussage des Herrn M. die Frage der Anwendbarkeit ausländischen Rechts angesprochen und anschließend – wegen der Frage der Wirksamkeit der Vertretung der Klägerin durch Herrn M. – schon im Eigeninteresse einen Vorbehalt in die Urkunde aufgenommen hätte.

Allerdings ist der von der Klägerin im hiesigen Verfahren geltend gemachte Schaden nicht durch diese dem Beklagten vorwerfbare Amtspflichtverletzung verursacht worden. Da der Beklagte – wie ausgeführt – die Beurkundung nicht hätte ablehnen müssen, ist der Schaden der Klägerin **nur dann haftungsausfüllend kausal auf die Amtspflichtverletzung**

zurückzuführen, wenn festgestellt werden kann, dass der Kaufvertrag vom 3.12.1998 bei pflichtgemäßem Verhalten des Beklagte nicht beurkundet worden wäre; darlegungs- und beweisbelastet ist insoweit die Klägerin (BGH, DNotZ 2009, a.a.O., Rdnr. 14; BGH, NJW 1993, a.a.O., Rdnr. 20).

Anhaltspunkte dafür, dass Herr M. von seinem Beurkundungsbegehren Abstand genommen hätte, wenn der Beklagte die Anwendbarkeit ausländischen Rechts erörtert und auf die Notwendigkeit der Aufnahme eines Vorbehalts in die Urkunde hingewiesen hätte, sind jedoch nicht dargelegt und auch aus den sonstigen Umständen nicht ersichtlich. Insbesondere streitet dafür, dass es nicht zur Beurkundung gekommen wäre, vorliegend **kein Beweis des ersten Anscheins** (vgl. zur grundsätzlichen Anwendbarkeit im Rahmen der Kausalitätsfeststellung BGH, a.a.O., Rdnr. 26). Denn schon im Hinblick darauf, dass Herr M. ausdrücklich erklärt hat, in seiner Vertretungsmacht nicht, auch nicht durch ein Verbot des Selbstkontrahierens eingeschränkt zu sein, spricht weder die Lebenserfahrung noch eine Vermutung dafür, dass Herr M. sein Beurkundungsanliegen aufgeben hätte.

Im Hinblick auf die fehlende Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden kommt es auf die von den Parteien weiter aufgeworfene Frage des Mitverschuldens der Klägerin im Sinne des § 254 BGB, insbesondere darauf, ob die Klägerin schuldhaft eine anderweitige Ersatzmöglichkeit versäumt hat oder ob sie durch die rechtzeitige Geltendmachung des Grundbuchberichtigungsanspruchs gegen die A. GmbH zumindest eine Schadenvertiefung hätte verhindern können, entscheidungserheblich nicht mehr an.

2. Unabhängig davon wäre ein **Anspruch** der Klägerin aber bei Klageeinreichung im März 2007 ohnehin bereits **verjährt** gewesen.

Die Verjährung richtet sich nach **§ 852 BGB a.F. i.V.m. § 19 Abs. 1 Satz 3 BNotO** (Art. 229 § 6 EGBGB). **Danach verjährt der Schadenersatzanspruch aus Amtspflichtverletzung innerhalb von drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt.** Vorliegend hatte die Klägerin spätestens zum Ende des Jahres 2001 Kenntnis nicht nur von der Person des Beklagten als Ersatzpflichtigem, sondern auch von allen sonstigen, ihren Anspruch begründenden Umständen, so dass Verjährung bereits mit Ablauf des Jahres 2004 eingetreten war und die Verjährung nicht mehr durch die am 17.3.2007 eingereichte Klage gehemmt werden konnte (§ 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB; § 167 ZPO).

Entgegen der Ansicht der Klägerin und des Ausgangsgerichts war der **Vermögensschaden nicht erst mit dem Zuschlagsbeschluss** des Amtsgerichts C im Zwangsversteigerungsverfahren am 25.7.2005, **sondern bereits mit der Eintragung der den Wert des Grundstücks wirtschaftlich aushöhlenden Grundschuld** am 13.10.1999, **spätestens** aber mit der **Eigentumsumschreibung** auf die A. GmbH am 15.12.1999 eingetreten. Denn von einem Schadeneintritt muss bei der gebotenen **wirtschaftlichen Betrachtung** bereits dann gesprochen

werden, wenn sich die **Vermögenslage des Betroffenen konkret verschlechtert hat, mögen auch Umfang und Endgültigkeit tatsächlich noch ungewiss sein** (so ausdrücklich BGH, ZNotP 2005, 273; Ganter, Die jüngste Rechtsprechung des BGH zum Notarhaftungsrecht, ZNotP 2006, 42, 47). Darauf, dass die Klägerin noch bis zum 25.7.2005 einen **Anspruch auf Grundbuchberichtigung** gegen die A. GmbH aus § 894 hätte geltend machen können, kommt es entscheidungserheblich nicht an. Denn eine für den Schadeneintritt ausreichend konkrete Verschlechterung der Vermögenslage der Klägerin war bereits mit der – gegenüber der Klägerin zumindest nach Ansicht der zuständigen Beschwerdekammer des Landgerichts B. wirksamen – Eintragung der Grundschuld zugunsten der H. Hypothekenbank über 5,6 Mio. DM und anschließend auch noch mit dem Verlust der formellen Grundbuchposition an die A. GmbH eingetreten.

Dass sich bereits durch die Grundschuldeintragung ihre Vermögenslage deutlich verschlechtert hatte, trägt die Klägerin in anderem Zusammenhang auch selbst vor, indem sie darauf hinweist, dass ihr die Geltendmachung des Grundbuchberichtigungsanspruchs gegen die A. GmbH schon im Hinblick auf die Grundschuldbelastung wirtschaftlich nicht sinnvoll erschienen und deshalb nicht zumutbar sei.

Sowohl von der Grundschuldbelastung als auch von der Eintragung der A. GmbH in das Grundbuch hatte die Klägerin bereits vor Ablauf des Jahres 2001 Kenntnis erlangt. Dies folgt daraus, dass sie schon im Sommer 2001 bei dem Grundbuchamt des Amtsgerichts S. die Eintragung von Amtswidersprüchen für ihre Grundstückshälfte gegen diese Eintragungen angeregt hatte. Mit der Zurückweisung des Antrages auf Eintragung eines Amtswiderspruchs gegen die Grundschuldeintragung hatte sie die weitere Kenntnis erlangt, dass das zuständige Gericht die Eintragung insoweit auch als materiell zutreffend erachtet und damit ihre Grundstückshälfte mit einem deren Wert übersteigenden dinglichen Recht belastet ist.

Die Klägerin hatte auch bereits im Jahr 2001 **Kenntnis vom Bestehen oder Nichtbestehen anderweitiger Ersatzmöglichkeiten** (vgl. zur Notwendigkeit BGH, DNotZ 2006, 918–920, zitiert nach juris, dort Rz. 12 m.w.N.) im Sinne des § 19 Abs. 1 BNotO.

Dass Ansprüche gegen ihre Vertragspartnerin, die F. GmbH, nicht realisierbar waren, wusste die Klägerin noch im Jahr 2001. Denn die F. GmbH war, nachdem der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen vom Amtsgericht C. zurückgewiesen worden war, bereits im Juli 2001 im Handelsregister gelöscht worden. Dass ein Anspruch gegen die A. GmbH auf Grundbuchberichtigung Aussicht auf Erfolg versprach, wusste die Klägerin seit Anfang August 2001, nachdem auf ihre Anregung hin ein Amtswiderspruch gegen die Eintragung der A. GmbH als Eigentümerin ins Grundbuch eingetragen wurde. Wenn die Klägerin diesen Anspruch nicht als anderweitige Ersatzmöglichkeit angesehen hat, ist auf die Kenntnis der fehlenden Ersatzmöglichkeit gegen die A. GmbH abzustellen, die sie dann ebenfalls im Jahr 2001 erlangte.

Schließlich wusste die Klägerin auch seit dem Jahr 2001, dass ihr eine anderweitige Ersatzmöglichkeit gegen Herrn M. zusteht. Denn sie hatte bereits am 30.7.2001 in den USA ein – rechtskräftig gewordenes – Versäumnisurteil gegen M. über mehr als 1,35 Mio. US-Dollar erstritten.

Dass eine Vollstreckung aus diesem Urteil – in den USA oder in Deutschland – bereits im Jahr 2001 keine realistische Aussicht auf Erfolg versprochen hätte, legt die Klägerin nicht dar. Allein die Tatsache, dass M. im Februar 2005 vor dem Amtsgericht S. die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, sagt dazu schon im Hinblick auf den fehlenden unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang nichts aus.

Soweit die Klägerin darauf hinweist, dass das Versäumnisurteil in Deutschland nicht vollstreckbar gewesen sei, ist dies so nicht ohne Weiteres zutreffend. Denn die Klägerin hätte eine solche Vollstreckbarkeit im Rahmen eines Exequaturverfahrens gemäß §§ 722, 723 ZPO erreichen können.

Unabhängig davon entspricht es ständiger Rechtsprechung, dass die **Verjährungsfrist** gemäß § 852 BGB a.F. anstelle der tatsächlichen Kenntnis von dem Bestehen oder Nichtbestehen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit **ohnehin spätestens in dem Zeitpunkt zu laufen beginnt, in dem der Geschädigte es schuldhaft versäumt, sich die notwendige Kenntnis über das Bestehen einer in Betracht kommenden anderweitigen Ersatzmöglichkeit zu verschaffen** (BGH, DNotZ 2006, 918; BGH, VersR 1994, 435–437, zitiert nach juris, dort Rz. 42; BGH, VersR 1993, 436–438, zitiert nach juris, dort Rz. 19 und grundlegend RGZ 145, 56, 69 ff).

Dies ist der Zeitpunkt, in dem der Geschädigte sich im Prozesswege – wenigstens im Rahmen einer Feststellungsklage – hinreichende Klarheit darüber hätte verschaffen können, ob ein Anspruch gegen eine Dritten durchsetzbar ist. **Denn ansonsten hätte es der Geschädigte in der Hand, durch Untätigbleiben den Beginn der Verjährungsfrist des Amtshaftungsanspruchs beliebig hinauszuschieben** (BGH, VersR 1994 und 1993, jeweils a.a.O.; RGZ a.a.O.).

Überträgt man diesen Rechtsgedanken auf die Frage des Bestehens oder Nichtbestehens einer Vollstreckungsmöglichkeit der Klägerin gegen M., so muss ebenfalls von einem Verjährungsbeginn noch im Jahr 2001 ausgegangen werden. Denn der Klägerin wäre es zuzumuten gewesen, nach Rechtskraft des Versäumnisurteils vom 30.7.2001 noch im laufenden Jahr 2001 vor dem Landgericht B. Klage auf dessen Vollstreckbarerklärung einzureichen und zugleich hilfsweise für den Fall des Nichtvorliegens der Vollstreckbarkeitsvoraussetzungen ihren materiellen Schadenersatzanspruch erneut einzuklagen (vgl. Zöller/Geimer, ZPO 29. Aufl. 2012, § 722 Rdnr. 75). (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Einhaltung des sichersten Weges
- Gesetzesänderungen
- Übergangsregelung
- Uneinheitliche Rechtsauffassungen
- Verjährungsbeginn
- Unvollständiger Mahnbescheid
(OLG Hamm, Urt. v. 7.7.2009 – 25 U 92/08; rkr. nach BGH, Beschl. v. 12.1.2012 – IX ZR 143/09, im Anschluss abgedr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Stellt der Steuerberater fest, dass es zur Beurteilung einer Steuerrechtsfrage keine BFH-Rechtsprechung gibt und dass die Kommentierungen kein einheitliches Bild bieten, ist der Mandant darauf hinzuweisen, einen Veranlagungsbescheid vorsorglich offenzuhalten. (hier: Berechnung der Spekulationsfrist nach einer Grundstücksentnahme zur anschließenden Schenkung)
2. Verjährungsbeginn ist der Zeitpunkt des Schadeneintritts, d.h. die Bestandskraft des Steuerbescheids. Bis zu diesem Zeitpunkt hätte die unterlassene Beratung erfolgen können.
3. Die Einleitung des Mahnverfahrens hemmt den Ablauf der Verjährungsfrist gemäß § 204 Abs. 3 Nr. 3 BGB. Die Hemmung tritt nicht ein, wenn der Antragsteller Zustellungsverzögerungen von mehr als einem Monat verursacht. ■

Aus den Gründen:

Der Beklagte war ständiger steuerlicher Berater des Klägers zu 2). Ende Juli 2004 erhielt er über den Kläger zu 2) einen Auftrag der Kläger als Grundstücksgemeinschaft, wegen dessen angeblicher Schlechterfüllung die Kläger ihn nunmehr auf Schadenersatz in Anspruch nehmen.

Die Mutter der Kläger hatte ausweislich eines in zweiter Instanz vorgelegten notariellen Vertrages vom 4.8.1998 den Klägern je einen 282/1000 Miteigentumsanteil an einem Betriebsgrundstück unentgeltlich übertragen, nachdem sie die Anteile aus dem Betriebsvermögen entnommen hatte. Im Jahr 1999 veräußerten die Kläger ihre Miteigentumsanteile an die Stadt W. Das Finanzamt X. forderte 2004 den Kläger zu 2) auf, die Feststellungserklärung der Grundstücksgemeinschaft für die Veranlagungszeiträume 1998 und 1999 abzugeben. Mit der Erstellung dieser Erklärung beauftragte der Kläger zu 2) namens der Grundstücksgemeinschaft den Beklagten, der diesem Ansinnen nachkam.

Durch Bescheid vom 20.8.2004 über die gesonderte und einheitliche Feststellung der Besteuerungsgrundlagen stellte das Finanzamt X. die Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften auf 775.076 DM fest und wies hiervon jedem der Kläger 1/3 zu. Durch spätere Einkommensteuerbescheide wurden die Kläger mit den jetzt als Schadenersatz geltend gemachten Beträgen belastet. Ohne die Versteuerung der

Einkünfte aus dem Verkauf der Grundstücksanteile wären die Kläger im Jahr 1999 nicht zur Einkommensteuer herangezogen worden.

Durch Schreiben vom 10.9.2007 hielten die Kläger dem Beklagten vor, dass er eine Pflichtverletzung begangen habe, und forderten ihn auf, bis zum 31.12.2007 auf die Erhebung der Einrede der Verjährung zu verzichten. Mit Schreiben vom 17.9.2007 verzichtete der Beklagte befristet bis zum 31.10.2007 auf die Erhebung der Verjährungseinrede, soweit nicht bereits zum Zeitpunkt der Abgabe der Verzichtserklärung Verjährung eingetreten war.

Am 19.9.2007 ging bei dem Amtsgericht Hagen jeweils ein Mahnantrag der drei Kläger ein. Da das Amtsgericht Hagen für den Kläger zu 3) nicht zuständig ist, gab es das Verfahren an das zuständige Amtsgericht Schleswig ab, wo der Antrag am 15.10.2007 einging.

Das Amtsgericht Hagen monierte gegenüber den Klägern zu 1) und zu 2), dass der Anspruch unvollständig bezeichnet worden war, weil es an der Angabe des Entstehungs-/Fälligkeitsdatums und der Vertragsart fehlte. Eine entsprechende Monierung übersandte das Amtsgericht Schleswig dem Kläger zu 3) unter dem 23.10.2007.

Am 9.10.2007 ging die Monierungsantwort der Kläger zu 1) und zu 2) bei dem Amtsgericht Hagen ein. Am 10.10.2007 beanstandete das Amtsgericht Hagen sodann, dass der Schadenersatzanspruch mit der Formulierung Schlechterfüllung im Rahmen eines Steuerberatungsmandats erneut unvollständig bezeichnet war, weil eine nicht zugelassene Vertragsart angegeben wurde. Diese Monierung erledigten die Kläger zu 1) und zu 2) durch eine am 30.10.2007 eingegangene Antwort.

Mit einem ebenfalls am 30.10.2007 bei dem Amtsgericht Schleswig eingegangenen Schreiben erledigte der Kläger zu 3) umfassend die Monierung vom 23.10.2007. Daraufhin erließen die Amtsgerichte Hagen und Schleswig die von den Klägern beantragten Mahnbescheide, wobei die Mahnbescheide der Kläger zu 1) und zu 2) dem Beklagten am 6.11.2007 zugestellt wurden und der Mahnbescheid des Klägers zu 3) am 5.11.2007.

(Anträge ...)

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen und zur Begründung im Wesentlichen ausgeführt, der Schadenersatzanspruch sei wegen Verjährung nicht durchsetzbar. (...)

Gegen die Klageabweisung richtet sich die form- und fristgerechte Berufung der Kläger.

Sie behaupten, der Vortrag des Beklagten, das Mandat sei mit der Abrechnung der Erstellung der Feststellungserklärung unter dem 16.8.2004 beendet gewesen, sei falsch. Der Kläger zu 2) habe den Feststellungsbescheid nach dessen Eingang dem Beklagten in dessen Büro überbracht. Dies sei von dem Kläger zu 2) in der mündlichen Verhandlung so

vorgetragen und von dem Beklagten nicht bestritten oder eingeräumt worden. Der Beklagte habe mit einer weiteren Rechnung vom 30.9.2004 die Prüfung des Feststellungsbescheids abgerechnet.

Die Kläger verfolgen ihre erstinstanzlichen Sachanträge weiter. Der Beklagte verteidigt das angefochtene Urteil und begehrt die Zurückweisung der Berufung. (...)

Die zulässige Berufung der Kläger hat in der Sache Erfolg.

I. Die Kläger haben gegen den Beklagten einen Schadenersatzanspruch aus § 280 Abs. 1 BGB in der jeweils geltend gemachten Höhe.

1. Es kann dahinstehen, ob der Beklagte entsprechend seinem Vortrag für die Kläger in ihrer Eigenschaft als Grundstücksgemeinschaft nur mit der Abgabe einer Erklärung über die gesonderte und einheitliche Feststellung für das Jahr 1999 betraut oder ob er – wie die Kläger behaupten – darüber hinaus auch mit der Prüfung des aufgrund der von ihm erstellten Steuererklärung ergangenen Feststellungsbescheids beauftragt war. Selbst unter Zugrundelegung eines eingeschränkten Auftrages war der Beklagte verpflichtet, durch eine entsprechende Beratung der Kläger dafür Sorge zu tragen, dass der Feststellungsbescheid nicht bestandskräftig wird.

a) Im Juli und August 2004 hätte der Beklagte erkennen müssen, dass die Kläger mangels Anschaffung der an die Stadt W. veräußerten Miteigentumsanteile innerhalb der sogenannten Spekulationsfrist keine nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG steuerbaren Einkünfte erzielt haben.

aa) Da ausweislich des nunmehr von den Klägern vorgelegten notariellen Vertrages vom 4.8.1998 diesen die 1999 an die Stadt W. veräußerten Miteigentumsanteile **von ihrer Mutter schenkweise übertragen** worden waren, ist diese Übertragung nicht als Anschaffung zu werten. Nach § 23 Abs. 1 Satz 3 EStG in der Fassung von 1999 ist für die Berechnung der Spekulationsfrist des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG die Besitzzeit des Schenkers den Einzelrechtsnachfolgern anzurechnen. Die von der Mutter der Kläger im Zusammenhang mit der schenkweisen Übertragung durchgeführte **Entnahme der Miteigentumsanteile** an dem Grundstück durch Überführung von dem Betriebsvermögen in das Privatvermögen war **eben-falls nicht als Anschaffungsvorgang zu werten**.

Das folgte nicht aus der Anschaffungsfiktion des durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 vom 24.3.1999 rückwirkend zum 1.1.1999 eingeführten § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG. Nach der Rechtsprechung des BFH (vgl. *Urt. v. 18.10.2006 – IX R 5/06 Tz. 11 = BStBl II 2007, 179*), der sich insoweit ausdrücklich gegen die Auffassung der Finanzverwaltung gestellt hat, ist diese erstmals für den Veranlagungszeitraum 1999 anzuwenden, was bedeutet, dass die Entnahme nach dem 1.1.1999 durchgeführt worden sein musste. Hier lag die Entnahme im Jahr 1998, so dass die Anschaffungsfiktion keine Anwendung fand und es bei der

bisherigen Rechtslage blieb, nach der eine Entnahme nicht als Anschaffung anzusehen war (vgl. dazu BFH, Urt. v. 23.4.1965 – VI 34/62 U, Tz. 9 = BStBl III 1965, 477).

Das bedeutet, dass die Kläger, die sich die Besitzzeit ihrer Mutter anrechnen lassen konnten, die Miteigentumsanteile an dem Grundstück nicht innerhalb der Spekulationsfrist veräußert haben, wobei dahinstehen kann, ob die Spekulationsfrist von 10 Jahren hier Anwendung finden konnte. Die Besitzzeit der Mutter betrug nämlich mehr als 10 Jahre.

bb) Dass die Anschaffungsfiktion des § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG nur auf nach dem 1.1.1999 durchgeführte Entnahmen Anwendung fand, hätte der Beklagte im Juli/August 2004 bei der Beratung der Kläger berücksichtigen müssen.

Der Beklagte hatte seine Beratung an dem **Gebot des relativ sichersten Weges** zu orientieren. Er hat für die Kenntnis des Steuerrechts einzustehen und muss sich durch die zur Verfügung stehenden Fachzeitschriften über den Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung unterrichten. Dabei **wird von dem Steuerberater nicht erwartet, dass er alle in Betracht kommenden Zeitschriften auswertet**. Er muss aber die im **Bundessteuerblatt** und **DStR** bzw. **DStRE** veröffentlichten Urteile des BFH kennen (vgl. dazu Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung, Tz. 234–237 m.w.N.). Darüber hinaus muss der Steuerberater auch die in dem Bundessteuerblatt Teil I und dem DStR veröffentlichten Erlasse der Finanzverwaltung (vgl. dazu Gräfe/Lenzen/Schmeer, a.a.O., Tz. 240) und gegebenenfalls auch die im DStR veröffentlichten Urteile der Finanzgerichte (vgl. dazu Gräfe/Lenzen/Schmeer, a.a.O., Tz. 241) kennen.

Zu einer Auswertung auch der im DStR veröffentlichten finanzgerichtlichen Urteile besteht jedenfalls dann eine Verpflichtung, wenn es zu bestimmten Problemen oder – vergleichsweise neuen – gesetzlichen Regelungen noch keine höchstrichterliche Rechtsprechung gibt (vgl. Gräfe/Lenzen/Schmeer, a.a.O., Tz. 230). Dann muss man die Informationspflicht auch auf die Lektüre zumindest von Standardkommentaren ausdehnen.

(1) In dem Erlass vom 5.10.2000 (BStBl I, 2000, 1383) hat der BMJ in einer Stellungnahme zu Zweifelsfragen ausgeführt, dass als Anschaffung die Überführung eines Grundstücks in das Privatvermögen eines Steuerpflichtigen auch dann gilt, wenn diese vor dem 1.1.1999 stattfand, ohne dieses Ergebnis allerdings in irgendeiner Form zu begründen oder aus den gesetzlichen Übergangsvorschriften abzuleiten.

(2) Das hier in Rede stehende Problem wurde erstmals im Jahr 2006 höchstrichterlich entschieden. Es gab allerdings bereits den zu einer anderen Rechtsfrage, nämlich der Verlängerung der Spekulationsfrist, ergangenen Vorlagebeschluss des BFH vom 16.12.2003 (IX R 46/02 = BStBl II, 2004, 284 und DStRE 2004, 199–212). Den Gründen dieses Beschlusses ist bereits die Argumentation zu entnehmen, auf die der BFH später zur Begründung der Anwendung der gesetzlich neu geregelten Anschaffungsfiktion erst auf Entnahmen ab dem 1.1.1999 abgestellt hat.

In dem Vorlagebeschluss wird nämlich ausgeführt, dass es sich bei dem Steuertatbestand des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG um einen sogenannten gestreckten Steuertatbestand handelt, dessen Verwirklichung mit der Anschaffung beginnt und der Veräußerung endet (vgl. BFH, a.a.O., Tz. 53 und 54). Diese Überlegung führt dann dazu, dass die Übergangsregelung des § 52 Abs. 1 EStG, die eine erstmalige Anwendung für den Veranlagungszeitraum 1999 vorsieht, auf die Anschaffung zu beziehen ist. § 52 Abs. 39 Satz 1 EStG, der für die Anwendbarkeit der gesetzlichen Neuregelung auf den Zeitpunkt des Abschlusses des Veräußerungsgeschäftes abstellte, war nach seinem Wortlaut auf die Regelung des § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG nicht anwendbar, denn die Vorschrift nannte nur § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis Nr. 3 EStG. Hier konnte nur die – nicht unmittelbar aus dem Gesetz abzuleitende – Überlegung, dass die Vorschrift in einem Bezug zu § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis Nr. 3 EStG steht, zu der Annahme führen, dass diese Übergangsregelung auch für die Anschaffungsfiktion greift.

Angesichts der **im Beratungszeitpunkt bereits erfolgten** Beschränkung des Anwendungsbereichs des § 52 Abs. 39 Satz 3 EStG i.d.F. des Steuerbereinigungsgesetzes vom 22.12.1999 **auf Einlagen nach der Gesetzesänderung** musste sich dem Beklagten zudem aufdrängen, dass für den absolut vergleichbaren Fall der Entnahme nichts anderes geltend konnte. Der Gesetzgeber hatte klar den Willen zum Ausdruck gebracht, die Fiktion auf Sachverhalte zu beschränken, die nach ihrer Einführung lagen (vgl. dazu die Ausführungen des BFH im Urt. v. 18.10.2006 – IX R 5/06 Tz. 12).

Die Entscheidung des BFH wurde im DStRE vom 18.2.2004 veröffentlicht und musste dem Beklagten im Sommer 2004 bekannt sein.

(3) Nach Auffassung des FG Düsseldorf (vgl. Urt. v. 19.12.2001 – 9 K 7766/00 E Tz. 14 f = DStRE 2002, 618–620) war die Anschaffungsfiktion auf eine Entnahme vor dem 1.1.1999 nicht anwendbar, wobei im Wesentlichen die spätere Argumentation des BFH zur Begründung herangezogen und ergänzend darauf abgestellt wurde, dass eine andere Betrachtungsweise wegen eines Verstoßes gegen das Rückwirkungsverbot verfassungsrechtlichen Bedenken begegne.

(4) Die **Kommentierung bot hingegen kein einheitliches Bild**. Die Kläger können einen Standardkommentar, den von Kirchhoff, für ihre Auffassung zitieren. Das Zitat aus der Kommentierung von Schmidt trägt ihre Ansicht nicht. Darin wird lediglich die bisherige Rechtsprechung wiedergegeben. In der Entscheidung des BFH vom 18.10.2006 (vgl. Tz. 11) wird die Kommentierung bei Schmidt aus dem Jahr 2005 für die Gegenansicht zitiert.

(5) In Anbetracht dessen, dass der Wortlaut der Übergangsregelungen in § 52 Abs. 1 und Abs. 39 Satz 1 EStG eher dafür spricht, dass die Anschaffungsfiktion nur für Entnahmen nach dem 1.1.1999 gilt, war der Erlass des BMF, der sich – obwohl Zweifelsfragen geklärt werden sollen – nicht mit dem Gesetzeswortlaut und den möglichen Auslegungen

auseinandersetzte, keine überzeugende Grundlage, um ohne Weiteres eine Anwendung des § 23 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG auf den hier zur Beurteilung stehenden Sachverhalt zu begründen.

Vor diesem Hintergrund durfte der Beklagte den Erlass nicht als verbindliche Regelung einfach hinnehmen, sondern musste hinterfragen, ob die darin niedergelegte Rechtsauffassung mit dem geltenden Recht in Einklang stand. Dabei musste der Beklagte dann schon in Betracht ziehen, dass die Argumentation des oben zitierten Vorlagebeschlusses des BFH mit der Rechtsauffassung des BMF nicht in Einklang stand. Zumindest war der Beklagte mangels einschlägiger höchstrichterlicher Rechtsprechung zu genau der hier in Rede stehenden Konstellation gehalten, die finanzgerichtliche Rechtsprechung, zumindest soweit sie im DStR oder DStRE veröffentlicht war, zu Rate zu ziehen. **Wenn es noch keine höchstrichterliche Entscheidung gibt, bleibt nämlich nichts anderes übrig, als die Rechtsberatung an der finanzgerichtlichen Rechtsprechung zu orientieren.**

Hinzu kommt, dass der Beklagte im Rahmen eines ihm erteilten **Einzelauftrags** genau **das Problem der Steuerbarkeit der Einkünfte zu überprüfen** hatte und deshalb **zu genaueren Recherchen verpflichtet** war. Die Rechtsprechung dazu, dass der Steuerberater grundsätzlich nur die im BStBl und DStR veröffentlichte höchstrichterliche Rechtsprechung beachten muss, fußt auf der Überlegung, dass der Steuerberater bei seiner laufenden täglichen Arbeit nicht die gesamte Fülle der Rechtsprechung präsent haben kann. **Hier war ihm aber die Feststellungserklärung bezüglich der Grundstücksveräußerung im Rahmen eines konkreten Einzelauftrags zur Bearbeitung übergeben worden.** Das beinhaltete – auch ohne dass die Kläger das ausdrücklich zum Ausdruck brachten – angesichts der zeitlichen Konstellation die **Prüfung, ob die Veräußerung hier überhaupt steuerbar war.**

Wenn aber die Prüfung just dieser Rechtsfrage zum Auftrag des Steuerberaters rechnete, dann musste er intensiver die Rechtsprechung auswerten, als wenn er im laufenden Tagesgeschäft mehr oder weniger zufällig mit einer steuerrechtlichen Frage konfrontiert wurde.

Der Beklagte musste hier auch erkennen, dass nur eine Entnahme als Anschaffungsvorgang in Betracht kam. Dies ergibt sich zum einen daraus, dass der Beklagte selbst einen Entnahmegewinn bei dem Finanzamt erfragt haben will. Also muss von einer Entnahme die Rede gewesen sein. Das ist zum anderen aber auch daraus abzuleiten, dass der Beklagte verpflichtet war, mit den Klägern den Sachverhalt zu klären und zu ermitteln, wann und auf welche Weise die veräußerten Miteigentumsanteile angeschafft worden waren.

(6) Auf die von den Parteien ebenfalls diskutierte Frage, ob der Beklagte von der Verfassungsgemäßheit des § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG ausgehen durfte, kommt es nicht an. Es geht hier lediglich um die verfassungskonforme Auslegung der Übergangsvorschriften, also einfachgesetzliche Rechtsanwendung.

b) Dem Beklagten ist vorzuwerfen, dass er unter dem Gesichtspunkt der Wahl des sichersten Weges den Eintritt der Bestandskraft des Bescheids über die gesonderte und einheitliche Feststellung nicht verhindert hat.

Angesichts der apodiktischen Haltung der Finanzverwaltung wäre ein Rat an die Kläger, die Einkünfte unter Hinweis auf das Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf nicht zu deklarieren, nicht erfolversprechend gewesen, weil die Finanzverwaltung dann die Abgabe der Steuererklärung entweder erzwungen oder eine Schätzung vorgenommen hätte.

Der Beklagte hätte die Kläger aber spätestens bis zum Ablauf der Einspruchsfrist über die Erfolgsaussichten eines Einspruchs gegen den Feststellungsbescheid beraten und ihnen dessen Einlegung empfehlen müssen, weil dieser erfolgversprechend war.

Um sicherzustellen, dass er die geschuldete Beratung bis zum letztmöglichen Zeitpunkt vornehmen konnte, hätte er – wenn ihm der Feststellungsbescheid nicht als Empfangsbevollmächtigter bekannt gegeben wurde – die Kläger veranlassen müssen, ihm den Bescheid unverzüglich zu überlassen.

All dies hat der Beklagte unterlassen.

2. Da es nach der Lebenserfahrung nur eine sinnvolle Handlungsalternative, nämlich die Einspruchseinlegung gegen den Feststellungsbescheid gab, spricht die **Vermutung beratungsgerechten Verhaltens** dafür, dass sich die Kläger entsprechend verhalten hätten. Da es hier weder um Verwaltungsakte geht, deren Erlass von einem Ermessen der Finanzbehörde abhängig ist, noch um eine zugunsten des Steuerpflichtigen von der finanzgerichtlichen Rechtsprechung abweichende Verwaltungspraxis (vgl. dazu *Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung*, Tz. 633), ist für den weiteren Kausalverlauf nicht maßgebend, wie die Finanzbehörde tatsächlich entschieden hätte, sondern es ist dann zu prüfen, **wie das Verfahren, von dem Standpunkt des Regressgerichts aus betrachtet, richtigerweise hätte entschieden werden müssen.** Richtigerweise hätte aus den vorgenannten Gründen die Vorschrift des § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG erst auf Entnahmen nach dem 1.1.1999 angewendet werden dürfen.

3. Der Schaden besteht in der Steuer Mehrbelastung für die Kläger, denn unstreitig hätten diese ohne den Spekulationsgewinn keine Steuerlast zu tragen gehabt, weil ihre Einkünfte unter dem Freibetrag lagen. Darüber hinaus hätten **ohne die Steuernachforderung auch keine Zinsen** auf die Einkommensteuer festgesetzt werden dürfen.

Die Summe der Steuer mehrbelastungen und der gegen die Kläger festgesetzten Zinsen ergeben die von den Klägern geltend gemachten Beträge.

4. Der Beklagte kann die Schadenersatzleistung nicht nach § 214 BGB verweigern, denn der Schadenersatzanspruch der Kläger ist **nicht verjährt.**

a) Nach Art. 229 §§ 12 Abs. 1 Satz 2, 6 Abs. 1 EGBGB richtet sich der Beginn der Verjährungsfrist nach § 68 StBerG. Danach beginnt die dreijährige Verjährungsfrist kenntnisunabhängig mit der Entstehung des Anspruchs, d.h. der Entstehung des Schadens.

aa) Der durch die Pflichtverletzung des Beklagten verursachte **Schaden trat mit der Bestandskraft des Feststellungsbescheids ein**. Soweit – wie hier – durch einen Grundlagenbescheid für das Veranlagungsverfahren bindende Feststellungen getroffen werden, ist der Grundlagenbescheid und nicht der Folgebescheid für die Schadenentstehung maßgebend (vgl. dazu *Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung*, Tz. 905, BGH, NJW-RR 2008, 1508, 1509).

(1) Entgegen der Ansicht des Beklagten ist hier nicht auf die Bekanntgabe des Feststellungsbescheides abzustellen. Die Bekanntgabe ist dann Anknüpfungspunkt für die Schadenentstehung, wenn dem Steuerberater bereits der Erlass des belastenden Steuerbescheids vorzuwerfen ist. Das ist hier gerade nicht der Fall.

Der Erlass des Feststellungsbescheids ist dem Beklagten aus den oben genannten Gründen nicht vorzuwerfen. Hätte er sich pflichtgemäß verhalten, wäre der Schätzungsbescheid auch erlassen worden. Für die Schadenentstehung kann nicht auf einen Umstand abgestellt werden, der durch den Beklagten nicht zu verhindern war und deshalb keinen kausalen Nachteil darstellt.

Der Vorwurf gegenüber dem Beklagten geht dahin, den Eintritt der Bestandskraft des Feststellungsbescheids nicht verhindert zu haben. Dann hat sich der aus dem Vorwurf folgende Nachteil aber erst mit dem Eintritt der Bestandskraft des Feststellungsbescheids realisiert.

Dem kann der Beklagte nicht entgegenhalten, dass der BGH (vgl. dazu NJW-RR 1997, 51) und das OLG Düsseldorf (vgl. NJW-RR 2005, 648, 649) **auf die Bestandskraft als Schadeneintritt nur dann abgestellt haben, wenn das pflichtwidrige Verhalten des Steuerberaters erst nach dem Erlass des Steuerbescheids einsetzt**. Genau dies ist hier der Fall. Zumindest ist die hier zur Entscheidung stehende Konstellation vergleichbar.

Der Beklagte hätte hier den geschuldeten Rat nicht zwingend im Zusammenhang mit der Erstellung der Feststellungserklärung erteilen müssen, sondern **hätte die pflichtgemäße Beratung noch bis zum Ablauf der Einspruchsfrist bezüglich des Feststellungsbescheids vornehmen können. Sein Verhalten wurde erst in dem Augenblick pflichtwidrig, als er die letzte Möglichkeit zur Beratung der Kläger verstreichen ließ**.

Dem kann der Beklagte nicht entgegenhalten, dass dies zu einer nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung gegenüber einer Haftung für die Erteilung eines fehlerhaften Rats führe.

Wäre dem Beklagten die Erteilung des fehlerhaften Rats vorzuwerfen, dass der Feststellungsbescheid zu Recht ergehe, würde dies nämlich nicht dazu führen, dass für den Verjäh-

rungsbeginn nicht auf die Bestandskraft, sondern auf die Bekanntgabe des Steuerbescheids abzustellen wäre. Auch in diesem Fall, wäre dem Beklagten nicht der Erlass des Steuerbescheids vorzuwerfen, sondern der Vorwurf ging dahin, die Kläger über die Notwendigkeit der Einlegung von Rechtsmitteln nicht beraten und seine fehlerhafte Beratung nicht rechtzeitig korrigiert zu haben.

Die Auffassung des Senats steht auch nicht in Widerspruch zu den von dem Beklagten zitierten weiteren Entscheidungen des BGH.

Dem Urteil des BGH vom 18.12.1997 (*DStRE* 1998, 296–298) ist zu entnehmen, dass mit dem aufgrund einer Pflichtverletzung eingetretenen ersten Schaden eine einheitliche Verjährungsfrist beginnt und eine weitere – zu einem selbstständigen Schadeneintritt führende – Pflichtverletzung dann nicht anzunehmen ist, wenn der bereits eingetretene Schaden lediglich pflichtwidrig nicht beseitigt wird. Darum geht es hier gerade nicht. Folge der Pflichtverletzung ist – wie ausgeführt – **gerade nicht die Bekanntgabe des Feststellungsbescheids, der nicht zu verhindern war. Dann kann die unterbliebene Verhinderung des Eintritts der Bestandskraft auch nicht zu einer Vertiefung eines bereits eingetretenen Schadens geführt haben**.

Der Entscheidung des BGH vom 12.2.1998 (*DStRE* 1998, 378, 379) ist zu entnehmen, **dass es nicht auf die Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheids ankommt, wenn dessen Erlass von dem Steuerberater nicht pflichtwidrig herbeigeführt wurde**. Genau das ist hier der Fall.

Die weitere Entscheidung des BGH vom 7.2.2008 (*NJW-RR* 2008, 1508 ff) betrifft schließlich die Frage, ob für den Schadeneintritt an den Grundlagenbescheid anzuknüpfen ist, die der Senat im Sinne der Rechtsprechung des BGH beantwortet. **Soweit der BGH auch hier auf die Bekanntgabe des Grundlagenbescheids abstellt, wird dieser lediglich für den Regelfall als Zeitpunkt der Schadenentstehung angesehen**.

(2) Es ist unerheblich, ob das Mandat des Beklagten mit Erstellung der Feststellungserklärung beendet war, denn es wäre Sache des Beklagten gewesen, eine Fortsetzung des Beratungsmandats über die Abgabe der Feststellungserklärung hinaus anzuregen.

(3) Auf die von den Parteien ebenfalls erörterte Frage, ob die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts betreffend die Verfassungswidrigkeit einer Norm für den Schadeneintritt maßgebend ist, kommt es schon deshalb nicht an, weil es hier gar nicht um die Frage der Verfassungswidrigkeit des § 23 Abs. 1 Satz 2 EStG geht, sondern um die einer verfassungskonformen Auslegung der Übergangsvorschriften.

bb) Der Feststellungsbescheid gilt – da kein anderes Zugangsdatum feststellbar ist – nach § 122 Abs. 2 Nr. 1 AO am 23.8.2004 als bekanntgegeben. Bestandskraft trat mit Ablauf des 23.9.2004 ein. Die Primärverjährungsfrist lief dementsprechend mit Ablauf des 23.9.2007 ab.

Es kann dabei dahinstehen, ob nunmehr auf die neue Verjährungsfrist der §§ 195, 199 Abs. 1 BGB abzustellen ist. Soweit am 15.12.2004 die Frist nach §§ 195, 199 Abs. 1 BGB anliefe, weil die entsprechenden subjektiven Voraussetzungen vorlagen, sind beide Verjährungsfristen gleich lang. Anderenfalls läuft nach Art. 229 § 6 Abs. 3 EGBGB die alte Frist des § 68 StBerG weiter, weil die neue Frist dann als die längere anzusehen ist.

b) Der Ablauf der Verjährungsfrist wurde nach § 204 Abs. 1 Nr. 3 BGB i.V.m. § 167 ZPO rechtzeitig durch **Einleitung des Mahnverfahrens am 19.9.2007 gehemmt**. Die Zustellung des Mahnbescheids am 6.11.2007 ist demnächst erfolgt.

Dem steht nicht entgegen, dass die Kläger **Zustellungsverzögerungen** verursacht haben.

Im Fall der Einleitung eines Mahnverfahrens ist maßgebend, ob durch den Antragsteller Zustellungsverzögerungen **von mehr als einem Monat** verursacht werden (vgl. dazu Zöller/Greger, § 167 ZPO, Rdnr. 11; BGH, Urt. v. 21.3.2002 – VII ZR 230/01, Tz. 15 ff. = NJW 2002, 1658–1660; BGH, Urt. v. 27.4.2006 – I ZR 237/03, Tz. 17).

Zwischen der Zustellung der Beanstandung, d.h. der Zwischenverfügung und dem Eingang der Verbesserung darf ein Zeitraum von einem Monat liegen (vgl. dazu Zöller/Vollkommer, § 691 ZPO, Rdnr. 4).

aa) Hier hatten die Kläger zu 1) und 2) den Mahnbescheidsantrag zunächst unvollständig ausgefüllt. Das darin liegende Hindernis wurde aufgrund einer Monierungsantwort vom 25.9.2007 bis zum 9.10.2007 beseitigt, denn für diesen Zeitpunkt wurde in dem Aktenauszug eine Änderung der Verfahrensdaten vermerkt. In Anwendung des aus § 270 Satz 2 ZPO folgenden Rechtsgedankens gilt die Monierungsantwort am zweiten Werktag nach Aufgabe zur Post, d.h. am 27.9.2007 als zugegangen, weil hier keine Übersendung im Bereich des Ortsbestellverkehrs erfolgte. Bis zum 9.10.2009 verstrich ein Zeitraum von 13 Tagen.

Damit hatten die Kläger zu 1) und 2) aber wiederum nicht alles für die Zustellung Erforderliche getan, denn jetzt entsprach die Bezeichnung des Vertrages nicht dem hierfür vorgesehenen Katalog. Zwischen dem Zugang des Monierungsschreibens vom 10.10.2007 = 12.10.2007 und dem Eingang der Monierungsantwort am 30.10.2007 lag dann ein Zeitraum von 19 Tagen. Das sind **insgesamt 32 Tage** und übersteigt den Zeitraum von einem Monat.

Für die Bemessung der Dauer der Verzögerung ist aber für jedes Versäumnis gesondert zu prüfen, ob sie zu einer Verzögerung von mehr als einem Monat geführt hat. Für den letztgenannten Aspekt spricht nämlich, dass den Klägern im Fall der Zurückweisung ihres Antrags aufgrund des letztgenannten Versäumnisses die volle Monatsfrist des § 691 Abs. 2 ZPO zugestanden hätte. Sie dürfen aber nicht schlechter stehen, wenn sie auf die erneute Monierung rechtzeitig reagierten und eine Zurückweisung des Mahnbescheidsantrags vermieden.

bb) Auch der Kläger zu 3) hat mit der Einreichung des Mahnbescheidsantrags nicht alles zur Zustellung Erforderliche veranlasst. Sein Antrag wurde am 19.9.2007 zunächst bei einem unzuständigen Mahngericht eingereicht und ging erst am 15.10.2007 aufgrund einer Abgabe bei dem für den Kläger zu 3) zuständigen Amtsgericht Schleswig ein.

Maßgebend ist auch hier, ob das Versäumnis des Klägers zu einer Zustellungsverzögerung von mehr als einem Monat beigetragen hat. Durch die fehlerhafte Adressierung des Mahnbescheidsantrags wurde eine Verzögerung von 27 Tagen veranlasst. Eine weitere Verzögerung trat aufgrund des unvollständigen Ausfüllens ein. Dieser Mangel wurde dann innerhalb einer Frist von 6 Tagen behoben.

Auch hier ist aber darauf abzustellen, dass jedes Hindernis nur zu einer Verzögerung von weniger als einem Monat beigetragen hat. Wäre der Kläger zu 3) sogleich auf die Unzuständigkeit und die inhaltlichen Mängel hingewiesen worden, dann hätte er die Mängel innerhalb der Monatsfrist beheben können. Abgesehen davon hätte er bei Zurückweisung des Mahnbescheidsantrags wegen des inhaltlichen Mangels noch die volle Monatsfrist zur Verfügung gehabt, um Klage zu erheben.

II. Der Zinsanspruch besteht nach § 288 Abs. 1 BGB ab Zustellung der Mahnbescheide am 6.11.2007 (Kläger zu 1) und 2)) und ab dem 5.11.2007 (Kläger zu 3)), weil ein früherer Verzugsseintritt nicht dargelegt ist.

III. Die prozessualen Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 92 Abs. 2, 708 Nr. 10, 711 ZPO.

IV. Der Senat hat die Revision nicht nach § 543 Abs. 1 Nr. 1 ZPO zugelassen, weil die Rechtssache weder grundsätzliche Bedeutung i.S.d. § 543 Abs. 2 Nr. 1 ZPO hat noch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Revisionsgerichts erfordert.

1. Eine grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache ist zu verneinen, weil hier keine klärungsbedürftige Frage zu entscheiden war, deren Auftreten in einer unbestimmten Vielzahl von Fällen zu erwarten ist und deshalb das Interesse der Allgemeinheit an einer einheitlichen Entwicklung und Handhabung des Rechts berührt (vgl. zu den Vorgaben Zöller/Heßler, § 543 ZPO, Rdnr. 11). Daran fehlt es hier.

a) Die Problematik des kenntnisunabhängigen Verjährungsbeginns kann angesichts der Aufhebung des § 68 StBerG nicht mehr in einer unbestimmten Vielzahl von Fällen auftreten. Nach der gesetzlichen Neuregelung stellt sich die Frage, ob auf die Bekanntgabe oder auf den Eintritt der Bestandskraft für die Schadenentstehung abzustellen ist, nicht mit der gleichen Schärfe, weil zu der Schadenentstehung die Kenntnis oder grobfahrlässige Unkenntnis von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners hinzutreten muss und diese subjektiven Erfordernisse bei einem steuerlichen Laien nicht zwangsläufig mit der Bekanntgabe des Steuerbescheids zusammenfallen.

Abgesehen davon sind die maßgeblichen Fragen dazu, wann für die Schadenentstehung auf die Bekanntgabe und wann auf den Eintritt der Bestandskraft abzustellen ist, in der Rechtsprechung geklärt. Diese Grundsätze werden von dem Senat lediglich auf einen Einzelfall angewendet.

b) Das Auftreten der Frage, ob die Zustellung der Mahnbescheide ebenfalls noch demnächst erfolgte, ist ebenfalls nicht in einer unbestimmten Zahl von Fällen zu erwarten. Der Senat hat hier ebenfalls die Rechtsprechungsgrundsätze auf einen konkreten Einzelfall angewendet.

2. Eine Revisionsentscheidung ist nicht zur Fortbildung des Rechts erforderlich, weil der Fall keine Veranlassung gibt, Leitsätze für die Auslegung von Gesetzesbestimmungen des materiellen oder des Verfahrensrechts aufzuzeigen oder Gesetzeslücken zu schließen (vgl. zu den Vorgaben Zöller/Heßler, § 543 ZPO, Rdnr. 12).

Die Beurteilung der Verjährungsfrage durch den Senat stellt eine Einzelfallentscheidung dar. Grundsätze für den Verjährungsbeginn im Falle des Unterlassens einer gebotenen Beratung werden durch den Senat nicht aufgestellt.

In gleicher Weise hat der Senat auch keine allgemeinen Grundsätze zur Auslegung des § 167 ZPO oder des § 691 ZPO entwickelt.

3. Das Kriterium der Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung ist nicht erfüllt, weil der Senat weder von einer höchstgerichtlichen noch einer obergerichtlichen Entscheidung abweicht. ■

Steuerberaterhaftung

(BGH, Beschl. v. 12.1.2012 – IX ZR 143/09)

Orientierungssatz:

Die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen einen Steuerberater, der es pflichtwidrig unterlässt, dem Mandanten bereits vor Mandatsbeendigung zu empfehlen, gegen den zu erwartenden Feststellungsbescheid Einspruch einzulegen, beginnt erst mit der Bestandskraft des Feststellungsbescheids, sofern sich das Mandat allein auf die Erstellung der Feststellungs-erklärung bezog. In diesem Fall entsteht der durch die Pflichtwidrigkeit des Steuerberaters verursachte Schaden, der Verlust des sonst gegebenen Steuererstattungsanspruchs, erst mit Ablauf der Einspruchsfrist, nicht schon mit der Bekanntgabe des Feststellungsbescheids, so dass die rechtsähnlichen Grundsätze des Senats zum Beginn der Verjährung in den Fällen, in denen ein Steuerberater eine Frist versäumt oder einen Einspruch nicht eingelegt hat (vgl. BGH v. 3.2.2011 – ZR 183/08, WM 2011, 795) anzuwenden sind ■

Aus den Gründen:

Die Nichtzulassungsbeschwerde ist zulässig (§ 544 ZPO); sie ist jedoch unbegründet, weil die Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung hat (§ 543 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ZPO) noch die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Revisionsgerichts erfordert (§ 543 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ZPO). Sollte das Berufungsgericht von der Rechtsprechung des Senats zur Haftung eines Steuerberaters oder Rechtsanwalts wegen Verletzung nachvertraglicher Pflichten abgewichen sein (BGH, Urt. v. 23.11.1995 – IX ZR 225/94, NJW 1996, 842; v. 28.11.1996 – IX ZR 39/96, NJW 1997, 1302, 1303; v. 18.1.2001 – IX ZR 223/99, NJW 2001, 1644, 1645), wäre dies nicht entscheidungserheblich. Denn die Pflicht des Beklagten zur Aufklärung bestand schon vor der Mandatsbeendigung, ohne dass er ihr nachgekommen wäre.

Dennoch begann die Verjährung der klägerischen Schadenersatzansprüche erst mit der Bestandskraft des Feststellungsbescheids, weil die **Pflichtwidrigkeit des Beklagten allein darin lag, den Klägern nicht empfohlen zu haben, Einspruch einzulegen** gegen den im Hinblick auf die bestehenden Verwaltungsvorschriften (VV DEU BMF 2000-10-05 IV C 3-S 2256-263/00) zu erwartenden Feststellungsbescheid.

In diesem Fall entsteht der durch die Pflichtwidrigkeit des Beklagten verursachte Schaden, der Verlust des sonst gegebenen Steuererstattungsanspruchs, erst mit Ablauf der Einspruchsfrist, nicht schon mit der Bekanntgabe des Feststellungsbescheids, so dass die rechtsähnlichen Grundsätze des Senats zum Beginn der Verjährung in den Fällen, in denen ein Steuerberater eine Frist versäumt oder einen Einspruch nicht eingelegt hat (vgl. BGH, Urt. v. 3.2.2011 – IX ZR 183/08, WM 2011, 795 Rdnr. 8 m.w.N.) vom Berufungsgericht zutreffend herangezogen worden sind. ■

GI Literaturhinweise

Geschlossene Fonds

Dieses Standardwerk bietet in der 6. Auflage eine ausführliche Darstellung zu den rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Aspekten von Immobilien-, Schiffs-, Flugzeug-, Solarenergie- sowie Private-Equity-Fonds und anderen geschlossenen Fondsprodukten mit einem Exkurs Offene Fonds.

Zur Neuauflage:

- Erstmals mit Kapiteln zu den Themen Offene Fonds und Zertifikatsfonds.
- Die 6. Auflage berücksichtigt die Änderungen des Gesetzes zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts und die Änderungen des Erneuerbare-Energiegesetzes.

Prof. Dr. Jochen Lüdike/Dr. Jan-Holger Arndt: **Geschlossene Fonds**, Verlag C.H. Beck, 6., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2013, XLI, 464 Seiten, kartoniert 79,- €, ISBN 978-3-406-64007-0

Münchener Anwaltshandbuch Versicherungsrecht

Das Werk aus der Reihe der Münchener Anwaltshandbücher stellt die wesentlichen Bereiche des Privatversicherungsrechts umfassend dar. Es beantwortet die ebenso zahlreichen wie komplexen Fragen dieses Rechtsgebiets in praxisorientierter, kompakter Form.

Insbesondere Fachanwälten und Spezialisten bietet das Münchener Anwaltshandbuch Versicherungsrecht – ebenso wie den nur hin und wieder mit Versicherungsfragen konfrontierten Kollegen – ein ganz auf ihre anwaltliche Tätigkeit zugeschnittenes Kompendium:

An eine einführende Darstellung der grundlegenden versicherungsrechtlichen Besonderheiten (in materiell-rechtlicher wie prozessualer Hinsicht) schließen sich differenzierte weitere Kapitel an, die sich jeweils gesondert mit den praxisrelevanten Versicherungszweigen befassen. In diesen detaillierten Darstellungen werden die einzelnen Versicherungen gründliche erläutert und dem Rechtsanwalt konkrete Lösungsvorschläge für seine Mandatsbearbeitung gegeben.

Es finden sich zahlreiche Checklisten, Formulierungsvorschläge, Muster und Praxistipps. Ganz gleich, ob der Nutzer den Versicherer oder den Versicherungsnehmer vertritt, findet er zu den einzelnen Versicherungstypen kompetente und kompakte Ausführungen sowie Arbeitshilfen.

In der 3. Auflage wird das Handbuch auf den Rechtsstand Januar 2013 gebracht. Die umfangreiche Rechtsprechung und Literatur zum im Jahr 2008 grundlegend reformierten VVG sind gründlich ausgewertet und aus Praktikersicht kommentiert. Einige neue Kapitel und Autoren kommen hinzu, beispielsweise zu den IT- und Elektronikversicherungen sowie zur Rückversicherung. Somit bietet das Münchener Anwaltshandbuch wieder einen aktuellen und umfassenden Überblick über das gesamte Versicherungsrecht.

Der Band wendet sich an alle Rechtsanwälte, die mit versicherungsrechtlichen Mandanten konfrontiert werden, insbesondere an Fachanwälte für Versicherungsrecht. Nähere Informationen zu dem Titel finden Sie unter www.beck-shop.de/10216325

Münchener Anwaltshandbuch Versicherungsrecht (Hrsg. Dr. Knut Höra), Verlag C.H. Beck, überarbeitete und erweiterte Auflage 2013, XXI, 1.938 Seiten, in Leinen, 159,- €, ISBN 978-3-406-63671-4

Prozessführung im Gesellschaftsrecht

Durch die Beteiligung von Gesellschaften ergeben sich in Prozessen regelmäßig verfahrensrechtliche Besonderheiten. Möglich sind dabei nicht nur Prozesse zwischen den Gesellschaftern untereinander, sondern auch – bei rechtsfähigen Gesellschaften – Prozesse zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft.

Die Neuerscheinung behandelt wichtige Fragen der Prozessführung im Gesellschaftsrecht, vor allem im zivilprozessualen Erkenntnisverfahren. Dabei werden alle gängigen Gesellschaftsformen mit einem Schwerpunkt auf dem Recht der Kapitalgesellschaften dargelegt.

Aber auch eher noch etwas seltenere Gesellschaftsformen, wie die SE und die Limited, werden angesprochen. Ein Kapitel zu Schiedsverfahren bei gesellschaftsrechtlichen Streitigkeiten rundet die Darstellung ab.

Die Neuauflage berücksichtigt das MoMiG mit weitreichenden Änderungen im GmbH-Recht sowie das ARUG, das vor allem Maßnahmen gegen missbräuchliche Aktionärsklagen bereitstellt. Außerdem bietet die Neuauflage neue Kapitel zum Schiedsverfahren sowie zum Gesellschafterstreit in der Revisionsinstanz.

Der Band wendet sich an Rechtsanwälte, die mit der Prozessführung im Gesellschaftsrecht betraut sind. Nähere Informationen zu dem Titel finden Sie unter www.beck-shop.de/8596783

NJW Praxis Band 83: Prozessführung im Gesellschaftsrecht, Dr. Erich Wacławik, Verlag C.H. Beck, 2., vollständig überarbeitete Auflage 2013, XXI, 243 Seiten, kartoniert 59,- €, ISBN 978-3-406-62368-4

Gl Literatur-Ecke

Bassler: Die Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens – kritische Würdigung der richterrechtlichen Beweislastumkehr im Kapitalanlageberatersrecht, *WM* 2013, 544

Bitter/Alles: Schadenersatzpflichten bei unberechtigter Kündigung von Sanierungskrediten, *WM* 2013, 537

Blattner: Risikomanagement durch Haftungsvereinbarungen im Anwaltsvertrag, *AnwBl* 2013, 300

Lerch: Zum Rückgriffsanspruch des Berufshaftpflichtversicherers gegen die Notarkammer, *NotBZ* 2013, 129

Mäsch: Schuldrecht: Anwaltschaftung wegen Verlusts eines Prozesses, *JuS* 2013, 558

Seyfarth/Röbber: Zur Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens bei Aufklärungspflichtverletzungen durch Anlageberater und durch Rechtsanwälte und Steuerberater, *VersR* 2013, 837

Therstappen: Mediationsgesetz: Kein Freibrief für Anwälte beim Vergleichsabschluss, *AnwBl* 2013, 288

Uwer/Roeding: Wege in die Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, *AnwBl* 2013, 309, *Nachtrag* 483

Die alte Legislaturperiode geht. Der neue Zöllner kommt.



Am 1. Oktober erscheint das große Meisterwerk des Zivilprozessrechts zum dreißigsten Mal in der von ihm gewohnten Qualität und kann ab sofort bestellt werden.

Sämtliche Änderungen der 17. Legislaturperiode sind eingearbeitet. Allein davon sind weit über 150 Normen betroffen. Ebenso wurde die gesamte neuere Literatur, die BGH-, OLG-, BVerfG- und EuGH-Rechtsprechung wie immer kritisch verarbeitet. Und im europäischen Verfahrensrecht zeigt Ihnen der Zöllner ebenfalls, warum man stets auf der sicheren Seite ist, wenn man sich an ihm orientiert. Der neue Zöllner. Jetzt Probe lesen und bestellen. www.der-neue-zoeller.de



Zöllner ZPO. 30. Auflage 2014, rd. 3.500
Seiten Lexikonformat, gbd. 169,- €. Erscheint
am 1.10.2013. ISBN 978-3-504-47019-7

Wir versorgen Sie mit allem, was Sie brauchen.



Schlewing/Henssler/Schipp/Schnitker **Arbeitsrecht der betrieblichen Altersversorgung** Loseblatt, zzt. 2.452 Seiten in 2 Ordnern. Nur **169,- €** bei einem Abonnement für mindestens zwei Jahre. Ergänzungslieferungen 2-3-mal im Jahr. ISBN 978-3-504-25702-6. Ohne Abonnement 269,- €. ISBN 978-3-504-25707-1

Das Handbuch zum Arbeitsrecht der betrieblichen Altersversorgung von Schlewing/Henssler/Schipp/Schnitker versorgt Sie mit allen Informationen, auf die Sie in dem ebenso komplexen wie komplizierten Rechtsgebiet angewiesen sind. Die umfassende, systematische Darstellung des BetrAVG samt seinen Schnittstellen zu allen angrenzenden Rechtsgebieten, die für das Thema relevant sind: Sozialversicherungsrecht, Handels- und Bilanzrecht, Steuer- und Versicherungsrecht.

Unsere Empfehlung: Lassen Sie dieses Werk erstklassiger Autoren doch einfach mal für 4 Wochen zu sich ins Haus kommen, um damit zu arbeiten. Kostenlos und unverbindlich, versteht sich, von **www.otto-schmidt.de**

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 1430-550 X

Herausgeber

HDI Versicherung AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing Sach
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661
E-Mail: nicole.gustine@hdi.de

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling (verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen